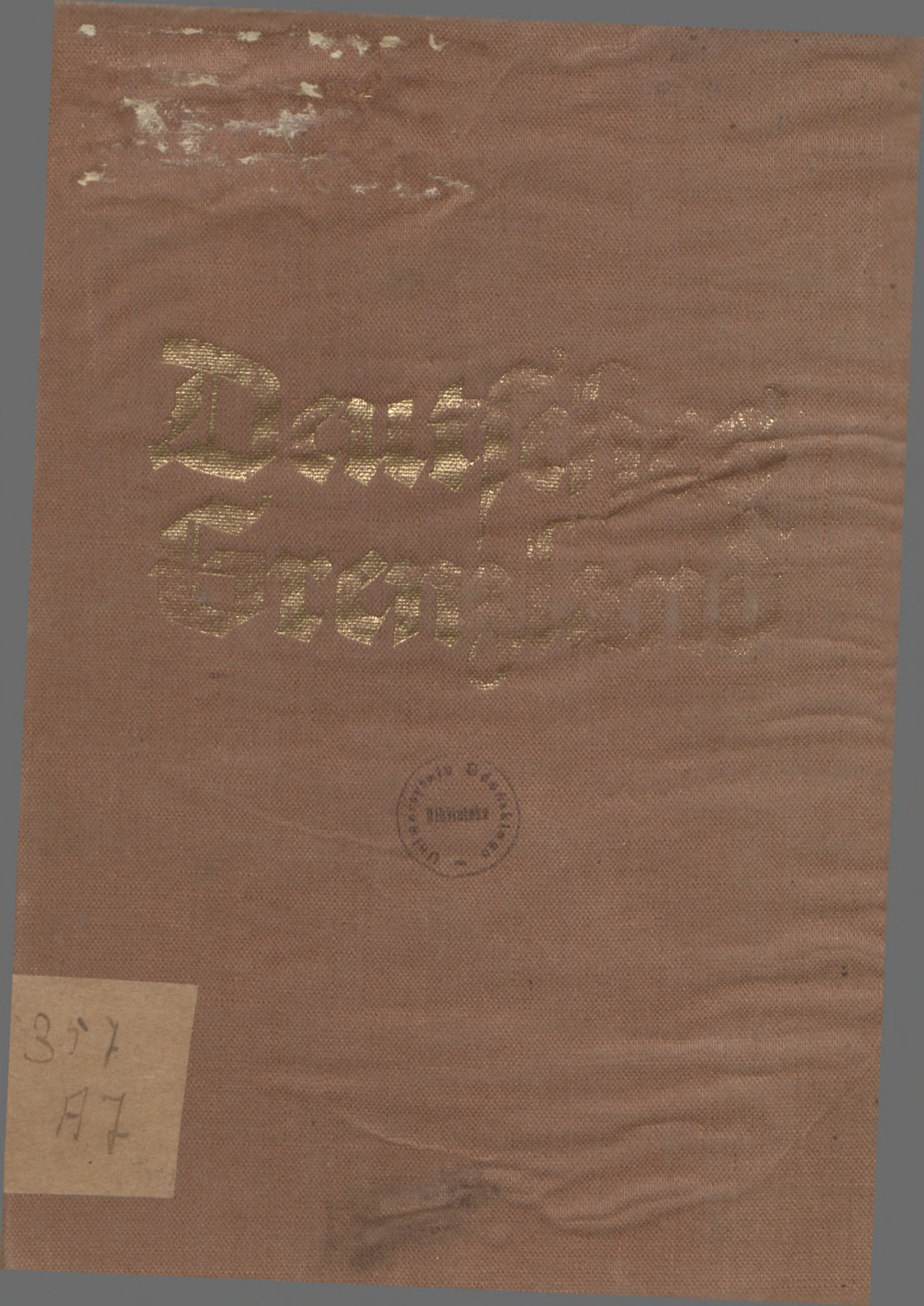

Deutsches
Grenzland



Deutsches Grenzland

Deutsches Grenzland

Jahrbuch

des Instituts für Grenz- und Auslandstudien

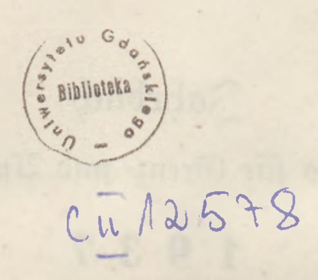
1 9 3 7

Herausgegeben von

Max Hildebert Boehm
Jena

Karl C. v. Loesch
Berlin

Deutsche Buchvertriebsstelle Berlin



Verkaufspreis . . . . . . RM 3.50.
Abgabe an das Institut „ —.875.
Schriftleitung: Dr. O. A. Isbert, Berlin.

Bilder-Quellennachweis: Reichsverkehrsministerium 1. — Verlag Volk und Reich 3, 28. — Weltbilderdienst Berlin 4, 5, 18. — Volksdeutscher Bilderdienst Stuttgart 6, 7, 8, 9, 10, 14, 15, 16, 17, 23, 34, 35, 51, 68. — Senat der Freien Stadt Danzig 11, 12. — Kurt Witt, Berlin 19, 22, 24, 25, 26, 27, 32, 33. — Agnes Lange, Berlin 20 — Ragimund Reimesch, Berlin 29, 50. — Dr. Tulescu, Berlin 44, 45, 46, 47, 48, 49. — Dr. O. A. Isbert, Berlin 52, 54, 55, 58, 59. — Friedrich Koepp, Berlin 53. — Dr. Helmut Klocke, Berlin 56, 57. — Die übrigen Bilder entstammen dem Bildarchiv des Instituts für Grenz- und Auslandstudien, Berlin-Steglitz.

Gala-Druck, Berlin SO 16.
Einband: Biblos, Berlin.



Bild 1: „Seedienst Ostpreußen“: der neu in Dienst gestellte Dampfer „Tannenberg“. Der Seedienst wurde zur Entlastung des Korridor-Eisenbahnverkehrs eingerichtet und ermöglicht den von Polen unabhängigen Verkehr zwischen Ostpreußen und dem Reich. Er mußte neuerdings verstärkt werden, da der Bahnverkehr infolge der polnischen Devisenforderungen 1935 weitere Einschränkungen erfahren hat.

Königsberg. Bild 2 (oben): Königsbergs neues Antlitz. Der Hansaplatz mit Nordbahnhof (Bäderbahn), Gericht und Polizeipräsidium.
Bild 3 (unten): Von der Bedeutung Alt-Königsbergs und seines Hafens zeugen alte Speicher am Pregel.

Bild 4 (oben): Der heutige Hafenverkehr in Königsberg.

Bild 5 (unten): Pillau, der befestigte Vorhafen von Königsberg und Elbing auf einer Landzunge des Samlandes, an der Einfahrt zum Frischen Haff. Das Pillauer Tief, ehemals „die Pillau“, ist der Seedurchbruch ins Haff. Die Befestigungen liegen nordöstlich der Stadt, nach der See zu.



Danzig polnischer Grenzverkehr.
Polsko-gdański ruch pograniczny.

Ausweis für Pferde
Przepustka dla koni Nr 313

des
dla p. Zbigniewa Szczupackiego
in
w Przerębskiej Hucie
den
Kościerzyna, dnia 25. czerwca 1931 r.
Der Landrat · Polizeipräsident · Polizeiverwaltung.

Starosta:

Bilder aus dem Danziger polnischen Grenzverkehr. Bild 6 (oben): Die Zollplombe am Hals der Pferde, die beim Überschreiten der Freistaatgrenze, angebracht wird. — Bild 7 (links): Der dazugehörige „Pferdepaß“. — Bild 8 (unten): Zollschranke, die die Wagen anhält, wenn sie zum Wochenmarkt nach Danzig und den Vororten hinein wollen.

Freistaat Danzig. Bild 9 (oben): Blick auf den Danziger Freihafen (links) in unmittelbarer Nähe der Hafeneinfahrt. An der gegenüberliegenden Seite (im Bilde rechts) das viel umstrittene polnische Munitionslager der Westerplatte, einer bewaldeten Halbinsel zwischen der Toten Weichsel und der See. Von hier aus beherrscht man die Mündung.
Bild 10 (unten): Alle Aufschriften im Danziger Hafen müssen auch in polnischer Sprache gehalten sein, trotzdem das Polentum nur einen verschwindenden Prozentsatz ausmacht. Der Hafen untersteht einer internationalen Verwaltung.

Das Überfahren und Belegen der Gleisanlage ist bei Strafe verboten!
Kaiverwaltung.

Jeżdżenie wozami po szynach oraz składowanie towa[illegible] jest pod karą wzbronione.
Zarząd Kejów.



Der Danziger Hafen ist so großzügig ausgebaut, daß er mit Leichtigkeit den gesamten Seeausfuhrhandel Polens bewältigen könnte. Statt dessen wurde mit ungeheurem Kostenaufwand auf ungeeignetem Gelände der Gdinger Hafen angelegt. Der Danziger Handel schrumpft seither von Jahr zu Jahr, die riesigen Anlagen stehen leer. — Bild 11 (oben) zeigt die großen Stückgüterhallen im Danziger Freibezirk. Dahinter die Küste in der Bucht von Hela, mit dem Blick gegen Gdingen. — Bild 12 (unten): Moderne Verladetechnik. Erzverladebrücken im Massengutbecken von Weichselmünde.



Bild 13: Die Frauengasse in der Altstadt. Blick auf St. Marien, heute die bedeutendste und zugleich eine der größten evangelischen Kirchen, erbaut 1240—1502.



Gdingen. Oben Bild 14: Aufnahme aus der ersten Zeit des neuen Hafens. Die im Bau befindlichen großen Anlagen der südlichen Hafenbecken, die neu jetzt dem Passagierverkehr und dem Fischhandel dienen werden. Das nördliche Hafenbecken gehört der Kriegsmarine. Gdingens Hafen ist auf einer versumpften altalluvialen Flußschlinge errichtet, eine beachtliche, aber kostspielige technische Leistung. Der Danziger Hafenwerkehr wurde bereits im Mai 1929 von dem Gdingener überflügelt.



Mitte, Bild 15: Das (heute nicht mehr vorhandene) alte Bahnhofsgebäude um 1920, als Gdingen noch ein Fischerdorf war. Dem Küstenlande zwischen Rixhöft und Zoppot, das Polen durch das Versailler Diktat erhielt, fehlte jeder größere Ort oder Hafen.

Unten (Bild 16): Rohrbedecktes Fischerhaus in Altgdingen.



Bild 17: Der eindrucksvolle Bau des neuen Bahnhofs von Gdingen im Stil der polnischen Renaissance. Gdingen brauchte als Endpunkt der polnischen Kohlenmagistrale ausgedehnte Eisenbahnanlagen. Neben den großzügigen Hafen- und Bahnanlagen schoß natürlich eine völlig neue Stadt aus dem Boden, die gleichfalls mit großen Mitteln in modernem Stil ausgebaut wurde. Sie hatte 1930 bereits 35 000 Einwohner. — Bild 18: Neu-Gdingen im Bau.





Karwin, Kohlenzentrum des Mährisch-Ostrauer Industriegebietes im westlichen Teschener-, ehemals Österreichischen Schlesien, das 1919 der Tschechoslowakei zugesprochen wurde. — Bild 19 (oben): Die vom polnischen Schulverein (T. S. L.) errichtete prächtige Minderheitenvolksschule. — Bild 20 (Mitte): Karwin ist der eigentliche Mittelpunkt der Dreivölkerecke. Die Aufschriften sind daher vielfach tschechisch, polnisch und deutsch gehalten. — Bild 21 (unten): Tschechisch Teschen, nächst Oderberg der bedeutendste Umschlagplatz an der Kaschau-Oderberger Bahn. Der Bahnhof mit den großen Anlagen blieb auf tschechischem Gebiet, die Altstadt auf polnischem. Die Polen bauten eine Entlastungsbahn zur Umgehung Oderbergs, die in Polnisch-Teschen endet.

Mährisch-Ostrau, einst Viehmarkt, jetzt die zweitgrößte Stadt der Tschechoslowakischen Republik (ca. 130 000 Einw.), Verwaltungszentrum des Industriegebietes. — Bild 22 (oben): Das neue Rathaus mit dem „Schwanenhalsturm", der einzige künstlerische Ausdruck der aufstrebenden Stadt, die sonst nüchtern, kalt und unorganisch gebaut ist.



Bild 23 (Mitte): Amerikanismus im Baustil der Hauptgeschäftsstraßen. — Das Deutschtum Mährisch-Ostraus zählte vor dem Kriege ungefähr 50 v.H. der Bevölkerung. Heute ist es durch die Eingemeindung tschechischer Vororte unter 20 v. H. heruntergedrückt. Die Tschechen konnten dadurch die Sprachenrechte aufheben.

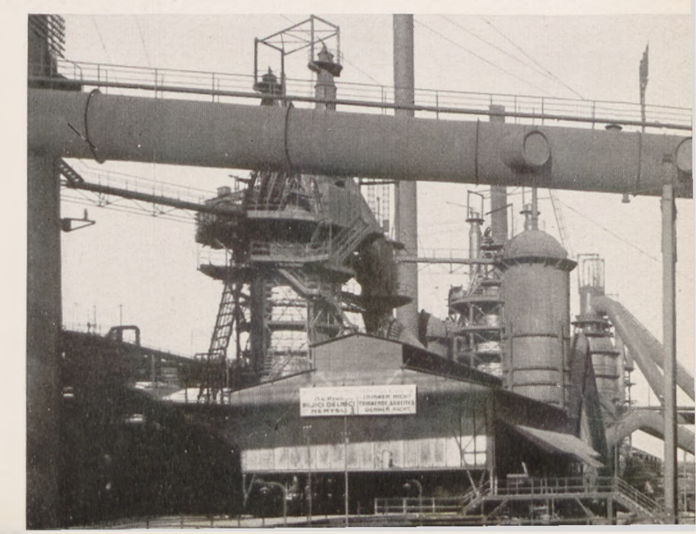


Bild 24 (unten): Witkowitz, durch Straßenbahn mit Groß-Ostrau verbunden, liegt schon im tschechischen Sprachgebiet. Modernstes und größtes Hüttenwerk der Tschechoslowakei. Die Belegschaft erreichte schon vor dem Kriege im alten Österreich 20 000 Mann, ging aber durch Rationalisierung schon vor der Krise zurück. Das Deutschtum betrug ehemals zwei Drittel, heute vielleicht noch 30 v.H. der Belegschaft. Zweisprachige Aufschriften, wie das Schild im Vordergrund bezeugen aber, daß der deutsche Anteil noch immer seine Bedeutung hat. Die Polen sind seit 1919 aus Witkowitz nahezu verdrängt.

ZHASNUVŠE
DÁLE ŽIJÍ
PADLÍ BOJOVNÍCI
V PAMĚTI NÁRODA



Bild 27 (rechts oben): Ober-Zukkau zeigt die typische Streusiedlung im Teschener Schlesien. —
Bild 25 (links oben): Orlau, Denkmal der bei den Plebiszitkämpfen 1918/20 gefallenen tschechischen Legionäre. — Bild 26 (links unten): Landschaft des Teschener Schlesiens, der vergessene Südrand des gesamtschlesischen Raumes. Blick von Koniakau gegen die Beskiden.

Bild 28 (rechts unten): Polnische Wasserbaupolitik an der schlesischen Grenze. Die von Polen erbaute, 1933 eingeweihte Talsperre bei Bielitz im östlichen Teile des polnisch gewordenen Teschener Schlesiens reguliert den Oberlauf der Weichsel.

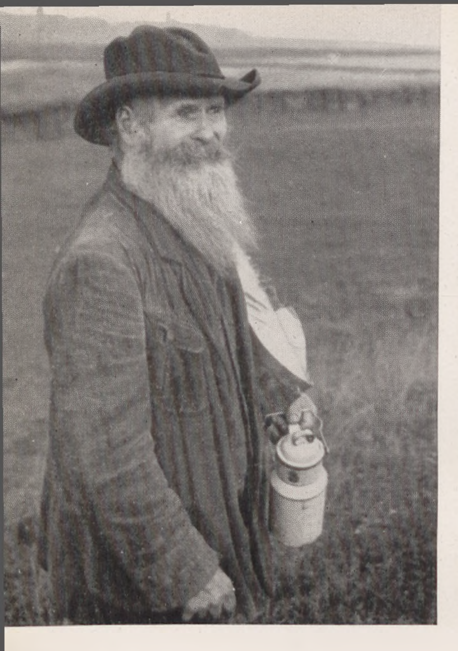




Bild 29: Ostschlesischer Holzarbeiter. — Bild 30: Schlonsakische Frau.

Bild 32 (rechts oben): Hart unterhalb des Jablunkapasses, unmittelbar an der strittigen tschechisch-polnischen Grenze, nahe den Quellen der Weichsel bei dem gleichnamigen Dorfe, liegt der neue prächtige Feriensitz des polnischen Staatspräsidenten. Bis hier herauf führt auch die polnische Staatsstraße.

Bild 31 (unten): Blick über das Teschener Schlesien, vom Ahornberg. Die Beskiden bildeten jahrhundertelang die Südostgrenze des Deutschen Reiches gegen Ungarn. Der Übergang am Jablunkapaß war noch im 18. Jahrhundert durch ein Sperrfort gesichert (Bild 33, rechts unten).



Explication der Buchstaben.
L Die Waldung
M
N
K
C
B
E
A
D
F
G
H
KRIEGS-
ARCHIV
Profill über den Neuen
fortifications Project

Das ehemals kärntnerische, heut zu Italien gehörige Kanaltal. Links Raibl, oben (Bild 34) mit dem Seekopf, unten (Bild 35) mit der von zahlreichen Schutthalden älterer Bergbaue bedeckten Vitriolwand. Der Bergbauort Raibl, nach dem die in den Ostalpen weit verbreiteten Raibler Schichten benannt sind, gewann seine Bedeutung aus Blei- und Zinkerzgruben. — Bild 36 (rechts): Blick von der Lahnscharte gegen die beiden Weißenfelser Seen, an der Grenze gegen das jugoslawische Krain.

Bild 37 (unten): Der Hauptort des Kanaltales, Unter- und Ober-Tarvis, mit Straße und Eisenbahn. Durch das Kanaltal geht die Hauptverbindungsachse zwischen dem östlichen Mitteleuropa und Italien. Wegen seiner hohen strategischen Bedeutung mußte dies Gebiet, dessen Bevölkerung bei der Volkszählung 1910 keinen bodenständigen Italiener aufwies, an Italien abgetreten werden.

Bild 38: Vorfrühling im Kanaltal, bei Weißenfels an der Grenze gegen Krain. Im Hintergrund der Breitkofelzug, links vorn der Mittagskofel.



Bild 39: Malborghet (721 m), nächst Tarvis das geschichtlich bedeutendste Gemeinwesen des Kanaltales, einst mit lebhafter Eisenbahnindustrie. Auf dem gegen die Fella vorgeschobenen Talavaifelsen liegt die Ruine des Forts Hensel, eine ehemals mächtige Talsperre mit drehbarem Panzerturm. Der Siebenbürger Sachse Hensel verteidigte als österreichischer Offizier in den napoleonischen Kriegen bei Malborghet die „österreichischen Thermopylen".



Bild 40: Das Landhaus in Klagenfurt, Kärntens Hauptstadt, Sitz der Kärntner Stände und des Landtages, 1574—91 erbaut. Der dreiseitig geschlossene Hof ist durch Laubengänge geziert, mit Freitreppen, über denen die Türme aufragen.

Bei den Donauschwaben im rumänischen Banat. Bild 41: Dorfstraße in Guttenbrunn (Geburtsort des Dichters Adam Müller-Guttenbrunn). Deutsches Mädchen in Sonntagstracht. Die Schwabenmädchen sind durch ihre vornehme, aber schlichte Tracht mit den gefältelten Röcken und den strengen Haarknoten unter den übrigen Volksgruppen der Mischzone leicht herauszukennen.



Bild 43 (rechts): Johann Mergl aus Guttenbrunn, 93 Jahre alt. Die Banater Schwaben sind durch ihren Reichtum berühmt; Kinderarmut gefährdet den Bestand dieser Volksgruppe.

Bild 42 (unten): Frauen in Saderlach, „auf der Mai".





Banater Rumänen. Die Rumänen sind mit über einer halben Million das stärkste Volkstum im Banat, siedeln mehr im bergigen Osten und sind von dort auch in das Kolonisationsgebiet der Arad-Temeswarer Ebene vorgedrungen. Sozial waren sie zunächst nur ländliche Unterschicht, kamen vornehmlich als Knechte zu den deutschen Bauern, haben aber in zunehmendem Maße an Boden gewonnen und mit ihrem Kinderreichtum alle anderen überflügelt, besonders die Deutschen. Im äußeren Dorfbild und in der Wirtschaftsweise sind sie diesen weitgehend angeglichen, im Brauchtum aber und besonders in den Trachten behielt ihr Volkstum — auch während der Madjarisierungszeit — seinen einfachen und unverfälschten Ausdruck.

Bild 44 (oben): Dorfstraße in Chisätau (Banater Ebene).

Bild 45 (unten links): Rumänische Maismühle im Banater Bergland.

Bild 46 (unten rechts): Alte rumänische Bergbauernfrau vor dem Blockhaus. Hier an den innersiebenbürgischen Randgebirgen hat sich noch älteres Volksgut, auch in der Siedlungsform, erhalten. Man trifft den alten Haustyp der Karpathen mit Einzelhöfen.



Bild 47—49: Rumänische Volkstypen im Dorf Chisătău. Weniger rassisch als in der Lebenshaltung und im äußeren Bild blieben die Rumänen der Ebene gesondert, obwohl die Volksgruppen stark vermischt siedeln. An der reichen Tracht fallen die breiten Gürtel und schwer bestickten Wämser auf. Das viele Weiß unterscheidet sie von den madjarischen und deutschen, weniger von den südslawischen Trachten.



Bild 50 und 51: Serben in der Batschka. Auf der Flucht vor den immer wiederholten Türkeneinfällen kamen die Serben bereits im 15. Jahrhundert und dann in immer neuen Wellen, der Hauptteil Ende des 17. Jahrhunderts, nach Norden, ins ungarische Tiefland. Sie sind etwa gleichstark mit den Madjaren, waren ursprünglich Grenzsoldaten und blieben rein bäuerlich; erst nach dem Kriege beginnen sie auch in den Städten eine Oberschicht zu bilden. — Oben: Bauern und Hirten auf dem Markt einer Landstadt des Tieflandes.



Mitte: Aufzug der serbischen Tschetnik, einer Art Heimwehr ähnlich den Sokoln, in Neusatz. Die Stadt ist der Hauptort der südslawischen Batschka und Sammelpunkt des politischen Lebens auch für die Deutschen (1921: 6480 unter 39 122 Einwohner).



Bild 52 (unten): Wasserschöpfende Mädchen bei den Schokatzen in Mohatsch (Ungarn, westlich der Donau). Dieser katholisch-südslawische Stamm wurde bisher ebenso wie die Bunjewatzen im nördlichen Teil der (südslawischen) Batschka (östlich der Donau, in und um Maria Theresiopel) als serbisch angesprochen. Heute aber werden beide Stämme von den Kroaten beansprucht, zu denen sie sich auch bei den letzten Wahlen bekannt haben.

Bild 53 (oben): „Kellerpartie“ mit auswärtigen Gästen bei Crvenka in der Batschka. Die Weinkeller der Deutschen sind hier berühmt.

Bild 54 und 55 (unten): Ein deutscher „Sallasch“ (Wirtschafts- und Sommerhof draußen auf dem Landbesitz) in dem bei Ungarn verbliebenen nördlichen Streifen der Batschka. Dieser Hof gehört dem Führer der dortigen 40 000 Deutschen, Jakob Brandt in Kunbaja. Die volksbewußte Gemeinde Kunbaja (über 3000 Einwohner) ist eins der gesündesten Dörfer des schwer um sein Volkstum ringenden ungarländischen Deutschtums.





Baranya, Ungarn. Westlich (rechts) der Donau tritt das slawische Element vor dem madjarischen und dem deutschen zurück. Einzelne madjarische Siedlungen, die bis an die Drau heranreichen, sind sehr alt. Der Volksschlag ist unvermischt und auch konfessionell im Calvinertum gesondert geblieben. — Bild 56 (oben): Madjarischer Bauer aus Kölked, in der Gegend von Mohatsch. Hier, am rechten Ufer der mittleren Donau, sind die rein madjarischen Dörfer nur noch Inseln im Deutschtumsgebiet der Schwäbischen Türkei. Die Kalviner befinden sich z. T. durch sittlichen Verfall und Kinderarmut (Einkindsystem!) stark im Rückgang.



Bild 57 (unten): Slowenisch sprechende Zigeuner in der Gegend von Kaposvár. Die Zigeuner haben, soweit sie in gewissen Landschaften bleiben, jeweils die Sprache des herrschenden Volkstums angenommen, oft dann aber auch bei Umsiedlungen beibehalten. Die hier abgebildeten stammen aus dem slowenischen Murwinkel südlich des Burgenlandes und sind auf der Wanderschaft in Richtung auf Budapest bei der kleinen Provinzstadt nördlich der Schwäbischen Türkei angelangt.

Bild 58 (oben): Schwabendirndln in Majos, einem der schönsten deutschen Dörfer der Schwäbischen Türkei, ausnahmsweise rein lutherisch-evangelisch (1200 Einwohner). Es liegt schon weiter nördlich, im Komitet Tolnau, wo auch deutsche Calvinisten-Dörfer vorkommen. Sonst sind die Schwaben hier gerade im Gegensatz zu dem altmadjarischen Volksbestand meist katholisch. Majos hat sich auch im Volkstum besonders rein erhalten, biologisch gesund und regsam, mit bedeutendem Wohlstand und Kinderreichtum. — Bild 59 (unten): Schokatzin in Mohatsch, wie auf Bild 52. In dieser gemischtvolklichen Landstadt (über 17 000 Einwohner) wohnen die verschiedenen Gruppen noch streng getrennt nebeneinander und halten an ihrer Art fest. Die Schokatzenmädchen fallen besonders durch ihre reiche, bunte Tracht auf, die auch alltags getragen wird. Die kurzen weiten Röcke müssen bei jedem Schritt kokett geschwenkt werden. Das gehört zum Brauchtum, besonders beim Holen des Trinkwassers, das die Schokatzen aus altem Volksglauben nur der Donau entnehmen, obwohl jeder Hof seinen Brunnen hat.



Belgrad. Bild 60 (oben): Blick auf die Save mit den Hafenanlagen. Die südslawische Hauptstadt kehrt ihr Gesicht in viel stärkerem Maße der Save als der Donau zu. — Bild 61 (unten): Straßenbild. Es zeigt noch deutlich die Unausgeglichenheit der heutigen Belgrader Stadtlandschaft. Hütten stehen neben vielstöckigen Häusern, Großstädtisches neben Dörflichem. In Belgrad leben 10—12 000 Deutsche, darunter einige Hundert Reichsdeutsche. Die übrigen sind Donauschwaben, zum größten Teil Handwerker, die erst in der Nachkriegszeit aus den Dörfern Syrmiens, der Batschka und des Banates hier wieder zusammengeströmt sind. Von dem älteren Bestand städtischen Deutschtums war nichts übrig geblieben.



Bild 62: Ausschnitt einer Karte aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts „Theatrum Belli inter Imperat. Carol. VI. et Sult. Achmed IV. in partibus regnorum Serviae et Bosniae" usw., von Joh. Fr. Öttinger, auf der auch eine Reihe von alten Stadt- und Festungsplänen gegeben sind. Der Grundriß zeigt die Befestigungen, die von der Kaiserlich-Habsburgischen Heeresführung angelegt wurden, als Belgrad zwischen 1718 und 1738 den Türken entrissen war. Links der Save, schon auf dem Boden Syrmiens, Semlin. Auf den beiden folgenden Seiten vier Stiche grenz- und auslanddeutscher Städte aus dem alten Bildwerk des Jansovius: „Recipuarium Urbium Germaniae", vom Jahre 1620.


PRESBURCH
SITTEN

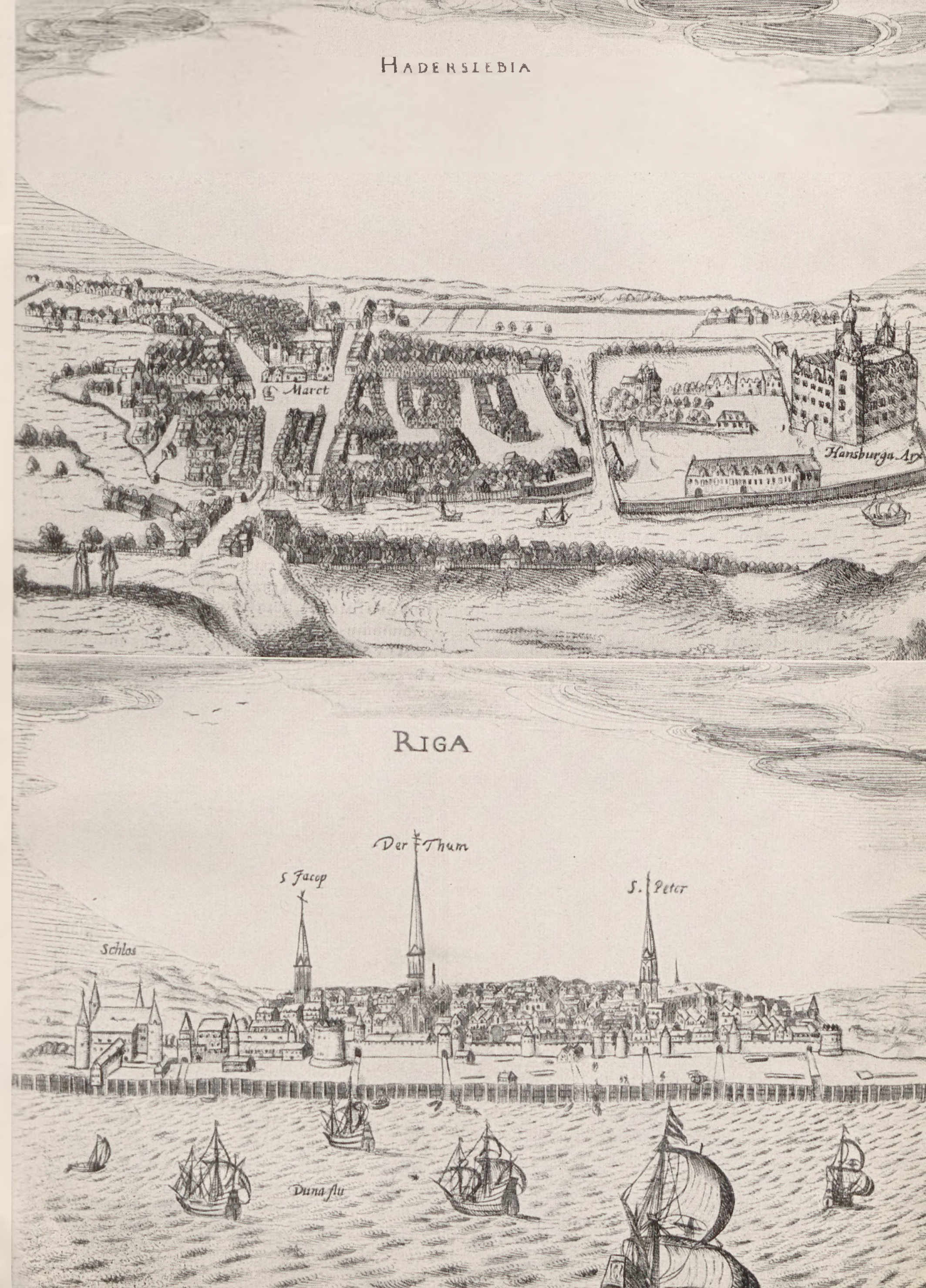

HADERSLEBIA
Marct
Hansburga Arx
RIGA
Der Thum
S Jacop
S. Peter
Schlos
Duna flu



Bild 67 (oben): Letzte Aufnahme von Dr. Ewald Ammende, † in Peiping, China, am 15. April 1936, auf einer Weltreise, die er zur Wiederherstellung seiner Gesundheit angetreten hatte. Auf der Postkarte von seiner Hand vermerkt: „Erstes Zusammentreffen mit Zulukaffern“.

Bild 68. Die Geburtsstadt E. Ammendes, der in der alten Hansestadt Pernau am 22. Dezember 1892 als Sproß einer alten angesehenen baltischen Kaufmannsfamilie geboren wurde. Als Vertreter der estländischen Städte nahm er 1918 an den mit der Ukraine geführten wirtschaftlichen Verhandlungen teil. Schon als Mitinhaber der „Rigaschen Rundschau“ wohnte er regelmäßig allen Vollversammlungen des Völkerbundes und einer großen Zahl von internationalen Tagungen bei. Später widmete er sich ganz der Arbeit für die europäische Nationalitätenbewegung. Nachdem er im Jahre 1922 die erste Zusammenkunft der deutschen Volksgruppen in die Wege geleitet hatte, veranlaßte er nach vorheriger Bereisung fast sämtlicher europäischer Länder 1925 die Abhaltung des ersten gemeinsamen Kongresses, nicht nur der deutschen, sondern auch der übrigen europäischen Nationalitäten. Diese Kongresse wurden seither zu einer regelmäßigen Einrichtung, ihre Leitung lag in Ammendes Hand.

Max Hildebert Boehm

Werden und Sinn der deutschen Volkstumskunde

Das Wort Volkstum, uns allen geläufig und unentbehrlich, ist eine junge Schöpfung der deutschen Sprache. Es geht auf den Turnvater Friedrich Ludwig Jahn zurück. Dieser von der Jugend verehrte, aber den gesetzten Bürgern seiner Zeit so unbequeme Neuerer und Feuerkopf veröffentlichte 1808 sein „Deutsches Volkstum", das das neue Wort schnell eingebürgert hat. Der erste Abschnitt trägt den Titel „Einleitung in die allgemeine Volkstumskunde". Jahn selber also war es, der an die Entdeckung des Volkstums die Forderung nach einer Wissenschaft knüpfte, die dessen Erforschung dienen sollte.

Die Hoffnungen des Frontgeschlechtes der Befreiungskriege auf eine Erneuerung des Reiches aus dem Volkstum wurden enttäuscht. Als politische Stützen des deutschen Volksschicksals in den nächsten Jahrzehnten erwiesen sich die fortbestehenden deutschen Teilstaaten, deren dynastische Souveränität durch die herrschende Staatslehre versteift wurde. Seitab vom Politischen aber meldete sich neben der nationalen eine andere Lebensfrage unseres Volkes: das soziale Problem. Diese neue Wendung, die auch für die Aufgabe einer gegenwartsmächtigen deutschen Volkstumskunde entscheidende Bedeutung hat, wurde sichtbar, als genau ein halbes Jahrhundert nach dem Erscheinen der Jahnschen Schrift ein anderer großer Mahner auf den Plan trat, noch ehe die Neugründung des Reiches durch Bismarck vollzogen war. 1858 hielt Wilhelm Heinrich Riehl seine denkwürdige Rede über „Die Volkskunde als Wissenschaft", die auch er — wie der kurz zuvor verstorbene Jahn — als eine politische Wissenschaft erfaßte, deren eigentümliches Anliegen er aber — aus den Lehren der Revolution von 1848 schöpfend — als das einer „sozialen Volkskunde" begriff.

Das war nicht „wertfreie Wissenschaftlichkeit", auf die — wiederum ein halbes Jahrhundert später — die deutsche Gesellschaftslehre etwa in einer so bedeutenden Forschergestalt wie Max Weber ihren eigentlichen Stolz setzte. Dieser Aufruf zu einer deutschen Volkskunde „als Vorhalle der Staatswissenschaften" kam aus der tiefen Sorge eines Mannes, der die Erschütterung deutscher Staatlichkeit durch die revolutionären Gesellschaftskräfte des technischen Zeitalters deutlich spürte und demgegenüber nicht ein bloßes Sammeln und

Registrieren von Urvätergut empfahl, wie es die „Volkskunde" vor ihm und nach ihm betrieben hat. Die Volkskunde Riehls, die bei ihm selber eine erwanderte, erfahrene, der verborgenen Wirklichkeit des Landes im Schatten und der stillen Winkel abgelauschte Wissenschaft war, wollte eine konservative Politik begründen: nicht im Sinne der Erstarrung und reaktionären Erhaltung des Überständigen, sondern mit dem Ziel der Erschließung ungenutzter und weithin unbekannter Volkskräfte. Diesen Kraftreserven entfremdete sich das werdende politische Deutschland immer mehr, in dem ein Neupreußentum zur Führung drängte, das sich aus seinen ostelbischen landschaftlichen Bindungen löste, ohne eine umfassende Wiederverwurzelung im Volkstum der Gesamtnation damit zu gewinnen.

Hier sollte eine deutsche Volkskunde eingreifen. Sie sollte die Überlieferungstiefe und Bestandhaftigkeit der Teilkräfte im deutschen Leben erprüfen und aus dieser Kenntnis, die den Staatsmann an die völkischen Weistümer heranführt, die Kraft zu neuen politischen Aufgaben entfesseln. Aber Jahn war zeit seines Lebens ein Einsiedler und Außenseiter im deutschen Bildungsleben geblieben. Riehl wurde zwar durch den Weitblick eines Bayernkönigs Professor. Aber auch er blieb innerhalb der Zunft, in die er von außen hineingestellt war, ein wissenschaftlicher Sonderling; seine eigene Forschung entfernte sich von den fruchtbaren Ansätzen der fünfziger Jahre. Wenn seine Bücher auch dauernd Freunde im lesenden Publikum fanden und bis in die Gegenwart hinein neu aufgelegt wurden, so machte er doch nicht eigentlich Schule. Die Volkskunde, die sich heute so gern auf ihn als Ahnherrn beruft, ging gänzlich andere Wege, als der Altmeister ihr angeraten hatte. Sie sammelte Stoff, — die einen Volkslieder, die anderen Volksbräuche, die dritten Sagen und Märchen oder Volkstrachten —, aber an all dem, was diese fleißige Forschung zutage förderte, haftete ein eigentümlicher Modergeruch. Das war weder eine Vorhalle der Staatswissenschaften, noch der übrigen Geisteswissenschaften. Das war keine Grundwissenschaft vom deutschen Menschentum, in der man sich umsehen mußte, wenn man irgendwo gestaltend in das deutsche Volksschicksal eingreifen wollte, wenn man zu führenden Stellungen im Leben der Nation erkoren und vorbestimmt war: die Volkskunde blieb politisch und sozial unerheblich.

Diese Verengung mag ein Gutes gehabt haben: die nahe Verbindung, die damit zwischen Volkskunde und Heimatforschung gestiftet wurde, sorgte wenigstens in gewissen Kreisen dafür, daß uns der Aufstieg zu einem Weltvolk, das Staats- und Kolonialpolitik trieb und auf dem Weltmarkt

mit dem mächtigen Britenreich in Wettbewerb trat, nicht völlig die Berührung mit dem kleinräumlichen, heimatgebundenen Leben raubte, in dem so viel echt deutsches Kulturschaffen verwurzelt war und blieb. Aber wenn wir in diesen Jahrzehnten auch mehr den ursprünglich politischen mit einem kulturellen und vielfach gefühlsseligen Partikularismus vertauschten, so wuchsen doch aus diesen vielen Heimaten der Deutschen die Großstädte eigentümlich heraus. Ihre Richtmaße erhielten sie nicht aus ihrer engeren heimatlichen Umwelt, sondern aus der nivellierenden Kräftelagerung der „Industriegesellschaft". Aus Dörfern wurden Städte, aus Klein- und Mittelstädten fast über Nacht Großstädte, und das Fischerdorf an der Spree erwuchs zur deutschen Weltstadt, die Wien und München überflügelte und stolz war, wenn man sie nicht sowohl mit Paris und London, als mit New York und Chikago verglich. Es ist kein Zufall, daß die Kulturpolitik des wilhelminischen Zeitalters den Austausch mit Nordamerika in den Vordergrund stellte. Deutsche Volkstumspflege und Volkstumsforschung: das war etwas für Romantiker, für die liebevolle Kleinarbeit der Stillen im Lande. Wer modern war, wer sich auf der Höhe der Zeit fühlte, wandte solchen Bestrebungen höchstens Gefühle zu, in denen sich Rührung und Mitleid mit einem Schuß von Pietät mischten. Daß aber das neue Reich nur Bestand haben konnte, wenn es im Rahmen des Gesamtvolkes die Kräfte des Blutes und des Bodens aktivierte, daß das Reich, dessen dynastischer Glanz sichtlich verblich, einer solchen Erneuerung aus den Elementen völkischen Daseins bedürftig war: das wurde nur von wenigen gesehen.

Auch die deutsche Wissenschaft trat sehr viel williger in die Fron einer technischen Zivilisation als in den Dienst einer wahrhaft völkischen Kultur. Als der Weltkrieg ausbrach, als die militärisch-politische Selbstbehauptung auf die letzten völkischen Kraftreserven hätte zurückgreifen müssen, da herrschte im Raum der deutschen Wissenschaft eine ungeheure Vielgeschäftigkeit. Zahllose ältere und neuere Einzelwissenschaften stießen und drängten sich, zankten sich um „Methodenreinheit", und verbrauchten vielfach ihre besten Kräfte im Vorläufigen. Eine Gesamtwissenschaft vom deutschen Volkstum, eine Volkstumskunde mit politischer Ausrichtung auf die Selbsterhaltung der Gesamtnation in der Welt gab es nicht. Trotz Jahn, trotz Riehl und wenigen andern Predigern in der Wüste war sie bloßes Programm geblieben.

Die ersten Opfer dieser geistigen Zustände im Reich waren bereits in der Vorkriegszeit die Deutschen der Grenz- und Mischgebiete, die sich schon innerhalb der Reichsgrenzen zielbewußter völkischer Gegner, der Polen,

4*

Dänen und Franzosen erwehren mußten und die im Habsburgerreich und in Rußland in eine überaus krisenhafte Lage gerieten. Der Aufstieg der osteuropäischen Kleinvölker, die Bestrebungen zur Sammlung der allslawischen Volksenergien, die Sprengkräfte, die die Türkei aufgelöst und Südosteuropa „balkanisiert“ hatten und nun diesen Auflösungsprozeß in den näheren Südosten und Nordosten weiterleiteten, bedeuteten für Millionen unseres Volkes, deren Vorfahren den Osten kolonisiert und teilweise beherrscht hatten, eine Erschütterung ihrer Existenz. Sie hätten sich ihrer nur erwehren können, wenn das ganze deutsche Volk diese Unterwühlung der vorgeschobenen Volkstumsbastionen im Ostraum, das Nachlassen der Verklammerung zwischen Mutterland und Außendeutschtum, die fluchtartige Räumung deutscher Außenstellungen, die sich schon damals anbahnte, in ihrer ganzen Folgenschwere für die deutsche Weltgeltung erkannt hätte. Weil wir aber technisch und nur staatlich, aber nicht völkisch und sozial in jener Zeit zu denken verstanden, wandten wir selber im Reich dem Osten den Rücken, blickten nach Westen, über den Ozean, verstrickten uns in ein weltwirtschaftliches und weltpolitisches Denken, dem die völkische und soziale Grundlage fehlte. Wir wußten wenig vom Schicksal, das unser Blut auf den großen Volkswanderungen erlitten hatte, vom Boden, der mit diesem Blut getränkt war, und von den Verantwortungen, die uns die Ausbreitung unseres Volkstumes, die Berührung und Durchdringung mit unsern völkischen Nachbarn, die Eingliederung in die sozialen und nationalen Umwälzungen Mitteleuropas auferlegten.

Der Traum des weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Fortschritts ohne Rücksicht auf die völkischen Wurzelkräfte unseres Siedlungsbodens und die völkischen Kraftlinien unseres Wirkungsraumes im Herzen Europas nahm in der Novemberrevolution ein jähes Ende. Die „Fragen“, die schon der Weltkrieg aufwarf, die echten völkischen Beziehungen zu unserm österreichisch-ungarischen Bundesgenossen, die flämische, baltische, polnische Frage, die Sicherung des verstreuten und weithin zusammenbrechenden Deutschtums in aller Welt: all diese Probleme fanden uns politisch unvorbereitet. Dem deutschen Soldaten, der auf seinen Kriegsmärschen nun (anders als Vater Riehl) den deutschen Volksboden bis an seine äußerste Grenze als „Fußwanderer“ im feldgrauen Kleid durchstreifte, dem Offizier, der diese Märsche leitete, der politischen Führung selber fehlte das Grundwissen um unser Volkstum, dessen Bestand diesseits und jenseits der Reichsgrenzen auf die denkbar härteste Probe gestellt war.

Die Macht des Reiches erfuhr einen tiefen Sturz, Österreich-Ungarn zerfiel. Die staatliche Neuordnung des zentralen Lebensraumes unseres Volkes vollzog sich aus den Eigenkräften unserer Nachbarn, bislang zum Teil mißachteter Kleinvölker, deren „Selbstbestimmung" Triumphe feierte, während die deutsche Selbstbestimmung mit Füßen getreten wurde. Zerstückelung, Entrechtung, wirtschaftlicher Ruin des Deutschtums schien das Ende der heldenhaften Kraftanstrengungen, durch die wir im Weltkrieg die Furcht und Bewunderung der ganzen Welt erregt hatten. Als die neuen Reichsgrenzen in Versailles festgesetzt wurden, Österreich in die Form eines selbständigen Kleinstaates gepreßt und zahllose Randgebiete des deutschen Volksbodens auf alte und neue Nachbarstaaten verteilt waren, erwachte wohl hie und da in der deutschen Wissenschaft das Bewußtsein dessen, was an gesammelter und zielbewußter Erkenntnis unseres Volkstums versäumt war, und der Wille, es nachzuholen. Aber die Weimarische Republik, an die sich Österreich nicht anschließen durfte, war nicht ein Staat, dessen tragenden Kräften zuzutrauen war, daß man nun wenigstens auf dem Boden der Wissenschaft mit dieser Besinnung ernst machen würde. In unsern Schulen sollte Völkerversöhnung gepredigt und der Glaube an ein goldenes Zeitalter der Abrüstung aller der Jugend eingepflanzt werden. Der Fortschrittsglaube der Vorkriegszeit nahm eine neue Wendung. Er richtete seine Hoffnungen auf die Menschheit. Wir suchten mit einigem Erfolg die technische Tradition durchzuhalten, unsere Wirtschaft brach trotz der wachsenden Millionenarmee der Arbeitslosen nicht völlig zusammen. Sie stützte zum Teil auch private Bemühungen, Lebensfragen des deutschen Volkes wissenschaftlich zu untersuchen und diese Erkenntnisse einer völkischen Zukunftsplanung nutzbar zu machen. Auch unter den Männern, die staatliche Geldmittel zur Förderung der Forschung zu verwalten hatten, regte sich hie und da schon vor der Machtübernahme das nationale Verantwortungsbewußtsein, so daß Ansätze zu einer deutschen Volkstumskunde, soweit die Initiative einzelner Gelehrter, Institute und Verbände sich diesen Zielen zuwandte, auf eine gewisse Unterstützung rechnen konnten.

Wie die deutsche Volkskunde älteren Stils ihre Anregungen von einer Völkerkunde erhielt, die Primitivkulturen exotischer Völkerschaften erforschte, so ergab sich jetzt als Parallele zur Frankreichkunde etwa oder zur Englandkunde, mit der sich die Philologie im Hinblick auf den modernen Schulunterricht gerade auch im Zeichen der Völkerverständigung befaßte, auch das Bedürfnis nach einer „Deutschkunde": einmal, um Ausländern eine gesammelte Kenntnis vom deutschen Volk

und seinen Lebensformen zu übermitteln, des weiteren auch zum Ausbau des Deutschunterrichts an unseren höheren Schulen. All diese Bemühungen blieben an verhältnismäßig umgrenzte praktische Zwecke gebunden, bestimmte erzieherische Bedürfnisse boten ihnen den Anreiz, zur großen Schau Riehls, der die Volkstumserkenntnis zur Grundlage der Staatswissenschaften machen wollte, erhoben sich Behörden und öffentliche Körperschaften in der Weimarischen Republik kaum.

So wurde auch abseits vom offiziellen wissenschaftlichen Betriebe auf dem Boden der sogenannten volksdeutschen Bewegung kurz vor dem nationalsozialistischen Umbruch der Versuch unternommen, für eine solche umfassende Volkstumskunde das Grundgerüst in Gestalt einer Volkslehre zu schaffen, die das Wesen von Volk und Volkstum grundsätzlich zu erfassen und damit gleichsam den Grundriß zu gewinnen sucht, auf dem sich das Gebäude einer umfassenden Volkstumskunde erheben soll. Es ist das Verdienst der nationalsozialistischen Landesregierung Thüringens, 1933 in Jena den ersten ordentlichen Lehrstuhl für Volkstheorie und Volkstumssoziologie in Verbindung mit einem Lehrauftrag für Nationalitäten- und Grenzlandkunde errichtet und damit der jungen Volkslehre, die das Vermächtnis Herders, Jahns, Arndts und Riehls zu verwirklichen sucht, auf akademischem Boden die Bahn gebrochen zu haben. Verwandte Lehraufträge sind in der Folge auch in Berlin, Halle und Königsberg erteilt worden. Ihr Ausbau dürfte fortschreiten, da inzwischen in den juristischen und volkswirtschaftlichen Lehrplan die „Volkskunde" in einem Sinn aufgenommen worden ist, dem die herkömmlichen volkskundlichen Methoden nicht Genüge tun. Im übrigen bemüht sich auch die Volkskunde, ihre bisherige Verengung zu überwinden. Ein groß angelegtes Sammelwerk wie das im Erscheinen begriffene „Handbuch der Volkskunde", das der verdiente Direktor des Vaterländischen Museums in Hannover, Wilhelm Peßler, herausgibt, zeigt in seiner Anlage deutlich, daß der übliche Rahmen der Volkskunde gesprengt werden muß, um dieser Wissenschaft diejenige Lebensnähe und Gegenwartsbedeutung zu sichern, die überall da geltend gemacht wird, wo man auch ihr einen festen Platz im wissenschaftlichen Leben unseres Volkes zu gewinnen und zu sichern sucht. So begegnen sich Bestrebungen, die mehr vom Theoretischen ausgehen, mit Forschungsplänen, die — wie der große Volkskundeatlas, den die Deutsche Forschungsgemeinschaft schon seit einigen Jahren bearbeitet — bereits auf das Konkrete der deutschen Volksexistenz gerichtet sind, um eine Ausweitung der deutschen Volkskunde zu einer umfassenden Volkstumskunde Schritt für Schritt herbeizuführen.

Welche Forschungsziele lassen sich nun für eine solche politisch verantwortliche Volkstumskunde heute bereits abstecken? Sie wird von einer Art von Bestandsaufnahme unseres, namentlich an seinen Grenzen, so schwer gefährdeten Volkes ausgehen müssen, die sich dessen geschichtlichen Aufbau vergegenwärtigt, die bluthaften Kräfte prüft, die seine Gestaltung erklären, und dabei offenen Auges der biologischen Gefahrlage ins Auge blickt, der wir trotz der erfreulichen Besserung unserer Geburtenkurve und dem erfolgreich aufgenommenen Kampf gegen erbkranken Nachwuchs noch immer ausgesetzt sind. Hieran anschließend erwarten wir Kunde vom deutschen Volksboden, der nicht nur als Gebiet deutscher Siedlung, sondern zugleich als deutscher Volkswirkungsraum begriffen werden muß, in dem deutsche Volkselemente sich in lebendigem Umtrieb befinden. Was sich unter den heutigen Verhältnissen vollzieht, ist ja nicht nur eine Schrumpfung des deutschbesiedelten Gebiets, sondern eine Verdrängung etwa jener Deutschen, die als Kulturpioniere in alle Welt ausgezogen sind, eine Einengung des sozialen Lebensraumes für unsere auslanddeutschen Volksgenossen, eine Unterbindung neuen Zuzuges aus dem Mutterland.

Daneben sehen wir im deutschen Volk nicht einfach die Masse deutscher Menschen, sondern wir erkennen als Keimzelle des Volksganzen wieder die Familie. Deutsche Familien- und Sippenkunde, durch die Gesetzgebung im Reich mächtig gefördert, wird zu einem wichtigen Teilgebiet der Volkskunde. Wenn wir dabei in der Familie die naturhafte Kraftquelle unseres Volkstums wiedererkennen, so sind wir uns zugleich bewußt, daß ihr nicht nur die Aufgabe organischer Fortzeugung unseres Volkes, sondern zugleich die Verantwortung für die völkische Überlieferung und für ein lebendiges Sendungsbewußtsein in unserm Volk zukommt. So gelangen wir von der Familie zu den Stämmen, in die unser Volk sich gliedert, wobei wir nicht nur an jene ursprünglichen volkartigen Gebilde denken, aus denen unser Volk im frühen Mittelalter zusammengewachsen ist, sondern zugleich an die stammartigen Neubildungen, die namentlich im Neusiedelgebiet des deutschen Ostens gerade auch durch Mischung zuwandernder Deutscher mit vorgefundenen slawischen Bevölkerungselementen im hellen Licht der Geschichte entstanden sind. Aus Familie und Sippe, Stamm und Landschaft erst ist die wahre Gliederung des deutschen Volkes befriedigend zu erkennen.

Zu den großen Erkenntnissen, die wir dem nationalsozialistischen Durchbruch verdanken, gehört die innige Bindung des nationalen an den sozialen Gedanken. Über die bruchstückhaften Bemühungen, die das 19. Jahr-

hundert an die Lösung der „sozialen Frage“ wandte, erhebt sich turmhaft das Volksbild des Nationalsozialismus, der eine neue Volksordnung verpflichtend durchzusetzen sucht. Der Klassenkampf entzweiter Volksschichten wird nunmehr von einem geordneten Nebeneinander gleichwertiger Gesamtstände abgelöst, die nur durch eine überlegene, vom Volksganzen und seinem Wohl bestimmte Volksführung aus ihren ewigen Kämpfen und Reibungen befreit und zu einer höheren Einheit zusammengefaßt werden können. Weil wir nicht mehr, wie ein gewisser „Universalismus“, an das organische Wunder der Volkwerdung glauben, sondern den Ansatz dazu in geschichtlichen Taten großer Führerpersönlichkeiten vor Augen sehen, genügen uns nicht mehr abstrakte Spekulationen über Stände, wie sie etwa die scholastische Philosophie durchziehen und sich bis auf ihre Wurzeln in der griechischen Philosophie zurückverfolgen lassen. Wir wissen, daß die Volksordnung unter wesentlicher Mitwirkung des Staates von Zeitalter zu Zeitalter in geschichtlich neuen Formen verwirklicht werden muß. Wir erwarten von einer deutschen Volkstumskunde, daß sie uns den Überlieferungsgehalt wirklichen deutschen Ständewesens aufweist, um so der Erneuerung ständischen Rechts Handhaben zu bieten, neue Notwendigkeiten an alten Brauch zu ketten, ohne daß dabei die Gefahren übersehen werden, die aus der wirren Vielfalt deutschen Ständewesens von je aufgestiegen und nur durch entschlossenen Zugriff einsatzbereiter Führung zu bannen sind.

Gewiß ist bei der Neuschöpfung einer deutschen Volksordnung im Kampf mit reaktionär verhärteten Resten einer überständigen Vergangenheit und mit dem ungebändigten Eigennutz von Einzelpersonen und Einzelgruppen im Volk die Hilfe des Staates nicht zu entbehren. Er schafft autoritativ neues Recht und hat die Kraft, gegen Widerstände notfalls auch die harten Zwangsmittel der Staatsgewalt einzusetzen. Aber wenn der Staat hierbei, wie schon Fichte es sah, ein „Zwingherr zur Deutschheit“ wird, so dürfen seine Zwangsmittel und Zwangsverfahren doch nicht als Selbstzweck verstanden werden. Wenn das nationalsozialistische Deutschland an einer formal erstarrten Rechtspflege Kritik übt, dann geschieht das nicht nur deshalb, weil die Übernahme des fremden römischen Rechts eine Quelle der Entfremdung zwischen Volk und Recht gewesen und geblieben ist, sondern zugleich aus der Einsicht heraus, daß die Trennung der Sitte vom Recht überwunden werden, daß das neue Volksrecht wieder in einer festen völkischen Sitte verankert werden muß, um deren Durchsetzung sich der Nationalsozialismus nicht sowohl als staatstragende Gewalt, vielmehr als lebendige Bewegung im Volke selbst

bemüht. So wird es zur Aufgabe einer deutschen Volkstumskunde, den ganzen Bereich lebendiger deutscher Gesittung zu durchforschen, die eigentümlichen Formen zu erkennen, die unser Volk sich in Arbeit und Wirtschaft, aber auch in Spielen und Festen geschaffen hat, aus deren überliefertem Stoff wiederum durch pflegliche Führung die Erneuerung von Sitte und Recht gewonnen werden muß.

Aber das Leben des Volkes erschöpft sich nicht in dieser rhythmischen Abfolge von Arbeit und Festtagsfreude, von fleißiger Tätigkeit und gelassener Ruhe, sondern aus dem schöpferischen Vermögen der Nation wächst und mehrt sich eine Welt von Kulturwerken, deren umfassendstes Medium die Sprache als geistiger Gemeinbesitz des Volkes ist und die sich in einzelnen Kulturzweigen, in Schrifttum und Dichtung, in der Wissenschaft, in der Kunst des Malens, Bildens und Bauens, in der Musik entfalten. Wir wollen heute nichts mehr von einem volksfremden Geniekult wissen, der die „einsame Schöpferpersönlichkeit" vom Volk trennte und ihr entweder gleich die ganze „Menschheit" oder klüngelhafte Personalgemeinden und „Kreise" als Publikum zuordnete. Gewiß wollen wir unser deutsches Kulturschaffen nicht aus dem völkertümlichen Zusammenhang mit andern großen Nationen herauslösen, aber wir wehren uns gegen eine Auffassung, die nur das Typische, Unpersönliche, die namenlose Schöpfung als volkstümlich gelten lassen will und so die große geschichtlich bestimmte Kulturschöpfung vom Volkstum ablöst. Wir wollen in unsern Schulen keine blasierten jungen Weltbürger züchten, sondern zur verbindenden Grundlage unserer Erziehung und Schulung das Volkstum machen, das als der gesammelte geistige Gemeinbesitz des Volkes begriffen werden muß, um so als der eigentliche Gehalt jeglicher Erziehung begriffen zu werden.

Gewiß sind damit noch nicht alle Stoffe erschöpft, die in einer umfassenden deutschen Volkstumskunde ihren Platz finden müssen. So gehören zu ihren Forschungsgegenständen auch die völkischen Wehrkräfte, deren Entfaltung die Leibesübungen und Wettkämpfe im Volk dienen. Auch das völkische Glaubensleben gehört, so deutlich wir uns dabei den Grenzen jeder Volkstumskunde nähern, in diesen Forschungsbereich hinein.

Nicht die Aufzählung einzelner Stoffgebiete, sondern die Art ihrer Behandlung ist das Wesentliche, wenn das Anliegen einer deutschen Volkstumskunde verständlich gemacht werden soll. Denn es leuchtet ohne weiteres ein, daß jedenfalls die meisten der angedeuteten Einzelthemen der Volkskunde bereits ihren Platz in besonderen Wissenschaften haben, die sich im wissenschaftlichen Betrieb gemäß dem Gesetz der Arbeitsteilung

schon weitgehend verselbständigt und damit auch auseinanderentwickelt haben. Gerade darin aber liegt die Gefahr beschlossen, daß unsere Wissenschaft über dem geschulten Blick für das Einzelne den Sinn für den Gesamtzusammenhang aller dieser Einzelbereiche völkischen Lebens verliert. Hier muß die Gegenbewegung einsetzen. Die Volkstumskunde will die spezialisierte Einzelforschung nicht ersetzen und überflüssig machen, sie setzt diese Forschung voraus, übernimmt einen großen Teil ihrer Ergebnisse und fügt sie wieder zu einem Gesamtbild deutschen Volkstumes zusammen. Sie richtet an die spezialwissenschaftliche Arbeit die Mahnung, die großen Zusammenhänge, die bluthaften Bindungen nicht aus dem Auge zu verlieren, durch die sich alle diese Einzelgebiete völkischen Lebens zum lebendigen Ganzen des Volkstumes zusammenschließen. In diesem Sinne ist Volkstumskunde ganzheitlich gerichtet.

Diese Wendung zum Ganzheitlichen aber ist nicht bloß eine Angelegenheit der theoretischen Überlegung, sondern zugleich eine überaus praktische Angelegenheit. Die Spezialisierung der Erforschung der Volkstumselemente hat bei uns bereits einen Grad erreicht, der dem Gebildeten, dem Lehrer, dem Volkserzieher, den Männern und Frauen, die mit Schulungsaufgaben im Dienst der Bewegung betraut sind, den Überblick über das Ganze des Volkstums und den gegenwärtigen Stand seiner Erforschung fast zur Unmöglichkeit macht. Damit können wir uns unmöglich so ruhig abfinden, wie das die Zunftwissenschaft des endenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts tat. Die Zusammenfassung des zerstreuten, die Fruchtbarmachung des überwuchernden volkstumskundlichen Wissensstoffes für das Leben des Volkes muß selber als eine geistige Aufgabe erkannt werden. Und sicherlich ist ihre Bewältigung wenigstens einen gewissen Verzicht auf jene spezialistische Verfeinerung wert, die zum eigentlichen Ehrgeiz der überkommenen Zunftwissenschaften geworden war. Dieses Sammeln, Ordnen, Zusammenschauen, Ineinsdenken, das damit zur Aufgabe der Volkstumskunde in unserer Zeit wird, ist auch keineswegs eine so einfache mechanische Aufgabe oder gar ein Vorgang, der sich durch bloße Anhäufung von Wissensstoffen von selbst ergibt: es ist eine politisch-pädagogische Aufgabe ersten Ranges.

Denn wir dürfen niemals vergessen, daß wir in unserm Volk dieses Wissen um das Ganze seines Volkstums so dringend brauchen, weil dieses unser Volkstum in den Grenz- und Außengebieten hart umkämpft und auch im Innern von spätalterlichen Verfallsgefahren bedroht ist. Der Weltkrieg, Versailles, der Ruhreinbruch, das Ringen um die deutsche Er-

neuerung, das gegen uns gerichtete Bündnis der französischen und russischen Weltmacht: all das und vieles mehr sind Anzeichen dafür, daß der Kampf um die deutsche Existenz, den manche mit Bismarcks Reichsgründung für abgeschlossen hielten, in den Jahrzehnten unseres Lebens in seine eigentliche Krise eingetreten ist. Wollen wir auf den Ausbruch eines neuen Weltkrieges warten, um uns klarzumachen, daß ein Volk im Kampf eines Wissens um seine eigensten Güter bedarf, das geordnet ist, sich auf das Wesentliche besinnt und in der Lage ist, dieses Wesentliche an Volkstumskunde handgerecht denen zuzuleiten, die die Grenzen zu verteidigen, den kulturellen Hochstand im Binnenland zu wahren, das Ganze eindrucksvoll nach außen in der Völkerwelt zu vertreten haben? Wie kleinlich erscheint gegenüber dieser ebenso einfachen, wie einleuchtenden Grundrichtung volkstumskundlicher Forschung der Streit der Einzelwissenschaften um Reinheit ihrer Methoden und um Vorrechte auf einzelnen Wissensstoff, der Zank der Schulen und die Furcht der strengen Gelehrsamkeit, ihre Grenzen zur Schriftstellerei oder gar zum Feuilleton zu verwischen! Gewiß will die werdende deutsche Volkstumskunde an Ernst und Gewissenhaftigkeit gern mit allen andern Wissenschaften wetteifern. Zum selbstverständlichen Ernst des Wahrheitsdienstes kommt aber bei ihr noch die politische Verantwortung für ihren umkämpften Gegenstand, eben das deutsche Volkstum, hinzu. Und das Volk, das eigene Volk ist ebenso sehr ihr Forschungsgegenstand, wie es Träger der Forschung und Nutznießer ihrer Erkenntnisse ist. So wird sich an der deutschen Volkstumskunde erweisen müssen, wieweit wir über bloße Wünsche, Hoffnungen und Forderungen hinweg fähig sind, unsere Wissenschaft wirklich aus den Verirrungen des liberalistischen Zeitalters hinauszuführen und die große Wendung zum Volk, die das deutsche Leben vollzogen hat, auch für die deutsche Forschung fruchtbar zu machen.

Hans Harmsen

Von Wachstum und Niedergang der europäischen Völker

Die natürliche Bevölkerungsbewegung fast aller europäischen Länder ist gekennzeichnet durch einen die Bestandserhaltung der weißen Rassengruppe immer stärker gefährdenden Geburtenrückgang[1]. Dabei wird die wahre

bevölkerungsdynamische Lage überall noch durch einen abnormen Altersaufbau verschleiert. Eine Bereinigung der Lebensbilanz zeigt, daß für eine ganze Reihe von europäischen Ländern an die Stelle des scheinbaren Geburtenüberschusses in Wirklichkeit die Geburten nicht mehr ausreichen, um den Bestand zu erhalten. Bei einer kartenmäßigen Darstellung der Geburtenhöhe in den einzelnen Ländern zeigt sich ein ausgesprochener Abfall vom Südosten gegen den Nordwesten mit dem ausgesprochenen Tief über England und Skandinavien.

England scheint von dieser Entwicklung am schwersten bedroht.

a. T.	1913	1924/29	1932	1933	1934
Geburten . . .	24,2	17,9	15,8	14,9	15,3
Todesfälle . . .	14,3	12,5	12,3	12,5	12,0
Überschuß . . .	9,9	5,4	3,5	2,4	3,3

Eine Bereinigung der Lebensbilanz Englands zeigt aber schon für das Mittel der Jahre 1929/30 ein Geburtendefizit von —3,3 a. T. Während die letzte Volkszählung (1931) noch einen Zuwachs innerhalb der letzten 10 Jahre zeigte, nahm die Bevölkerung Schottlands bereits um etwa 40 000 ab. Die Überalterung des Volkskörpers wird immer deutlicher. In etwa 10 Jahren wird die Volkszahl ihren Höhepunkt erreicht haben und dann zurückgehen. Besonders beachtlich ist das Aufhören der Abwanderung in die Dominien.

Skandinaviens Bevölkerungsproblem ist gleichfalls durch den rasch fortschreitenden Geburtenrückgang gekennzeichnet. Unter Berücksichtigung des durch die Sterblichkeit verursachten Schwundes werden 1000 heutige Frauen in 20 Jahren in Schweden nur 700 Mädchen im gebärfähigen Alter hinterlassen, in Norwegen rund 800, in Dänemark etwa 900. Dabei sind die Gründe nicht in materiellen Schwierigkeiten zu suchen, sondern in der Entwicklung der Sexualmoral, in dem Hereinziehen der Frau in außereheliche Berufe, in der Untergrabung der Ehe, der Propaganda für Empfängnisverhütung und für Freigabe der Abtreibung.

Jahr	Schweden			Norwegen			Dänemark		
	Geb.	Tod.	Übersch.	Geb.	Tod.	Übersch.	Geb.	Tod.	Übersch.
1913	23,2	13,7	9,5	25,1	13,3	11,8	25,6	12,5	13,1
1924/29	16,7	12,1	4,6	18,8	11,1	7,7	20,6	10,5	9,1
1932	14,5	11,6	2,9	16,0	10,6	5,4	18,0	11,0	7,0
1933	13,7	11,2	2,5	15,0	10,2	4,8	17,3	10,6	6,7
1934	—	—	—	14,8	9,8	5,0	—	—	—

Der in allen skandinavischen Ländern noch verhältnismäßig hohe scheinbare Geburtenüberschuß ist ausschließlich verursacht durch die ungewöhnlich niedrigen Sterbeziffern. In Wahrheit ergab sich für die Jahre 1929/30 für Dänemark bereits ein Geburtenfehlbetrag von —0,4 a. T., für Norwegen —1,2 a. T., für Schweden sogar —2,9 a. T.!

Der baltische Raum hat seit langem bereits eine ungünstige Bevölkerungsentwicklung[2]; durch die Bildung der Nationalstaaten wurde sie zum Teil wesentlich verschärft. Die teilweise erhebliche Verschiedenheit in der Vermehrung der einzelnen innerhalb dieser Staaten lebenden Volksgruppen muß beachtet werden, da sie nicht nur zur Stärkung, sondern auch zur Aushöhlung des Staatsvolkes führen kann. In Finnland[3], dessen Bevölkerungsbewegung trotz langsam abnehmender Geburten nach wie vor eine gesunde Vermehrung zeigt, kommt diese Entwicklung dem finnischen Volkskörper zugute, während im schwedischen Volksteil die wesentlich geringere Sterblichkeit den beträchtlichen Geburtenrückgang nicht auszugleichen vermag.

Jahr	Finnland			Estland			Lettland		
	Geb.	Tod.	Übersch.	Geb.	Tod.	Übersch.	Geb.	Tod.	Übersch.
1913	27,2	16,1	11,1	—	—	—	—	—	—
1924/29	21,7	14,2	7,5	18,1	16,3	1,8	21,4	15,0	6,4
1932	18,7	12,6	6,1	17,6	14,8	2,8	19,4	13,6	5,7
1933	17,4	12,9	4,5	16,2	14,7	1,5	17,8	13,6	4,2
1934	—	—	—	15,4	14,9	0,5	—	—	—

Der Geburtenrückgang in den estnischen Teilen des ehemaligen Gouvernements Livland war schon in den Jahren 1890/1900 bemerkbar, er verstärkte sich in der Folgezeit rasch. Eine Aufgliederung der Bevölkerungsbewegung nach den einzelnen Volksgruppen offenbart die Tatsache, daß nur der an der Ostgrenze des neuen Staates lebende russische Bevölkerungsanteil einen nennenswerten Geburtenüberschuß (7—8 a. T.) hat. Am ungünstigsten ist die Bevölkerungsbewegung der deutschen Volksgruppe, bei der, durch die Altersgliederung bedingt, eine ungewöhnlich niedrige Geburtenziffer einer hohen Sterblichkeit gegenübersteht. Die Zahl der Deutschen fiel von 1922—1934 um 10,7 v. H., ihr Anteil beträgt 1,5 v. H. der Gesamtbevölkerung und wird im Jahre 1940 bis auf etwa 1,2 v. H. zurückgehen. 83,9 v. H. aller Deutschen leben in der Stadt! Die Tatsache, daß in Reval auf jede fruchtbare deutsche Ehe etwa 3,6 Kinder entfallen, zeigt andererseits, daß die Gruppe des familienhaft lebenden estländischen Deutschtums seinen Bestand wohl erhalten kann.

Die Bevölkerungsbewegung Lettlands ähnelt weithin der estnischen. Sie ist in den letzten zehn Jahren gekennzeichnet durch eine überaus starke Abnahme der Geburtlichkeit von Letten und Juden als Folge des zivilisatorischen Aufstieges. Bedrohlich ist die Verstädterung. 20 v. H. der Gesamtbevölkerung wohnen in Riga. Die römisch-katholischen Lettgaller, eine seit Jahrhunderten unter polnischem Einfluß stehende Bevölkerungsgruppe mit starkem großrussischem, polnischem und weißrussischem Einschlag, an Kopfzahl nur ein Viertel der Gesamtbevölkerung, hatte 80 v. H. des Gesamtzuwachses! Bodenentwertung und Einwanderung polnischer Landarbeiter zeigen sich bereits als Auswirkung des Geburtenrückgangs. Die negative Bevölkerungsbilanz der deutschen Volksgruppe ist ebenso wie in Estland durch den Altersaufbau bedingt. Bedrohlich ist es, daß über die Hälfte aller von Deutschen geschlossenen Ehen nationale Mischehen sind.

Litauen und Polen sind auch heute noch Länder mit außerordenlich hohen Geburtenüberschüssen und einer infolge Rückgangs der Sterblichkeit stark zunehmenden Volkszahl. Da die Auswanderung heute aber fast völlig unmöglich geworden ist, wird vor allem für Polen das Problem der Übervölkerung und der landlosen Bauern immer ernster.

	Litauen			Polen		
Jahr	Geb.	Tod.	Übersch.	Geb.	Tod.	Übersch.
1924/29	28,7	16,4	12,3	33,6	17,4	16,2
1932	27,3	15,3	12,0	28,7	15,0	13,7
1933	25,7	13,5	12,1	26,5	14,2	12,3
1934	24,8	14,6	10,2	26,5	14,4	12,1

Das Deutschtum in Großlitauen ist vorwiegend bäuerlich. 58,2 v. H. wohnt auf dem Lande, 34,6 v. H. in den größeren Städten, aber nur 7,2 v. H. in Städten unter 2000 Einwohnern. Während das Deutschtum in Estland und Lettland überwiegend der Intelligenzschicht angehört, leidet die deutsche Volksgruppe in Litauen unter einem bedrohlichen Mangel der bürgerlichen Schicht. Volksbiologisch dürfte ihr Bestand gesichert sein. In beiden Ländern geht die Sterblichkeit seit dem Kriege stark zurück, seit 1930 aber auch die Geburtenzahl, was auch im ersten Halbjahr 1935 der Fall war. In Polen ist die eheliche Fruchtbarkeit im Vergleich zu 1900—1928 um 25 v. H. gesunken, und zwar in Westpolen um 36 v. H., in dem überwiegend von Ostslawen bewohnten Ostpolen dagegen nur um 17 v. H. Die allgemeine Fruchtbarkeit ist sogar um 35 v. H. zurückgegangen, eine Entwicklung, deren Folgen aber zunächst

noch durch die Veränderung der Altersgliederung der Bevölkerung verschleiert werden. Die Bereinigung der rohen Geburten- und Sterbezahlen ergibt für Polen immerhin noch ein tatsächliches Bevölkerungswachstum von etwa 7 a. T., eine Höhe, wie sie sonst kaum in Europa noch zu finden ist. Charakteristisch ist das Geburtengefälle von Osten nach Westen. Im Mittel der Jahre 1930—1934 betrug die Geburtenziffer in den Ostbezirken 31,8, im Süden 29,3, im Zentralgebiet 28,0, im Westen 26,7. Dem entspricht auch die verschiedene Geburtlichkeit der deutschen Volksteile, die im Westen (Posen und Westpreußen) ungünstig ist, im Osten (Wolhynien, Cholmer Gebiet) aber sehr erhebliche Geburtenüberschüsse aufweist.

Rumänien und Jugoslawien sind außer Rußland die einzigen Staaten mit Geburtenziffern von über 30. Wenn auch die Sterblichkeit entsprechend groß ist, so ist der Geburtenüberschuß in beiden Ländern ein recht beträchtlicher. Erst in allerjüngster Zeit mehren sich die Nachrichten, nach denen besonders für Rumänien bereits ein stärkerer Rückgang von den Städten aus zu verzeichnen sei. Die Geburtenzahl der deutschen Volksgruppen blieb schon vor dem Krieg nicht unerheblich hinter den Staatsvölkern zurück. Sie dürfte jedoch selbst in Siebenbürgen, in dem bereits seit Jahrzehnten eine bewußte Geburtenbeschränkung geübt wird, noch zur biologischen Bestandserhaltung ausreichen. Die Vermehrung der deutschen Kolonisten in Bessarabien und in der Dobrudscha ist hingegen beträchtlich. Die Geburtenziffer der Deutschen in Jugoslawien liegt unterhalb der der Serben und Kroaten. Eine verhältnismäßig gute Vermehrung weisen die deutschen Siedlungen zwischen Save und Drau aus; wenn auch hier die Geburtenzahl niedriger ist, so führt doch die geringere Sterblichkeit zu einem beträchtlichen Überschuß. Bedroht ist nur die Bestandserhaltung des Deutschtums in der südslawischen Batschka.

Um so stärker ist die Auswirkung des Geburtenrückgangs in den anderen Nachfolgestaaten der österreich-ungarischen Monarchie. Die Entwicklung Ungarns steht zwischen den Extremen des Westens und Ostens, doch macht sich auch hier schon der Geburtenrückgang bemerkbar. Die auf die fortpflanzungsfähigen Altersgruppen bezogene Geburtenziffer zeigt einen noch stärkeren Rückgang als die rohe Geburtenzahl. Gleicherweise verringrt sich auch die durchschnittliche Fruchtbarkeit der Ehen. Sie ist am niedrigsten in den Städten und den Einkindgegenden Transdanubiens, am höchsten in dem eine niedrige Bildungsstufe aufweisenden Gebiet Nordostungarns. Dort, wo das Madjarentum infolge des Einkindersystems bzw. Kinderlosigkeit an Boden stark verliert, wird

sein Platz vom Deutschtum eingenommen. Der römisch-katholische deutsche Volksteil zeigt eine wesentlich stärkere Vermehrung als die lutherisch-evangelischen Deutschen in Ungarn.

Jahr	Ungarn Geb.	Tod.	Übersch.	Tschechoslowakei Geb.	Tod.	Übersch.	Österreich Geb.	Tod.	Übersch.
1913	33,8	22,3	11,5	—	—	—	24,1	18,4	5,7
1924/29	26,6	17,8	8,8	24,1	15,5	8,6	18,9	14,7	4,2
1932	23,4	17,9	5,5	21,0	14,1	5,5	15,2	13,9	1,3
1933	22,6	14,7	7,3	19,2	13,7	5,5	14,3	13,2	1,1
1934	21,5	14,5	7,6	18,7	13,2	5,5	13,5	12,7	0,8

Die zusammengefaßten Zahlen über die Bevölkerungsbewegung der Tschechoslowakei geben in keiner Weise Aufschluß über die wirklichen Verhältnisse. Ebenso wie in Polen macht sich auch hier eine starke Abflachung der Geburtenziffern von Osten nach Westen bemerkbar. Während Böhmen 1932 nur mehr 16,97 Geburten a. T. aufzuweisen hatte, betrug die Ziffer in Mähren-Schlesien 19,51 a. T., in der Slowakei 27,48, in Karpatho-Rußland sogar 38,68. Am stärksten sind vom Geburtenrückgang die Tschechen und die im sudetendeutschen Gebiet lebenden Deutschen betroffen. Ernst bedroht ist auch das Deutschtum in den mährischen Sprachinseln, im Schönhengstgau, Iglau, u. a., während die deutschen Siedlungen in Karpatho-Rußland erheblich wachsen. Als Rückwirkung des Umbruchs in Deutschland ist allerdings auch im Sudetendeutschtum trotz schwerster wirtschaftlicher Krise eine Besserung der Geburtenzahlen bemerkbar.

Katastrophal dagegen ist die Entwicklung in Österreich. Das Jahr 1935 läßt dies auch für Laien offenbar werden. Denn es zeigte zum erstenmal in der Geschichte der Bevölkerungsbewegung Österreichs nicht nur für die Städte, sondern für das ganze Land einen Sterbeüberschuß von 2957 Personen. In Wien, das für diese Entwicklung in erster Linie ausschlaggebend ist, wurden 1935 12 179 Geburten und 25 205 Todesfälle festgestellt. Auf dem weitaus niedrigsten Stand befindet sich die Geburtenziffer Wiens mit 6,5 a. T. Mehr als Zweidrittel aller Wiener Ehen sind kinderlos oder Einkindehen. Für das Mittel der Jahre 1930/33 stellte Winkler fest, daß die Lebensbilanz Österreichs bereits einen Geburtenfehlbetrag von — 4,0 a. T. auswies.

Die Schweiz zeigt gleichfalls eine recht ungünstige Entwicklung, die nur durch eine geringe Sterblichkeit noch nicht in Erscheinung tritt. Während auf eine mittlere Wohnbevölkerung von 4,7 Millionen Einwohnern

auf das Tausend im Jahre 1923 16,7 Lebendgeborene und 12,1 Gestorbene entfielen, rechnerisch also ein Geburtenüberschuß von 4,6 a. T. ausgewiesen wird, berechnet Linder den Reproduktionsindex auf 0,84. Der Geburtenfehlbetrag auf 1000 Einwohner in der stabilen Bevölkerung betrüge mithin — 5,7.

Frankreich, das ehemals klassische Land des Geburtenrückgangs, hat demgegenüber ein weit geringeres Geburtendefizit. Es betrug im Mittel der Jahre 1929/30 nur — 0,4 a. T., während im Durchschnitt der Jahre 1926/27 die bereinigte Lebensbilanz gerade noch ausgeglichen war. Der Grund liegt im Altersaufbau des französischen Volkes, der sich dem einer stationären Bevölkerung stark annähert. Ein durch Epidemien bedingtes Ansteigen der Sterblichkeit kann jedoch leicht einen Sterbefallüberschuß zur Folge haben; denn die Geburtenziffer 16,3 (1933) überragt die Sterbeziffer 15,8 (1933) nur um ein Geringes.

In Belgien ergibt sich aus der Verschiedenheit der Bevölkerungsbewegung des flämischen und wallonischen Volksteils eine überaus bedeutsame Strukturwandlung. Auch Belgien nimmt als Ganzes betrachtet an dem Geburtenrückgang teil, ungeachtet seiner, durch den Rückgang der Sterblichkeit bedingten starken Zunahme der Bevölkerungszahl.

a. T.	1913	1924/29	1932	1933	1934
Geburten . . .	22,4	18,9	17,6	16,5	15,9
Todesfälle . . .	14,6	13,4	13,2	13,1	11,7
Überschuß . . .	7,8	5,5	4,4	3,6	4,2

Am stärksten ist der Geburtenrückgang der wallonischen Gebiete. Von 19 Kreisen in der Wallonie haben 11 einen Überschuß der Sterbefälle über die Geburten. Von 498 Gemeinden, die im Jahre 1930 mehr Sterbefälle als Geburten hatten, liegen 469 in der Wallonie. Auch der flämische Volksteil zeigt einen Abfall der Geburtenziffer, doch sind immer noch 25,12 v. H. der Ehen in den flämischen Provinzen kinderreich, gegenüber 13,99 v. H. in der Wallonie und Brabant. Das Bewußtsein, biologisch der Träger der Zukunft des Staates zu sein, findet nicht zuletzt in der großniederländischen Erneuerungsbewegung seinen Ausdruck. Entsprechend diesbezüglicher Bestimmungen der Verfassung wurde auch kürzlich die Zahl der Abgeordnetensitze neu geregelt, so daß eine flämische Mehrheit die Folge ist. Die Wallonen drohen aus Furcht vor der flämischen Mehrheit mit Revolution und Anschluß an Frankreich.

Die Niederlande ragen als einzige mit über 20 Geburten auf das Tausend über das Niveau der sie umgebenden Länder. Sie haben

überdies von allen europäischen Ländern die günstigste Sterblichkeitsziffer.

a. T.	1913	1924/29	1932	1933	1934
Geburten . . .	28,2	23,7	22,0	20,8	20,7
Todesfälle . . .	12,3	10,0	9,0	8,8	8,4
Überschuß . . .	15,9	13,7	13,0	12,0	12,3

Diese günstige Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung hält auch der kritischen Angleichung an den Altersaufbau stand. Die bereinigte Lebensbilanz ergibt für die Jahre 1926/27 einen Überschuß von 5,2 für 1929/30 von 4,3. Ursächlich für diese günstigen Verhältnisse dürfte vor allem die Siedlungsweise und die gesunde Lösung der Wohnungsfrage sein.

Eine günstige Bevölkerungsentwicklung zeigen gleichfalls Portugal, Spanien und Italien.

Jahr	Portugal Geb.	Portugal Tod.	Portugal Übersch.	Spanien Geb.	Spanien Tod.	Spanien Übersch.	Italien Geb.	Italien Tod.	Italien Übersch.
1913	32,3	20,5	11,8	30,4	22,1	8,3	31,7	18,7	13,0
1924/29	33,7	20,0	13,7	29,4	19,0	10,4	26,9	16,4	10,5
1932	29,8	17,0	12,8	28,2	16,4	11,8	23,8	14,6	9,2
1933	28,9	17,1	11,8	27,8	16,4	11,4	23,7	13,7	10,0
1934	28,4	16,8	11,6	26,2	15,9	10,3	23,2	13,1	10,0

Portugal hat auch 1935 eine durchaus beständige Geburtenzahl, während Spanien eine leicht rückläufige Entwicklung zeigt. Die Hauptstädte der 50 spanischen Provinzen haben eine Geburtenziffer von 24,93 gegenüber 29,27 des Landes. Das Wachstum der Städte erfolgt aber weniger durch eine Zuwanderung vom Lande als durch starkes Eigenwachstum, da die Sterblichkeit in den Städten wesentlich geringer ist als in den ländlichen Gebieten.

Italien konnte vor allem durch die Herabsetzung der Sterblichkeit seinen natürlichen Zuwachs auf gleicher Höhe halten. Die bisherigen zahlreichen und energischen Maßnahmen bevölkerungspolitischer Natur vermochten aber nicht, die Entwicklung des Geburtenrückgangs, vor allem in den norditalienischen und industriellen Gebieten zum Stillstand zu bringen. Die bereinigte Lebensbilanz gibt für die Jahre 1929/30 ein Geburtenplus von 4,4 a. T., wie es ähnlich auch für die beiden anderen südromanischen Länder, Spanien und Portugal besteht.

Für alle Völker, insbesondere die europäischen, ist die Grundfrage für die Erhaltung des Volksbestandes die Geburtenfrage. Deutschland hat durch die Entwicklung seiner Bevölkerungsbewegung gezeigt, daß der

Geburtenrückgang kein unausweichliches Schicksal zu sein braucht. Völker können ewig leben, wenn sie es nur wollen.

a. T.	1913	1924/29	1932	1933	1934
Geburten . . .	26,9	19,3	15,1	14,7	18,0
Todesfälle . . .	14,8	12,0	10,8	11,2	10,9
Überschuß . . .	12,1	7,3	4,3	3,5	7,1

Die Ergebnisse des Jahres 1934 lassen in überaus eindrucksvoller Weise den Einfluß der nationalsozialistischen Neuordnung erkennen, der in einem starken Anstieg der Geburtenzahl zum Ausdruck kommt. Dabei ist beachtlich, daß dieser Anstieg nur zu etwa 45 v. H. durch eine Zunahme der Erstgeburten bedingt ist; zu mehr als der Hälfte beruht er in einer ebenfalls sehr starken Zunahme der Zweit-, Dritt- und folgenden Geburten. Die Zahl der ehelich Lebend- und Totgeburten stieg gegenüber dem Jahr 1933, dem Tiefstand der Entwicklung um 26,3 v. H. Wenn auch die Zunahme der Geburten zu einem erheblichen Teil durch starke Anhäufung der Eheschließungen in den Jahren 1933 und 1934 und Häufung von Geburten aus verspäteter Zeugung bedingt war, so ist doch eine tatsächliche Steigerung der Fruchtbarkeit festzustellen, die bei den Ehejahrgängen 1933 und 1934 etwa 10 v. H. und bei den vor 1933 geschlossenen Ehen annähernd 15 v. H. der Geburtenhäufigkeit von 1933 beträgt.

So außerordentlich groß auch der Umschwung ist, darf doch nicht übersehen werden, daß die Bestandserhaltung des deutschen Volkskörpers dadurch noch keineswegs gesichert ist. Bei dem Tiefstand von 1933 stellte das deutsche statistische Reichsamt fest, daß bei Fortdauer der damaligen niedrigen Fruchtbarkeit die weiblichen Nachkommen von 1000 Frauen nur 714 ihrer Mütter ersetzt hätten. Dieser Reproduktionsindex hat sich im Jahre 1934 durch den Anstieg der Fruchtbarkeit auf etwa 820 je 1000 gebärfähige Frauen erhöht. Die relative Geburtenhäufigkeit blieb also in diesem Jahr auch immer noch um annähernd 18 v. H. hinter der zur dauernden Bestandserhaltung des deutschen Volkes erforderlichen Fortpflanzungshäufigkeit zurück. Im Gegensatz zu allen übrigen Staaten, die eine aktive Bevölkerungspolitik treiben, ist zu beachten, daß das Deutsche Reich als erstes und bisher einziges Land nicht nur eine Erhöhung der Zahl erstrebt, sondern bewußt in den Mittelpunkt aller staatlichen Maßnahmen die Förderung der erbgesunden, leistungstüchtigen Familien stellt. Sie allein verbürgen Blüte und Zukunft unseres Volkes.

Schrifttum. [1] Burgdörfer, Sterben die weißen Völker? Callwey Verlag München 1934. [2] Harmsen, Bestandsfragen der deutschen Volksgruppen im osteuropäischen Raum. Berlin 1935. [3] Derselbe, Geburtenrückgang in Ost- und Mitteleuropa. Handwörterbuch des Grenz- und Auslanddeutschtums, Band 1. — Zu den einzelnen Abschnitten vgl. die Beiträge des Verfassers im „Archiv für Bevölkerungswissenschaft" 1935 und „Deutsche Arbeit" 1935/36.

Karl C. von Loesch

Volkwerdung an der Westgrenze

gesehen von der Dreivölkerecke von Aubel-Aachen.

Vorbemerkung: Die nachfolgenden Ausführungen sind eine Vorstudie zur Aufklärung der höchst eigenartigen Verhältnisse der niederländisch-deutsch-wallonischen Dreivölkerecke bei Aubel unweit der Maas. Diese ist sehr spät, nämlich in der Renaissance- und Reformationszeit, entstanden, seit der Trennung der Niederländer vom gesamtdeutschen Volkstum des Mittelalters. Die eigenartigen Sonderfragen, ob es ein gesamtniederländisches Volkstum gibt, ob Nord- und Südniederländer (Vlamen) in zwei weitere eigene Volkstümer zerfallen bzw. wo die Grenze zwischen ihnen zu ziehen sei, kann hier ebensowenig berührt werden wie die andere ebenso wichtige Frage, ob die Wallonen ein eigenständiges, vom französischen getrenntes Volkstum bilden.

Die deutsch-französische Volksgrenze entstand aus der Sprachgrenze im vielvölkischen merowingischen (später karolingischen) Reiche. Diese war als ausgesprochene Binnenscheide damals noch ohne örtliche politisch-völkische Bedeutung. Ihr heutiger Verlauf entstand allmählich, unbeeinflußt von allen modernen Tendenzen.

Der erste Blick auf eine Karte mit der damals entstehenden Sprachgrenze zeigt als auffälligste Erscheinung den scharfen Knick der germanisch-romanischen Sprachfront bei Aubel, westlich von Eupen. Von der Hochschweiz bis dahin ist ihr Lauf trotz einiger Ausbuchtungen im wesentlichen südnördlich. Dann biegt sie aber scharf nach links und verläuft westlich fast bis zum Meer; an der Lys biegt sie wieder nach Norden und erreicht bei Boonen (Boulogne) zwischen Dünkirchen und Calais den Kanal. Am Knick der Westfront zweigt im Laufe der geschichtlichen Entwicklung auf beiden Seiten eine völkische Sonderung ab. Niederländer auf der germanischen und Wallonen auf der romanischen Frontseite bilden ein geographisch benachbartes, aber doch in vieler Beziehung nicht völlig spiegelbildliches Paar. Bei Aubel setzt die neue niederländisch-deutsche Volksgrenze an, welche maasabwärts und später über den Rhein setzend zur Nordsee bei Emden läuft. Der sekundäre Bruch auf der germanischen Seite liegt genau an dem Winkel der primären Sprachfront. Bildlich gesprochen ist es so, als habe ein Stoß aus Südwesten, d. h. ungefähr aus der Richtung von Paris die germanische Masse getroffen und das küstenländische Gebiet bis zur Emsmündung von der Hauptmasse abgesprengt; das entspricht auch ungefähr dem tatsächlichen geschichtlichen Vorgange. Nicht aber ist es so, als entspräche die nachträgliche Absonderung einer älteren stammlichen Gliederung innerhalb des heutigen Volksbodens der Völkerwanderungsgermanen. Denn ein Teil der Niederfranken ist heute „deutsch";

ein kleiner Teil des geschlossenen Sachsengebietes, ebenso ein Teil der Friesen wurden „niederländisch". Ginge die Trennung auf altstammliche Sonderung zurück, müßte sie dort eingetreten sein, wo Franken und Alemannen aneinanderstoßen, also am elsässischen Donon und am Hagenauer Walde. Das ist aber nicht der Fall.

Andersartig ist die nicht volle Vereinigung der Wallonen mit dem Franzosentum; die wallonische „Eigenartung" ist nicht annähernd so vollkommen, wie die deutsch-niederländische Trennung, die eine vollkommen gesicherte und nicht wieder rückgängig zu machende Tatsache ist, obwohl die ursprünglichen Stammesgrenzen und auch noch die heutigen Dialektgrenzen schräg von der deutsch-niederländischen Volksfront geschnitten werden, die der heutigen Staatsgrenze fast genau entspricht.

Noch in der Zeit der Straßburger Eide gab es die späteren völkischen Gegensätze von Französisch und Deutsch nicht. Denn noch fehlten hüben und drüben als Voraussetzung jene staatlichen Einheiten, welche später den hochsprachlichen Kulturgemeinschaften ihren Rahmen geben sollten. Man begann erst in der Volkssprache (thiudisk und vulgärlateinisch) zu schreiben. Die Zusammenfassung germanischer Stämme zu Deutschen und die Entstehung des späteren französischen Volkes aus einer kleinen Keimzelle in der Ile de France bahnte sich erst an. Das deutsche Volk hatte dabei, wie wir noch sehen werden, einen gewaltigen Vorsprung.

Östlich und nördlich der Sprachscheide saßen Germanen, gegliedert nach Stämmen. Es waren freilich längst nicht mehr jene zahlreichen sippenhaft aufgebauten Kleinstämme (Altstämme) aus der Frühzeit, sondern nur noch wenige, weit größere Eidgenossenschaften: altstammlichgemischte Völkerwanderungsverbindungen. Die fränkischen Merowinger und Pippiniden (Karolinger) unterwarfen in jahrhundertelangem Vordringen alle anderen festländischen Großstämme bis zur Eider. Im Rahmen des Frankenreiches wurden ihre „Stammes"-Bindungen zwar aufgelockert, aber sie waren zunächst noch für lange Zeit politisch wichtige Tatsachen. Westlich der Sprachscheide aber, die schließlich zur Völkergrenze werden sollte, gab es im Völkertrümmerbereich Galliens mit seinem Rassengemisch nichts Entsprechendes. An Stammlichen war dort nur noch — äußerst verdünnt — vorhanden, was Franken, Burgunder und später nach Iberien verdrängte Goten im 4. und 5. Jahrhundert mitgebracht hatten. Die Germanen verteilten sich als Haut über große Länder; ihre Stämme wurden gewissermaßen zu Oberschichtverbänden und lösten sich in der Folge rasch auf. Die örtlich dort anwurzelnde alte Bauernschicht verlor Odalsrecht und Väterglauben und damit den inneren Halt (J. von Leers)[1]. Denn

der „Sigambrer“ Chlodwig, der seine Salfranken 486 nach Nordgallien vorstoßen ließ, hielt es nach seinem Siege über die Alemannen 496 aus Gründen der Staatssicherheit für rätlich, das Christentum in jener bei den Romanen eingebürgerten weströmischen Form anzunehmen. Indem er so zugleich das entscheidende Hindernis für ein Zusammenwachsen zwischen Franken und Romanen, das bestehende Ehehindernis beseitigte, legte er den Weg für eine gesellschaftliche Verschmelzung frei, welche die Reste der Stammesgliederung der germanischen Herren-Bauern weiter auflöste. Gerade dieser Vorgang förderte auch ihre sprachliche Angleichung an das zahlenmäßig stärkere Romanentum, dessen Zivilisation ja hochgeschätzt und dessen Staatsaufbau übernommm wurde. Zugleich wurde das Lateinische die Staatssprache, lateinisch sind auch die Stammesrechte der Franken, Goten, Burgunder usw. aufgezeichnet worden.

Wo im alten imperium romanum das Vulgärlatein schon früher durchgedrungen war, standen zunächst „romanische“ Volkssprachen nebeneinander. Einst ein „beweglicher Wanderer“ im Verkehrswesen des römischen Weltreiches, wurde das Vulgärlatein zu eiem „Kriechgewächse“ (Voßler)[1], „es legte sich in . . . Mundarten auseinander“, die ähnlichen Ursprungs von Hause aus auch gleichberechtigt und gleichwertig waren. Fast alle Nachkommen der von den Römern unterworfenen Landesbewohner (linksrheinische Germanen, Kelten, Belger, Iberer, Aquitaner, Raetier, Noriker usw. mit Ausnahme der Basken und Briten) hatten ihre Stammessprachen verloren und dafür das Latein angenommen; aber nicht das Schriftlatein, sondern die Sprechsache der Legionäre, Kaufleute usw. (J. v. Leers)[1]. Das Lateinische, selbst in steter Wandlung, war in verschiedenen Entwicklungsstufen (zwischen 200 v. Chr. und 350 n. Chr., ja zum Teil noch später) Fremdstämmigen übermittelt worden. Überdies steuerten diese Neulateiner vieles (Grammatikalisches, Lehnworte und anderes) aus ihrer ursprünglichen Sprache bei. Endlich taten die Völkerwanderungsgermanen, bevor sie ihre Volkssprache aufgaben, das gleiche.

Wichtiger als der unmittelbare Beitrag von Lehnworten aus den Sprachen der Völkerwanderungsgermanen ist z. B. im Falle der Burgunder, daß ihr Staat den romanischen Südosten Frankreichs auf längere Zeit kulturell zusammenschließt. Die politische Aufteilung Galliens unter Franken, Burgunder und Westgoten bewirkte die sprachliche Dreiteilung Frankreichs. Die alte Militärgrenze zwischen Franken und Burgundern wird so (nach Gamillscheg)[2] „eine erste Sprachgrenze“ zwischen den galloromanischen Mundarten Frankreichs. Das Vordringen der Franken im Nordwesten des Burgunderreiches schob sie zurück. So konnte es nicht

anders sein, als daß verschiedene romanische Vulgärsprachen in den weiten Räumen des abendländischen Imperiums der doppelten Sprachimpfung und seiner starken politischen Zerschneidung entstanden.

Den ursprungsverschiedenen Trägern dieser vulgärlateinischen Neusprachen fehlte zunächst jedes politische Eigenbewußtsein, jeder staatliche und völkische Eigenwille. Sie waren an Leitung von oben her gewöhnte römische Provinzialen, höchstens mit Gefühlen regionaler Zugehörigkeit. In ihnen lebte bestenfalls die Erinnerung an ein imperium romanum, das selbst wieder zu verwirklichen sie aber keine Sendung fühlten. Man spürt das heute noch am Wallonentum und Rhätoromanentum unserer Tage.

Anders lag es in dem germanischen, später deutschen Teile des merowingisch-karolingischen Reiches. Hier gab es Tradition. In den germanischen Stämmen erlosch das Bewußtsein gemeinsamer Abstammung (eines Andersseins als die ungermanischen Nachbarn) niemals. Durch die Franken wurden sie überdies Träger des durch die Germanen erneuerten Imperiums. Als es zerfiel, schlossen sich daher auch die neuen Staaten gegeneinander nicht streng ab. Die Grenzen wurden als Binnengrenzen empfunden. Noch war ja viel Germanisches im Westen unter der andersartigen Sprachdecke lebendig. Der Adel war fränkisch (burgundisch-westgotisch).

Im Deutschen Reiche entstand in ungebrochener Entwicklung, für die die Reichserneuerung durch die Sachsenkaiser ein hochwichtiger Schritt war, ein deutsches Volk. Aus den germanischen Volkssprachen aber wurde (erste Ansätze bei den Longobarden Italiens) „das Deutsche" und schließlich die hochdeutsche Schrift- und Kultursprache. Volk und Reich hatten im Frühmittelalter ihr Rückgrat an der Rheinlinie, das längs der Donau nach Osten bog. Am Rheine blühte die deutsche Kultur auf. Hier war die Heimat der Salier, hier fanden später die Staufer ihre Stützpunkte. Die Rheingasse war aber von den Nordost- und Südostgrenzen des Reiches weit entfernt. Dazu konnte eine völlige Verschmelzung der Stammespersönlichkeiten erst im Ablauf langer Zeiträume erfolgen. Der Ehrgeiz der widerspenstigen Herzöge gefährdete oft das Erreichte.

Noch vermochten die deutschen Herrscher immer wieder der inneren Schwierigkeiten Herr zu werden. Sie bedienten sich, nachdem der fränkische Beamtenstaat mit seinen Grafen geendet war, zur Verwaltung vornehmlich der Bischöfe. Das hatte zur schweigenden Voraussetzung, daß die deutschen Könige auch die Bischöfe einsetzen konnten. Daß ihnen das Recht bestritten wurde, war eine gefährliche Unterhöhlung der Zentralgewalt. Der Verlust dieses Rechtes mußte in den rechtsromanischen Gebieten des Westens

stärker als anderswo wirken, wo es seit jeher an Königsgut fehlte und die lothringischen Großen sehr mächtig waren. Dort war daher die Besetzung der Bischofssitze von Toul, Verdun und Metz besonders wichtig gewesen; Ottonen und Salier verliehen sie meist deutschredenden Herren. Als der Investiturstreit schließlich verloren wurde, wurden die Bischöfe nicht mehr durch den königlichen Hof, sondern durch lokale Gewalten gewählt, die sich ihr geistliches Oberhaupt natürlich nicht mehr aus deutschen Landen holten. Immerhin dauerte es Jahrhunderte, bevor das politische französische Übergewicht seit der Schlacht bei Bouvines aufzusteigen vermochte.

In Frankreich war die Entwicklung anders. Es bedarf der Erklärung, wie aus den rassisch-ungleichartigen, vulgärlateinsprechenden Volksgruppen im politisch schwachen Westfranken so etwas wie ein Volk überhaupt entstehen konnte, das geeignet war, dem Staate als Stütze zu dienen, und ihn schließlich befähigte, die romanischen Gebiete und sogar deutsche Lande vom Deutschen Reiche abzureißen, ja es zuletzt sogar zu zertrümmern. Sprachlich begann es damit, daß jede Teilgruppe auf ihre Art zu schreiben anfing. Dies geschah in enger Wechselwirkung zwischen Staat, Kirche und der zunächst nur gesprochenen Volkssprache. Denn lange war Latein in traditioneller Form noch die einzige Schriftsprache. Ganz von selbst tauchte gerade im Kirchengebrauch, aber auch in Klöstern und Schulen (Voßler)[2] das Bedürfnis auf, die bisherigen Nur-Sprech-Sprachen zu schreiben. Denn der einfache Mann verstand kein Schriftlatein. Die Vulgärsprache war aber in ihrer Anschaulichkeit für einen werktätigen Glauben wie geschaffen. „Zunächst entstanden nur Übersetzungen zur Belehrung oder Seelsorge; ein bereits vorhandener und in der lateinischen Literatur gegebener Sinn solle durch die Umsetzung in die Volkssprache verständlich gemacht, d. h. vulgarisiert werden" (Voßler). Aus den vulgärlateinischen Sprachen gingen bereits im frühen Mittelalter nicht nur die heute anerkannten „lateinischen" Schriftsprachen hervor (das Französische, das Katalanische, das Spanische, das Portugiesische, das Italienische, weit später erst das Rumänische), sondern auch viele andere. Ihnen war aber eine ebenso glänzende Entwicklung nicht beschieden. Vielmehr wurden sie, bisweilen nach einer erstaunlichen Frühblüte, zurückgedrängt. Sie leben heute, ohne Geltung im höheren Kulturleben und auf engen Raum beschränkt, nur noch als Bauern- und Kleinstädtersprache in bodenverhafteten Sozialschichten. Nur teilweise werden sie geschrieben. In manchen Gegenden starben sie ganz aus; so liegt im Umkreis von hundert und mehr Kilometern von Paris ein dialektlos gemachtes Gebiet. Aber auch außerhalb von Frankreich wurde die Volks-

mundart durch die Sprachpolitik des Kantons Waadt zum Erliegen gebracht.

Die neugeschriebenen Vulgärsprachen hingen zäh an der Scholle der einzelnen Landschaften (Voßler). Keineswegs war es so, als hätte die das heutige „Schriftfranzösisch" am stärksten bestimmende Vulgärsprache der Landschaft um Paris, das Franzische von vornherein zeitlich und räumlich einen Vorrang vor den übrigen „altfranzösischen" Neusprachen. Im Gegenteil, deren Entwicklung war glänzender. Die französische Sprache war noch „ein Kriechgewächs" wie die anderen, als bereits die Sprache der Troubadoure in Südfrankreich viel stärker bodengelöst und akademisch war. Narbonne, Toulouse, Marseille und Bordeaux sind ihre Heimat. Das Provenzalische ruhte also auf anderen Sprachlandschaften als das Nordfranzösische, welches das Normannisch-Wallonisch-Picardische, Lothringische, Champagnische mit und in der Sprache der Ile de France zusammenfassen sollte. Nach einer vielseitigen Entwicklung als Rechts-, Verwaltungs- und Dichtersprache (im Hochmittelalter) sank das Provenzalische zu einer Aschenbrödelrolle ab, als Louvre und Vatikan gemeinsam die freien Entwicklungen in der Romania zerstörten. Der damals geschaffenen Inquisition des Heiligen Domenicus erlagen die „Irrlehren" der Katharer und Albigenser (Waldenser); politisch vermochten die französischen Könige ihre Herrschaft im Lande der Troubadoure und des Heiligen Grals aufzurichten. Damit beerbte aber auch die Hochsprache der Ile de France die Hochsprachenentwicklung im Langue d'oc-Gebiet. Nicht innere Kraft und Entwicklungshöhe, sondern politische Ereignisse entschieden zwischen beiden. Diese Entwicklung war aber endgültig. Denn das Provencalische vermochten selbst die Dichtungen eines so bedeutenden Dichters wie F. Mistral nicht mehr zur Hochsprache zu heben.

Im Norden hatten zunächst die Normannen einen Vorsprung, die als letzte Germanen in Frankreich Boden gefaßt hatten. Sprachlich waren sie schon in der zweiten und dritten Generation der Romanisierung erlegen, viel rascher jedenfalls als die Franken. Sie entwickelten dann aber bald ein Schriftum, dessen beträchtliche sprachliche Bedeutung im lehrhaften und gelehrten Wesen liegt. Es geht aber nach kurzer Blüte um die Wende des 12. Jahrhunderts verloren. Reicher und volkstümlich lebendig wurde dagegen an der germanischen Nordfront das Schrifttum des Picardisch-Wallonischen entwickelt: in dichtest bevölkerten Gebieten, wo es zu Reibungen mit den Flamen und den Deutschen kam! Bis tief ins 13. Jahrhundert hatte das Picardische sogar das Übergewicht im Norden, um dann zu versagen. Das mittelalterlich vulgärlateinische

Burgundisch in der Freigrafschaft und der Bourgogne hat es dagegen zu keiner eigentlichen Blüte gebracht, weil hier das Schriftlateinische noch in Klöstern und am Hofe zahlreiche Pflegestätten hatte. Überdies wurde die burgundische Hofhaltung schon früh nach den Niederlanden verlegt. Schließlich siegte die von Sprachforschern „das Französische" genannte Sprache des Pariser Beckens, der Ile de France, deren ältere Entwicklung verhältnismäßig gering war. Das führt Voßler, der zugleich den Anteil der Kirche, z. B. des Bischofs von Reims, unterstreicht, darauf zurück, daß der Picardie und Wallonien in früher Zeit ein großer Fürstenhof fehlte. Denn Burgund hat seinen Schwerpunkt ja erst später nach dem Norden gelegt und dann ins Vlämische. Das Französische wurde mit dem Aufsteigen der Königsmacht erst die Gemeinschaftssprache des Nordens und dann gegen Ende des 12. Jahrhunderts erstmalig zu einer über allen Volkssprachen stehenden und diese niederdrückende Schrift- und Kultursprache ausgeweitet. Als das Altfranzösische wurde es Träger eines Staatsbewußtseins und die Hauptstütze des französischen Volkstums. Unter Ludwig VII. und Philipp August (1137—1180—1223), also im Zeitalter der Kreuzzüge, hat die französische Sprache ihr erstes augusteisches Zeitalter; Hof und Gesellschaft hegen es als die Sprache der guten Gesellschaft.

Immerhin erklärt das allein noch nicht den Untergang der zahlreichen Volkssprachen, der, wie erwähnt, sogar in der welschen Schweiz ziemlich weit fortgeschritten ist. „Der Staat Frankreich", dessen Macht beschränkt war, der die allgemeine Schulpflicht nicht kannte, hat auch nicht den Volkssprachen den Untergang bereitet. Bei jeder vergleichenden Volksgrenzbetrachtung ist daran zu erinnern, daß Staat und Sprache bei Romanen eben an der Volkwerdung wesentlich größeren Anteil haben als im Osten, wo die Abstammung und Sprachentwicklung ungebrochen war. Französische Staatlichkeit hegte und verbreitete mit ihrem Wachstum unmittelbar (und später in ihrem gewaltigen staatlichen und kulturellen Einfluß auch mittelbar) die französische Schriftsprache in allen ihren Entwicklungsstufen: der Feudalstaat, der zentralistische bourbonische, der republikanische und der napoleonische Einheitsstaat, alle waren bewußte Förderer der französischen Einheitssprache, die die französische Akademie früh in feste Regeln prägte. Sie wurde das Korsett für das französische Nationalgefühl, für die „nation française".

Das ist verständlich. Denn dem romanischen Großreiche Galliens fehlte ja der organische Zusammenhang gemeinsamer Abstammung und ungebrochener Sprachtradition. Ihre Gemeinschaft ist äußerlicher, als bei

germanischen Völkern. Im besten Falle ist sie in analogen Räumen und Schicksalen begründet und in Erleichterungen, die zahlreiche (aber lange nicht alle) gemeinsame Sprachwurzeln vermittelten. Rassische Einheitlichkeit fehlte erst recht, ein Mangel, der natürlich nicht als solcher empfunden wird, wenn ihn auch ein Franzose (Graf Gobineau) als erster entdeckte. Ein innerliches Band, eine aus dem Tiefsten kommende Kraftquelle, aus der der Staat in den Zeiten der Not hätte schöpfen können, gab es nicht. Dem wird aus Gründen der Staatssicherheit erst nachträglich abgeholfen durch die gewaltsame oder gewaltlose Durchsetzung der Hochsprache. Der Einheit der Nation zuliebe werden die Volkssprachen, die meist mehr als nur „Mundarten" sind, zum Erlöschen gebracht. Nicht nur ihre Schriftlichkeit wird eingestellt, sondern möglichst auch ihre Benutzung als Haus- und Umgangssprache. Man weist ihnen bewußt nur eine Aschenbrödelstellung zu, nennt sie verächtlich Patois. Vielleicht mit Recht. Denn auf dem Boden des heutigen Frankreichs hätten auch zwei oder mehr Nationen mit eigenen Hochsprachen weiterleben können, wie auf der iberischen Halbinsel. Eine bisher noch nicht veröffentlichte Studie Franz Pausers weist überdies glaubhaft nach, wie gering die Grundlagen des a-posteriori-Geredes von der natürlichen Einheit Frankreichs in Wirklichkeit sind. In der Tat ist es ja noch bis heute nicht gelungen, die Volkssprachen völlig auszurotten. In ihnen und in Tatsachen, welche die nicht vollständige Raumeinheit Frankreichs offenbaren, liegen neben der Tatsache nichtromanischer Volkstümer (Basken, Bretonen, Vlamen, Deutsch-Lothringer und Elsässer) natürliche Ursachen des recht zahmen französischen „Regionalismus".

Anders liegt es diesseits der Völkerscheide. Hier überwölbt die gemeinsame deutsche Schriftsprache als Klammer organisch gewachsene deutsche Mundarten, die eine Weiterbildung der Volkssprache der germanischen Klein- und Großstämme (Stammesbünde) sind. Bereits Fichte hat die andersgearteten psychologischen Bedingtheiten zwischen Völkern mit Primärsprachen und Sekundärsprachen scharf herausgearbeitet. Hier kam es umgekehrt sogar zur Spaltung in Schriftdeutsch und Schriftniederländisch, weil in der entscheidenden Zeit Deutschland eine politische und kulturelle Zentralgewalt fehlte, die im Zeitalter des Buchdruckes und der Ausbreitung der Lesekunst notwendig gewesen wäre. Französisch-burgundische Einflüsse kultureller und machtpolitischer Art bereiteten die hochsprachliche und völkische Absonderung vor, die dann durch die Religionsspaltung weiter gefördert werden sollte. Die Entscheidungen fielen also auch hüben gutenteils in politischer Ebene.

Bis zum Zeitalter der Renaissance waren freilich deutsch-französische Kämpfe selten. Erst die schon erwähnte Schlacht von Bouvines läßt den „Ruf der Deutschen bei den Welschen“ hinsinken, wie der Chronist von Luterberg sagt, obwohl Kaiser Otto IV. (als Verbündeter seines Oheims, des Königs Johann ohne Land, im französischsprachigen Poitou erzogen!) keineswegs die gesamte Heeresmacht der Deutschen des frühen 13. Jahrhunderts ins Feld hatte führen können, sondern nur solche, die wir heute Niederländer nennen. Sein Gegenkönig, der damals noch junge Staufer Friedrich II., war aber mit König Philipp August von Frankreich verbündet, der so Deutschlands Thronstreit am 27. Juli 1214 entscheiden und dem Staufer sogar den erbeuteten Reichsadler zusenden durfte. Der Sohn Heinrichs V. und der normannischen Konstanze von Sizilien sprach neben dem Lateinischen und Griechischen Italiensch, Französisch und Arabisch; ob er vor seinem Aufenthalt in Deutschland auch der Sprache seiner väterlichen Vorfahren mächtig war, hält Winkelmann für zweifelhaft. Bouvines erlaubt dem ersten Undeutschen, dem König von Jerusalem und Sizilien, sich am 25. Juli 1215 in Aachen krönen zu lassen. Bei Bouvines hat Philipp von Frankreich (der ja auch mit dem Papste verbündet die Albigenser auszurotten begann, um die Provence zu beherrschen) gleichzeitig über seine sonstigen Vasallen gesiegt, zu denen auch der Herrscher von England gehörte, der von der beiden gemeinsamen Mutter, Eleonore von Aquitanien, aber auch von Vatersseite im Besitze zahlreicher französischer Landschaften war. Das bedeutete für das französische Königtum einen wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zur Einheit des Landes, einen großen Schritt zur absoluten Herrschaft, aber nicht mehr. Denn noch stand der hundertjährige Krieg, stand die Auseinandersetzung mit Burgund, standen Fronde — und Glaubenskriege bevor. Solange hatte Deutschland, das überdies durch die burgundische Erbschaft entlastet wurde, noch Atempause. Es wußte sie nicht zu nutzen.

Während Johann „ohne Land“ dem englischen Adel und Klerus am 15. Juni 1215 den großen Freiheitsbrief (Magna Charta Libertatum) zugestehen mußte und damit die westeuropäisch-parlamentarische Entwicklung einleitete, trat Friedrich dem Dänenkönige Waldemar die Reichsgebiete jenseits von Elbe und Elde und das Wendengebiet ab. Die päpstlichen Wünsche waren schon vorher in Eger (1213) restlos auf Kosten der Reichsgewalt erfüllt; er verzichtete auf Spolienrecht, Einfluß bei kirchlichen Wahlen und auf jede Beschränkung des Berufungsrechtes in kirchlichen Fragen nach Rom. Überdies verteilte er das Königsgut mit verschwenderischen Händen. Hier, im Anfange der Regierung Friedrichs II., ist die

entscheidende Wendung der deutschen Geschichte, nach welcher ein Einlenken nicht mehr möglich war: hier ist die Quelle auch seiner zahlreichen späteren Verbriefungen in favorem principum, aus welchen der deutsche Territorialstaat erwuchs. Kaiser Friedrich II. hatte eben nur eine starke Königsgewalt in seinen normannischen Muttererbe-Landen angestrebt und aufzurichten vermocht.

Seine Nachkommen gingen jämmerlich zugrunde. Mit Rudolf von Habsburg begann aber die Zeit der Raffer auf dem Thron. Sie wollten nur noch ihr Haus auf Kosten und mit Hilfe des innerlich toten Reiches ausstatten. Die Staatlichkeit im Reiche zersplitterte immer mehr. So ging es hüben abwärts, drüben aber aufwärts.

Der Einfluß Frankreichs auf die benachbarten reichsromanischen und -germanischen Gebiete wuchs aber politisch und kulturell. Frankreich wagte nunmehr Rechtsansprüche zu erheben, von denen man zuvor nur selten zu sprechen gewagt hatte, da die deutschen Karolinger ausgestorben und legitim durch neue Herrscher ersetzt, drüben aber zugunsten der Kapetinger abgesetzt worden waren. Bereits 1273 konnte Philipp III. den Papst bitten, ihn zum römischen Kaiser zu erheben. Philipp IV. (1284—1314) wies aber der französischen Staatskunst Bahnen zur Eroberung der deutschen Gebiete, als er ein für die Erweiterung nach Osten recht brauchbares juristisches Verfahren auf angebliche Erb- und Eigentumsrechte gestützt erfand. Jahrhunderte später hat es Ludwig XIV. erneuert. Die Rechtskundigen am Königshofe erklärten es als königliche Pflicht, das regnum francorum als das Erbe Karls des Großen wieder herzustellen. Sie bestritten deshalb auch alle deutsche Herrschaft links des Rheines als angemaßten Besitz und entdeckten neue „natürliche Grenzen" Frankreichs (die ersten Kapetinger hatten noch an einer bescheideneren Vierstromlehre Genüge gefunden, welche Schelde, Maaß, Saône und Rotten (Rhône) als Grenzflüsse ansah). Jetzt wurde der Rhein verlangt; Frankreich machte sich gegen Osten stoßkräftig. In dieser Zeit schwuren wohl zum ersten Male deutsche Kurfürsten Frankreich „ewige Treue": die geistlichen Inhaber der Reichsämter Kurköln 1305, Kurmainz 1306 und Kurtrier 1308, deren erste Pflicht es gewesen wäre, die Westgrenze des Reiches zu schützen.

Freilich gibt es in dieser Entwicklung ein Zwischenspiel: die Geschichte des letzten Burgunds, sein Kampf um die Wiederaufrichtung des lothringischen Mittelreiches. 1363 war das erledigte romanischsprachige Herzogtum Burgund von dem französischen König Johann II. aus dem Hause Valois seinem fünften Sohne Philipp übertragen worden. Sein letzter

männlicher Sproß fiel 1477; diese 113 Jahre des valoisischen Burgunds wurden die Grundlage aller späteren Entwicklung. Philipp, verheiratet mit der Erbtochter des Grafen von Flandern, verschafft seinem zweiten Sohn 1384 die Nachfolge in Brabant und Limburg. Sein Enkel Philipp der Gute ist der Erbe; 1428 kommen Holland, Seeland und Hennegau dazu, 1442/43 auch Luxemburg. Aus dem Winkel zwischen Kettenjura und Vogesen wird die Hofhaltung in wallonische und flandrische Städte verlegt. So war dem französischen Wesen, obwohl unmittelbare Angriffe 1302 in der Sporenschlacht von Kortryk durch den Grafen von Artrecht und vlämische Bürger abgewehrt waren, später auf diesem Wege Tür und Tor geöffnet. Denn die burgundische Hochsprache blieb pariserisches Französisch: Das war das Schriftfranzösische der Literaturschule des Hofes, „die höfischen Formalisten hüteten sich peinlich vor dem heimatlichen Erdgeruch" (Voßler). Auch in Luxemburg wird schon am 22. Mai 1442 von Philipp dem Guten, „der in den Niederlanden die vlämische Sprache nicht in seiner Nähe duldete" (A. Schulte)[1] Französisch als Verwaltungssprache eingeführt und blieb es bis heute, obwohl das Großherzogtum in seinen jetzigen verkleinerten Grenzen deutscher Sprachboden ist.

Die Machtentwicklung dieses letzten Burgunds bedeutete zugleich wohl die Errichtung einer Art von (aus französischen Landen und Reichsgebiet zusammengebrachtem) Barrière-Staat zwischen Frankreich und dem Reiche. Der letzte Burgunderherzog, Karl der Kühne, suchte die Lücke zwischen den Niederlanden und dem eigentlichen Burgund mit immer verwegeneren Mitteln zu schließen; daran scheiterte er. Dies geschah zu einer Zeit, als ein Träger Habsburgs auf dem deutschen Kaiserthron saß, dem nichts ferner lag, als die Reichssache zu verteidigen, der nur daran dachte, sein Hausgut durch die Heirat seines Sohnes mit Karls Erbin zu vermehren.

Damals gingen die Eidgenossenschaft und die Niederlande dem Reiche verloren. Während man aber die politische Ablösung der Schweiz ziemlich gut mit Einzelereignissen und Jahreszahlen beleben kann (nicht die Kämpfe mit den Habsburgern um die Landeshoheit bewirkten sie, sondern die Tatsache, daß Kaiser und Reich den Eidgenossen gegen westnachbarliche Einfälle nicht halfen, ja ihnen sogar z. B. die Armagnaken auf den Leib gehetzt hatten), fehlen in die Augen springende Zahlen für die Ablösung der Niederlande. Denn diese wurden durch Maximilians Heirat nach dem Tode Karls des Kühnen vor Nanzig 1477 habsburgisch. Dieser Ehe entsproß Philipp der Schöne († 1506), der Vater Kaiser Karls V., dem in den Niederlanden die spanischen Habsburger folgten. Von 1714 an

regierten wieder die österreichischen Habsburger, deren Herrschaft erst die französische Revolution ein Ende bereitete.

Die französische Hoffnung, ganz Burgund zu gewinnen, war tatsächlich fehlgeschlagen und wurde in ihr Gegenteil verkehrt. Frankreich, das nur das eigentliche Stammland erlangte, mußte noch jahrhundertelang diplomatisch und militärisch daran arbeiten, ehe Republik und Kaiserreich die Anschläge König Ludwigs IX. (1461—1483) auszuführen vermochten, dem es immerhin gelungen war, die Macht der anderen großen Vasallen zu brechen und den Grund zu unumschränkter Monarchie zu legen. Für unser Problem ist es aber wichtiger, daß damit im Zeitalter der Renaissance der Sieg der Ile de France-Sprache über die Sprachen des übrigen Frankreichs endgültig besiegelt war und daß das Königtum die allerorts quellenden politischen und kulturellen Kräfte der romanischen Bevölkerung Frankreichs gleichschalten und nach seinem schon früher geformten Ideal ausrichten konnte.

Ganz anders war die Entwicklung in Deutschland. Seit dem Übergang der Staufer fehlte jede echte Zentralgewalt. Es gab keinen alles überragenden (politisch unterbauten) kulturellen Mittelpunkt, an dem sich das deutsche Volkstum in den entscheidenden Epochen des Höhenwachstums und der inneren Verbreiterung der Kulturen (Hoch- und Schriftsprachenausgleichung, gemeinsame Sprache des Buchdruckes, der Flugblätter und Zeitungen, der Predigtsprache usw.) hätte ausrichten können. Bei allem Reichtum deutscher Kulturblüte, bei aller Ausdehnung des Kultur- und Volksbodens nach Osten, war dieses Wachsen wild, unausgerichtet. Neben die alte Kulturlandschaft am Rhein trat wettbewerbend der obersächsische und der benachbarte böhmisch-sudetendeutsche Raum, aus denen die neuen Bewegungen zur Erneuerung der Kirche und zur Erschaffung einer gemeinsamen Schriftsprache gewissermaßen als Zwillingsgewächs emporsprossen. In dem noch östlicher gelegenen Schlesien wurde durch Opitz und andere, wie Nadler[8] es darstellt, das Nationalgefühl der Deutschen neu geformt.

Die Lande Habsburgs in den Alpen, in Vorderösterreich und in den Niederlanden waren an alledem verhältnismäßig wenig beteiligt. Überdies hatte der in Gent geborene Kaiser Karl, Sprößling einer habsburgisch-burgundisch-spanischen Ehe, in Flandern sein eigentliches Heimatgefühl. Politisch lockerte er auch bewußt die Verbindungen zwischen dem burgundischen Kreise des Reiches und dem übrigen Reiche. Für eine Wiederfestigung des in der Zeit der valoisischen Burgunder geschwächten Zusammenhangs zwischen gesamtdeutscher und niederländischer Entwick-

lung tat er so wenig wie seine Nachfahren der spanischen oder der deutschen Linie.

So konnte es kommen, daß am Knick der germanisch-romanischen Volksfront bei Aubel und von dort längs der Maas bis zum Rhein bei Cleve und Emmerich und darüber hinaus bis Emden eine Sonderung in zwei Volkstümer geschah. Freilich wurde sie erst vollendet durch den Freiheitskrieg der calvinistischen nördlichen Niederlande gegen die habsburgische Herrschaft in den südlichen. Die calvinistischen Nordniederlande (Holland) setzten sich damit ebenso sehr gegen die beim katholischen Glauben gehaltenen Südniederlande (Flandern, Brabant usw.) ab, wie gegen die angrenzenden katholisch gebliebenen Reichsteile nördlich des Rheines (Bistum Münster). Dies, die politische Absonderung von 1648, ebenso wie die steil aufsteigende See- und Handelsgeltung der Nordniederlande zogen zugleich mit der calvinistischen Übersetzung der Bibel in neuniederländischer Hochsprache einen endgültigen volklichen Trennungsstrich gegen Osten, den vorwiegend römisch-katholischen und lutherischen Raum des Reiches. Das wirkte auch später nach Süden hin weiter und schuf dort die längst vorbereitete Trennung von Nimwegen bis Aubel.

Eine eigenartige Verkettung politischer, religiöser und in ihrem Gefolge auch kultureller Entwicklungen, die ohne das Ansteigen der Macht Frankreichs und die Ausstrahlungskraft seiner Kultur unvorstellbar sind, hat eine neue Volksfront innerhalb der germanischen Seite aufgerichtet. Mundarten, volkskundliche Sachgüter- und Folklore-Erscheinungen liegen freilich noch heute quer zu dieser Grenze, die fränkische und sächsische Stammesräume schneidet. Die neue Volksgrenze ist durch verschiedene Hochsprachen und anderswohin gerichtetes Staatsbewußtsein (zum Teil aber auch durch konfessionelle Sonderung) gekennzeichet. Die eigenartigen Verhältnisse, wie sie heute vorliegen, sind im einzelnen freilich erst seit dem Wiener Kongreß entstanden und seit dem Abfall Belgiens von dem Gesamtkönigreich der Niederlande, welcher das Herzogtum Limburg zerriß.

Anmerkungen:
[1] Johann von Leers, Odal, Das Lebensgesetz eines ewigen Deutschland, Blut und Boden Verlag, Goslar 1933. [2] Karl Voßler, Frankreichs Kultur und Sprache, Geschichte der französischen Schriftsprache von den Anfängen bis zur Gegenwart, Samml. romanischer Elementar- und Handbücher. 2. Aufl. Carl Winters Verlag, Heidelberg 1929. [3] Ernst Gamillscheg, Romania Germanica, Sprach- und Siedlungsgeschichte der Germanen auf dem Boden des Alten Römerreiches. Walter de Gruyter u. Co., Berlin 1934—36. [4] Allgemeine Deutsche Biographie, 7 Bd. 1878. [5] Aloys Schulte, Frankreich und das linke Rheinufer, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1918. [6] Joseph Nadler, Das stammhafte Gefüge des deutschen Volkes, Kösel und Pustet, München 1935.

Friedrich Roß

Ostpreußens Grenzlage als Verkehrsproblem

Die in Versailles verankerte Einrichtung eines polnischen Zuganges zum Meere zerriß den deutschen Staatskörper und zerschnitt das einheitliche ostdeutsche Wirtschaftsgebiet. Damit wurden die Verkehrsprobleme im deutschen Osten wesentlich zugespitzt. Nicht nur, daß die neue Grenze wichtige Verkehrsbeziehungen in der deutschen Ostmark unterband und den Fortfall handelswichtiger Verkehrsstraßen mit sich brachte, auch das ohnehin schon abseits des deutschen Hauptverkehrsnetzes gelegene Ostpreußen geriet durch die Lösung vom Mutterlande verkehrswirtschaftlich in eine völlig abseitige Lage. Aus der Neugestaltung des osteuropäischen Raumes ergab sich damit für Ostpreußen eine mehrfache Aufgabe: die natürlichen Gegebenheiten, die die ostpreußische Seeküste und in erster Linie Königsberg Jahrzehnte hindurch als wichtigen russischen Durchgangshafen in Erscheinung treten ließen, nach Möglichkeit zu erhalten, dem Verkehrsnetz der Provinz den Transithandel zwischen Ost und West weiterhin zu sichern und im Verkehr mit dem übrigen Deutschland nationalwirtschaftlich tragbare Verkehrsverbindungen zu finden.

Der Durchgangscharakter der ostpreußischen Seeküste beruht auf deren günstiger geographischer Lage. Er ist bedingt durch weitreichende, die russischen und polnischen Ebenen erschließende Verkehrslinien über die Grenzübergangspunkte Prostken, Reuß und Eydtkuhnen, die auf kürzestem Wege den Anschluß an die internationale Seeschiffahrt ermöglichen. Durch das Friedensdiktat wurde die Verkehrslage völlig geändert. Soweit die alten Verkehrsbeziehungen durch die Bildung neuer Staaten nicht überhaupt zerschnitten wurden, wurden sie durch die planmäßige Verkehrspolitik der neuentstandenen Staaten, die verkehrsnahe Beziehungen aus nationalpolitischen Gründen vernachlässigten, in andere Richtungen gedrängt. Der latente Kriegszustand zwischen Polen und Litauen sperrte eine der wichtigsten ostpreußischen Zubringerbahnen an der Grenzlinie bei Wilna. Er schaltete auch die Memel, auf der in Friedenszeiten hunderttausende Tonnen russischen Holzes zu Tal geflößt wurden, als Floßweg völlig aus. Umlenkungsbahnen über Tilsit und Schaulen nach den Baltischen Randstaaten und Rußland boten nur unzulänglichen Ersatz für die großen Verkehrslinien der Vorkriegszeit. Zudem hatte die politische Neugestaltung des ostpreußischen Raumes den Wirtschaftsaufbau bisher zusammengehöriger Wirtschaftsräume zerstört und, da auch Rußland als Erzeugungs- und Absatzgebiet ausgeschaltet war, zu einer weitgehenden Schrumpfung des bisherigen Verkehrsumfangs geführt. Das nord-

polnische Hinterland war durch keine neue Grenzregelung verkehrswirtschaftlich anders gerichtet worden. Es mußte aus den naturgegebenen Verhältnissen seiner Lage zunächst seine Bedeutung für Ostpreußen beibehalten, bis die seit einem Jahrzehnt in expansive Bahnen gelenkte polnische Seeküstenpolitik mit zunehmendem Ausbau Gdingens die Konkurrenzlage der Häfen der deutschen Ostseeküste verschärfte und Königsberg in empfindlichstem Maße traf.

Die polnischen Seepräferenzzölle, Seehafenausnahmetarife der polnischen Staatsbahnen und der durch Frachtermäßigungen weitgehendster Art speziell gegen Köngisberg gerichtete polnische Tarifkampf trugen dazu bei, aus dem durch seine geographische Lage nach Königsberg neigenden polnischen Hinterlande ein in unnatürlicher Weise geformtes, sich gürtelartig um Ostpreußen legendes Einzugsgebiet zu bilden, dessen Achse Gdingen wurde. Doch nicht nur die polnische Güterbewegung wurde unter Umgehung der ostpreußischen Küste nach den Häfen des polnischen Zollgebietes geleitet, auch der Transitverkehr Rumäniens, der Tschechoslowakei und anderer mitteleuropäischer Länder wurde durch besondere Durchgangstarife von Königsberg abgezogen. Polen ist auch seit Jahr und Tag bemüht, in Gdingen eine Grundlage für den russischen Handel zu schaffen.

Der seit einem Jahrzehnt zwischen den deutschen und polnischen Häfen sich abspielende Wettbewerb bedingte im Verein mit der sich aus der Weltwirtschaftskrise ergebenden allgemeinen Schrumpfung der Handelsumsätze und den wirtschaftspolitischen Einwirkungen politischer Diktate einen Rückgang des über die ostpreußische Seeküste geleiteten ausländischen Transitverkehrs um 89 v. H. im Jahre 1934 gegenüber 1927, das als normales Wirtschaftsjahr einen mengenmäßigen Durchgangsverkehr von 583 000 t aufzuweisen hatte. Die Aussichten einer in andere Bahnen gedrängten Entwicklung sind solange ungünstig, wie die polnische Verkehrspolitik als Mittel der polnischen Außenhandelspolitik fortfährt, die polnischen Seehäfen einseitig zu begünstigen.

Den jahrzehntelangen Wettbewerb, der allerdings mit der zunehmenden Abziehung des polnischen Transitverkehrs von den deutschen Häfen nachläßt, sucht die polnische Presse neuerdings damit zu begründen, daß der Güterumschlag über die deutschen Ostseehäfen stark gestiegen wäre und diese Entwicklung den Besitzstand und den Ausbau Gdingens gefährde. Man droht also, auch noch den geringen Rest des polnischen Durchgangsverkehrs von den deutschen Häfen abzudrängen und stellt die Verhältnisse so dar, als ob die Zunahme des Umschlages in den Häfen Stettin und Königsberg einer Steigerung des polnischen Transits, nicht aber der deut-

schen Wirtschaftsbelebung zu verdanken sei. Bei der Geringfügigkeit des heute noch über die deutsche Seeküste geleiteten polnischen Transithandels kann diese Kampfansage kaum ernst genommen werden und mengenmäßig in den Verkehrsstatistiken der deutschen Häfen keinen Ausdruck mehr finden. Nachdem Königsberg mit nur wenigen tausend Tonnen polnischen Transits außerhalb des Bereichs ernstlicher Konkurrenz liegt, richtet sich der Tarifkampf in erster Linie gegen Stettin, dessen „günstige Entwicklung die Häfen des polnischen Zollgebietes immer stärker bedroht". Dieses Zitat aus einer führenden polnischen Wirtschaftszeitung bestätigt von neuem die oben gekennzeichneten Bemühungen, die deutschen Seehäfen aus dem polnischen Transithandel auszuschalten und den Verkehr der mitteleuropäischen Länder möglichst auf die eigene Küste abzudrängen. Die polnische Seeküstenpolitik hat stark in die Einflußsphäre der deutschen Häfen eingegriffen und ihnen nicht nur den polnischen Transit genommen, sondern auch noch den über die deutsche Küste geleiteten Durchgangsverkehr der mitteleuropäischen Länder gefährdet. Im Jahre 1926 wurden über das deutsche Küstengebiet noch 5 Mill. t polnischer Transitgüter, darunter 4 Mill. t Kohle, geleitet; 1934 gingen nur Mengen von 128 500 t Güter über deutsche Seehäfen von und nach Polen.

Unter der politischen Neuordnung, der Polen seine staatsrechtliche Existenz verdankt, und den hierdurch bedingten verkehrspolitischen und wirtschaftsstrukturellen Verlagerungen hat die Transitbedeutung des polnischen Verkehrsnetzes überaus stark gelitten. Die strategischen russischen Bahnen zur deutschen und österreichischen Grenze hatten als gegebene Verkehrsstraßen vor dem Kriege den Güteraustausch zwischen Westeuropa und Rußland vermittelt. Durch die neu gebildeten Staaten waren in der Nachkriegszeit fremde Hoheitsgebiete zwischengeschaltet. Das führte zu einer tarifmäßigen Entfernung der Märkte und machte einen Güterdurchgang durch mindestens zwei Transitländer notwendig. Die politischen Verdrängungen erschwerten und verteuerten den Verkehr, der Güteraustausch zwischen Rußland und Westeuropa auf dem Schienenwege wurde nahezu völlig eingestellt. Aus diesen Gründen vermitteln die polnischen Staatsbahnen heute nur noch den Transitverkehr zwischen den dem eigenen Staatsgebiet benachbarten Ländern. Durchgangsgüter zwischen Rußland und den westeuropäischen Seestaaten werden, da ihre Menge bedeutungslos ist, als Transitverkehr durch Polen nicht ausgewiesen. Den noch bestehenden überaus geringfügigen Transitverkehr zwischen dem europäischen Westen und dem Nahen und Fernen Osten, der den Raum zwischen Ostsee und Karpathen durchquert, von dem ostpreußischen Verkehrsnetz abzulenken

und dem eigenen zuzuführen, ist die polnische Verkehrspolitik in jeder Weise bemüht. Aber die höhere Leistungsfähigkeit und größere Geschwindigkeit der Deutschen Reichsbahn erschwert jeden Wettbewerb.

Die Verkehrsproblematik im deutsch-polnischen Raum, wie sie sich nach Versailles herausbildete, und der Konkurrenzkampf der Häfen des deutschen und polnischen Zollgebietes werden gekennzeichnet durch den Verkehr der sich im polnischen Korridorgebiet kreuzenden Verkehrsrichtungen, der Westost- und Südnordrichtung und den entsprechenden Gegenbewegungen. Der polnische, auf das mengenmäßige Verhältnis der beiden Bewegungsrichtungen gestützte Standpunkt schiebt den Nordsüdverkehr als den angeblich bei weitem bedeutungsvolleren in den Vordergrund, begründet ausschließlich damit seine wirtschaftliche Korridorpolemik und schafft aus dem tatsächlichen Verkehrsbilde eine der polnischen These günstige Konstruktion. Die bekannte Smogorzewskische Darstellung des sogenannten Verkehrskreuzes im Korridor verrät durch die scharfe Betonung des polnischen Verkehrsbalkens in der Südnordrichtung gegenüber der schmalen und bedeutungslosen deutschen Verkehrslinie, die sich in der Westostrichtung kraftlos durch den Korridor windet, ausschließlich propagandistische Absichten. Dabei kommt nicht zum Ausdruck, daß diese Zeichnung lediglich den deutschen Transitverkehr über Dirschau—Marienburg, nicht aber über Dt.-Eylau erfaßt. Da aber der über die südlichen Durchgangsstrecken laufende deutsche Verkehr von und nach Ostpreußen mit Dt.-Eylau als Ausgangs- oder Endpunkt den über Dirschau—Marienburg bei weitem übertrifft, zeigt so der deutsche Verkehr durch den Korridor nicht einmal die Hälfte seiner wirklichen Größe.

Die mengenmäßige Überlegenheit des polnischen Südnordverkehrs gegenüber dem deutschen Westostverkehr wird von deutscher Seite nicht bestritten. Doch ist das Mengenverhältnis mit 10 : 35 im Durchschnitt der Jahre — nicht wie es fälschlich von polnischer Seite mit 10 : 80 dargestellt wird — wesentlich anders. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß der Anteil der Qualitätsgüter des polnischen Verkehrs, die die Frachtkosten der langen Eisenbahnstrecken wirklich tragen können, außerordentlich gering ist und bei weitem nicht an das relative Verhältnis der durch den Korridor beförderten hochwertigen deutschen Waren heranreicht. Eingehende wertmäßige Berechnungen des Instituts für Osteuropäische Wirtschaft in Königsberg, die allein die tatsächliche wirtschaftliche Bedeutung des Korridorverkehrs zu erfassen vermögen, weisen die Schwäche der polnischen Mengenbetrachtung nach. Sie lassen den Güterverkehr nach den polnischen

Seehäfen als eine Verkehrsrichtung erkennen, die vom streng wissenschaftlichen Standpunkte nicht in der rohen Form reiner Mengenbetrachtung ins Feld geführt werden darf, ohne einer berechtigten Kritik zu begegnen. Nach diesen dem Jahre 1933 zugrunde gelegten Berechnungen stand ein Gesamtwert des polnischen Korridorverkehrs von 987 Mill. Zloty einem Wert des deutschen Korridorverkehrs von rund 1339 Mill. Zloty gegenüber, wovon auf den Westostverkehr 771 Mill. Zloty und auf den Verkehr in der Gegenrichtung 568 Mill. Zloty entfallen. In seiner wertmäßigen Bedeutung übertrifft der deutsche Verkehr damit den polnischen um rund 36 v. H.

Eine der zweifellos schwierigsten ostpreußischen Verkehrsfragen liegt in der territorialen Loslösung der Provinz vom Mutterlande und in der Notwendigkeit, Devisenaufwand für innerdeutschen Güteraustausch zu treiben. Wie weitgehend die Verkehrsproblematik im deutsch-polnischen Raum durch Differenzen über den deutschen Durchgang durch polnisches Gebiet zugespitzt werden kann, beweist die teilweise Sperrung des Verkehrs in der Nacht zum 7. Februar 1936, zu der Schwierigkeiten in der Transferierung der von der Deutschen Reichsbahn den polnischen Staatsbahnen für Transportleistungen zu zahlenden Frachtanteile geführt hatten. Mit dieser überraschend gekommenen einschneidenden Maßnahme des polnischen Verkehrsministeriums, aus der sich verkehrspolitische Fragen und Aufgaben von weittragender Bedeutung ergaben, wurde die Verkehrslage im südlichen Ostseeraum blitzartig beleuchtet. Mit Recht ist von den offiziellen polnischen Stellen die rein finanzwirtschaftliche Seite der strittigen Punkte betont und die von polnischer oppositioneller Seite versuchte Verschiebung der beiderseitigen abweichenden Auffassungen auf das politische Gleis abgelehnt worden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die mit dem Transitverkehr verbundenen Transferschwierigkeiten finanztechnischer Natur sind; es unterliegt aber ebenso keinem Zweifel, daß diese Schwierigkeiten ihre Ursachen in politischen Verträgen finden. Andere Länder, die bei der Abwicklung ihres Binnenhandels gezwungen wären, Devisenaufwand zu treiben und ihre Devisenbilanz mit Frachtkosten zu belasten, die — wie im Durchgangsverkehr von und nach Ostpreußen — ausschließlich dem Güteraustausch im Inlande dienen, gibt es auf dem Erdball nicht.

Solange für das Deutsche Reich der Eisenbahndurchgang durch Polen zwar mit hohen Belastungen verbunden war, aber doch den schnellsten und bequemsten Weg nach Ostpreußen darstellte, konnte es von ihm Gebrauch machen. Nachdem aber die einseitigen Devisenverpflichtungen, die durch keinen entsprechenden Aktivposten ausgeglichen werden können, zu

Stockungen in der Transferierung und damit zu der zwangsweisen Beschränkung des deutschen Korridorverkehrs führten, steht das Deutsche Reich vor einer verkehrswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Wende von nicht abzusehendem Ausmaße. Den devisenpolitischen Forderungen der Reichsbank nach größtmöglicher Entlastung der deutschen Devisenbilanz entsprechen die nationalwirtschaftlichen nach weitestgehender Heranziehung deutscher Verkehrsmittel und die nationalpolitischen nach möglichster Stärkung der Insellage Ostpreußens. Die Umlenkung des Ostpreußenverkehrs erscheint um so dringlicher, als die Annahme einer tarifmäßigen Bevorzugung für über die Durchgangsbahnen beförderte Waren oder wenigstens die Gleichstellung der Tarife im „privilegierten" Transitverkehr mit den polnischen Seehafentarifen und damit die Rechtfertigung des Ausdrucks „privilegiert" völlig verfehlt ist. Die unterschiedliche tarifmäßige Behandlung zwischen deutschem Transitverkehr, innerpolnischem Bezirksverkehr und dem polnischen, besonders begünstigten Seehafenexportverkehr führt dazu, daß die tonnenkilometrischen Sätze für nach Ostpreußen beförderte Güter ü b e r den innerpolnischen Tarifsätzen liegen. So werden beispielsweise für die Kohlenbeförderung aus Oberschlesien nach Ostpreußen auf der 355 km langen Durchgangsstrecke Kostau—Dt.-Eylau je Tonne 13,45 Zloty gezahlt, während gleichzeitig die Beförderung einer Tonne Exportkohle von Kattowitz nach Gdingen auf einer Streckenlänge von 610 km 7,20 Zloty beträgt, also wenig mehr als die Hälfte.

Polen hat die in zwei Jahren gebesserter deutsch-polnischer Beziehungen fast vergessene Frage des Korridors erneut aufgerollt. Es hat der deutschen wie der ausländischen Öffentlichkeit die Tatsache, daß ein territorialer Zusammenhang zwischen Ostpreußen und dem Mutterlande fehlt, in unangenehmer Weise ins Gedächtnis zurückgerufen. Die sich für das Deutsche Reich aus der zwangsweisen Verkehrsabschnürung ergebenden Folgerungen, die auch durch das inzwischen erfolgte provisorische Übereinkommen kaum abgeschwächt werden dürften, bestehen darin, eine den deutschen Wünschen und Forderungen entsprechende Sicherstellung des Verkehrs nach Ostpreußen anzustreben und einen Zustand herbeizuführen, durch den der Verkehr unabhängig von allen Zufälligkeiten politischer Ereignisse oder währungstechnischer Vorgänge unter Umgehung fremden Gebietes gewährleistet wird. Die jetzt im Verkehr mit Ostpreußen eingetretene Neuorientierung der deutschen Verkehrspolitik mit ihrer stärkeren Abstellung auf den Seeweg und die Binnenwasserstraßen kennzeichnet den verkehrspolitischen Umbruch und wird dem Ostpreußenverkehr in den

kommenden Jahren sein Gepräge geben. Weitblickende Verkehrspolitiker sind seit Jahren für die Umlenkung des Ostpreußenverkehrs eingetreten. Es steht zu hoffen, daß sie nun, wo sie plötzlich zur Notwendigkeit geworden ist, den nationalpolitischen und nationalwirtschaftlichen Erfordernissen des Deutschen Reiches und des deutschen Ostens entspricht.

Durch die Abschnürung Ostpreußens im beschränkten Durchgangsverkehr durch polnisches Gebiet hat in erster Linie die Seeschiffahrt den Massengüterverkehr zwischen Ostpreußen und dem Reiche zu bewältigen. Dem Eisenbahntransport wird immer eine erhebliche Bedeutung im Personen- und Güterverkehr beigelegt werden müssen. Diese beiden Verkehrsstränge wird in stärkerem Maße der seit dem Kriege unter dem Zwange der Verhältnisse vernachlässigte Binnenschiffahrtsweg zu ergänzen haben. Hat sich die Verkehrsdrosselung schon überaus fühlbar im Personenverkehr ausgewirkt, so fallen die einschränkenden Maßnahmen auf dem Gebiete des Güterverkehrs für die ostpreußische Wirtschaft noch bedeutend stärker ins Gewicht, da über den Schienenweg rund 80 v. H. des gesamten Warenaustauschs zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland gelenkt wurden. Waren bisher Dt.-Eylau und Marienburg im Verkehr nach dem Reiche die Brennpunkte, in denen sich die Güter- und Personenbewegung vereinigte, und die Punkte, von denen sich der ostwärts gerichtete Verkehr strahlenförmig über ganz Ostpreußen verteilte, so werden jetzt die ostpreußischen Seehäfen mehr und mehr die Verkehrszentren, die den überwiegenden Teil des ostpreußischen Gesamtverkehrs aufnehmen. Die Frage, inwiefern die noch verbliebenen Verkehrsmöglichkeiten nach dem Reiche durch den Ausbau eines modernen, weniger Devisen erfordernden Güterfernverkehrs mit Lastkraftwagen ergänzt werden können, bedarf einer eingehenden Prüfung.

Mit dem 7. Februar 1936 ist der Ostpreußenverkehr in die neueste Phase seiner Entwicklung getreten, die notgedrungen eine weitgehende Umstellung auf den Seeweg mit sich bringen mußte. Auch der Binnenwasserweg ist bereits stärker in das ostdeutsche Wasserstraßennetz eingespannt worden. Gerade das Jahr 1935 bewies, daß diese Verkehrsstraße über Warthe, Netze und Weichsel nach Ostpreußen, die gegenüber dem Bahnweg den 19. Teil an Devisen beansprucht, durchaus ausbaufähig ist. Die Einschaltung des Seeweges und des Binnenwasserweges in den Handelsverkehr nach Ostpreußen erfordert einen gebrochenen Verkehr mit mehrmaligem Umschlage zwischen den verschiedenen Transportmitteln, wodurch eine Frachtverteuerung eintritt. Die Verkehrsverbindungen zwischen Ostpreußen und dem Reiche hatten sich über den Schienenweg eingespielt. Die Eisen-

bahn als Handelsstraße war nicht nur der bequemste und schnellste, sondern auch der billigste Weg nach dem Osten. Nach der Neuorientierung der Verkehrspolitik mußte zunächst daran gedacht werden, jeder Tariferhöhung im Ostpreußenverkehr entgegenzuwirken und ein neues Frachterstattungsverfahren einzuführen, das die entstehenden Mehrkosten weder auf die Wirtschaft abwälzte, noch die Konsumenten belastete. Die Umleitung — sei es über den Seeweg oder den Binnenwasserweg — erfordert zwar andere Dispositionen der ostpreußischen Wirtschaft und eine größere Lagerhaltung für verschiedene Güter; die Lösung dieser Verkehrsprobleme in der dem Reiche aufgezwungenen Art entspricht aber seinen wirtschaftlichen Belangen.

Mit diesen in großen Umrissen aufgezeichneten Problemstellungen ist die Verkehrsproblematik im südlichen Ostseeraum keineswegs erschöpft. Die Verkehrslage Ostpreußens ist bestimmt durch seine territoriale Abschnürung vom übrigen Deutschland und den Konkurrenzkampf der deutschen und polnischen Ostseehäfen. Reich und Volk sind bemüht, die schädlichen Auswirkungen der in unseligen Verträgen wurzelnden augenblicklichen politischen und verkehrswirtschaftlichen Lage von der Bevölkerung und der Wirtschaft Ostpreußens abzuwenden. Das wird unter den gegebenen Verhältnissen nur in beschränktem Maße möglich sein.

Alfred Petrau

Danzig und Gdingen

In der Dmowskischen Denkschrift vom 8. Oktober 1918, dem Präsidenten Wilson vorgelegt, heißt es unter Punkt d der Gründe, derentwegen Westpreußen zum polnischen Staat gehören müßte: „Westpreußen, das mit seinem Gebiet die Mündung der Weichsel, des großen polnischen Stromes umfaßt, bildet den natürlichen Ausgang Polens zum Meere und ist für seine wirtschaftliche Unabhängigkeit und seinen ungehinderten Verkehr mit der Welt unbedingt erforderlich.“ Unter dieser Voraussetzung der Unentbehrlichkeit eines freien und ungehinderten Zugangs zum Meere, und weil die Mächte vorgaben, daß „es kein anderes mögliches Mittel gebe, Polen den freien und sicheren Zugang zum Meere zu verschaffen“, wurde der Weichselkorridor mit der freien Stadt Danzig als Freistaat geschaffen. Seit dem 15. November 1920, dem Tag der Verfassungsannahme durch den Danziger Volkstag, besteht Danzig als ein „Frei-

staat", der infolge der Versailler Zwangsbestimmungen nicht einmal innerhalb des eigenen Hoheitsgebietes völlig souverän ist. Denn Auslandsvertretung und militärischer Schutz fallen Polen zu; die Bahnen sind polnischer Besitz, der Hafen wird von einem paritätischen Danzig-polnischen Ausschuß verwaltet. Das ursprünglich nur auf den Transitverkehr beschränkte polnische Postrecht im Danziger Hafengebiet bedeutet infolge der weitherzigen Auslegung durch den Völkerbund eine weitere Einschränkung Danziger Hoheitsrechte.

Die neue Grenzziehung trennte das gesamte Hinterland von Danzig ab, damit verlor es jede Lebensgrundlage. Angesichts der verheerenden Auswirkungen der neuen Zwangsordnung auf das Wirtschaftsleben Danzigs erschien in Verfolg der schon im Versailler Vertrag vorgesehenen Einschließung der Freien Stadt Danzig in die Zollgrenzen Polens die wirtschaftspolitische Angliederung an den polnischen Staat als der einzige Ausweg. Die großartigen Versprechungen, die für Danzig an die Angliederung geknüpft wurden, schienen sich auch zu erfüllen. Das bisherige wirtschaftliche Kräftespiel zwischen den drei Ostseehäfen Königsberg, Danzig und Stettin wurde gründlich gestört. Bald setzte eine ganz planmäßige polnische Seeküstenpolitik ein, die mit Seevorzugszöllen, Seehäfenausnahmetarifen der polnischen Staatsbahn usw. Königsberg von seinem natürlichen Hinterland Nordostpolen, Stettin, durch die Oder der Ausfuhrhafen für oberschlesische Kohle, von seinem Hinterland Oberschlesien ablöste, indem es den Warenstrom von da weg über die polnischen Seehäfen, vorerst über Danzig, lenkte. Damit blieb die Bedeutung Danzigs als Ausfuhrhafen besonders für Getreide, Holz und nicht zuletzt auch für Zucker vor allem nach England hin zunächst bestehen.

Danzig war ja der Mittelpunkt der Holzindustrie Ostdeutschlands, besitzt reiche Speicheranlagen für Getreide und Zucker. Es hatte nun auch als Einfuhrhafen die starke Bevölkerung des Hinterlandes mit Heringen, Petroleum, Kolonialwaren usw. zu versorgen. 1924 liefen hier 3312 Seeschiffe mit 1 634 970 Reg.-T. ein und 3330 mit 1 648 049 Reg.-T. aus. An Flußschiffen betrug der Ein- bzw. Ausgang in diesem Jahre 3722 bzw. 3806. Die Einfuhr betraf außer den schon genannten Waren Steinkohle aus England und aus Oberschlesien, über Stettin Roheisen, Eisenerze und Stahl aus Schweden, Koks, Getreide, Holz aus Deutschland und Polen. Ausgeführt wurden außer dem eben Erwähnten noch landwirtschaftliche Produkte, Mineralöle, Zement, Mehl, Spiritus usw. Dazu war Danzig der Aus- und Rückwanderungshafen Polens.

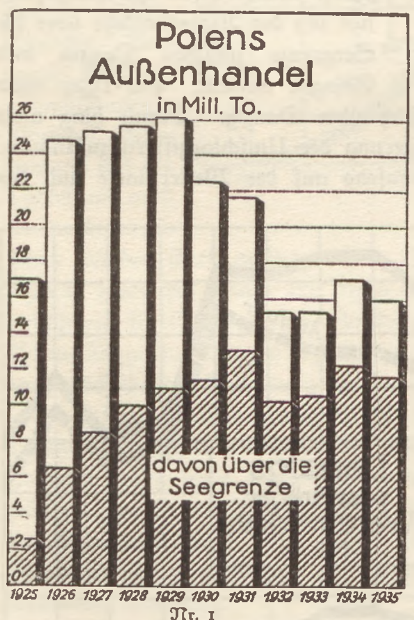
Obwohl also die innere wirtschaftliche und Verkehrseinheit zwischen

Westpreußen, Posen und Oberschlesien durch Versailles zerrissen worden war, brachte anfangs die Zuteilung Oberschlesiens, das bis 1924 fast nur landwärtigen zentralmitteleuropäischen Austauschverkehr hatte, als Hinterland Danzigs eine vorläufige Steigerung des Hafenumschlags mit sich: die Zunahme ging auf Erz- und Alteiseneinfuhr nach und Kohlenausfuhr von Oberschlesien zurück. Diese Aufwärtsbewegung infolge der Ablenkung des ostoberschlesischen Verkehrs von Stettin und Hamburg nach Danzig erfuhr eine schroffe Umkehr durch die Abwertung des englischen Pfundes und die damit verbundene erhebliche Kohlenausfuhrminderung infolge der englischen Konkurrenz. Vor allem aber hat die Entwicklung der Danziger Verkehrsverhältnisse bis 1926 und mehr noch seit dem Bau der Kohlenmagistrale die wichtigste Funktion des Korridorgebietes offenbart. Es ist die Verkehrsgrundlage für die zwar politisch bedeutsame, wirtschaftlich aber äußerst verlustbringende Aus- und Einfuhr Oberschlesiens. Hierzu sind besonders die nach Friedrich Roß „Polen, Handel und Verkehr" gegebenen Zahlen zum Zahlenbild 6 wichtig.

1924 begann Polen auf der Westerplatte bei Neufahrwasser einen neuen Munitionshafen und ein Munitionslager anzulegen. Zugleich wurde im Zuge seiner planmäßigen Seeküstenpolitik ein ganz neuer Hafen, Gdingen, begonnen. Die natürlichen Gegebenheiten des ganz Polen durchziehenden Wasserstraßennetzes hat Polen dabei nicht benutzt. Es wurde nicht nur die Weichsel zwischen Thorn und Warschau weiter in ihrem außerordentlich ungepflegten und oberhalb Warschaus sogar in völlig wildem Zustand belassen, ebenso wie auch die großen Weichselnebenflüsse Narew und Bug; man hat sogar die bestens reguliert übernommene Unterweichsel von Thorn bis an die Grenze des Danziger Hoheitsgebietes stark vernachlässigt. Die Eisenbahntarifpolitik hindert bewußt jede Entwicklung der Binnenschiffahrt. Damit ist die für Danzigs Bestand nicht unwichtige natürliche Verkehrsader des Weichselstromes gewaltsam totgelegt. Die weitere Durchführung der polnischen Seeküstenpolitik richtet sich schließlich direkt gegen Danzig, am entscheidendsten durch den Ausbau des Parallelhafens Gdingen. Im ersten Bauabschnitt 1924—1929 wurden rund 50 Millionen Goldfranken dafür aufgewandt. Für den zweiten Abschnitt bis Ende 1932 waren fast ebenso viel vorgesehen, und nach Erledigung des letzten Abschnitts bis Anfang 1935 mögen insgesamt über 170 Millionen Zloty verbraucht worden sein. Dazu kommt aber noch der Aufwand für den 1926 aufgenommenen Bau der sogenannten Kohlenmagistrale, einer Eisenbahnverbindung zwischen Oberschlesien und

Gdingen, die zugunsten dieses mit riesigen Kosten neuerbauten Hafens Danzig weitgehend stillegt. Mit der fortschreitenden Vollendung Gdingens wächst dessen Warenumschlag, geht der Danzigs im gleichen Maße zurück. Durch den Bau der Kohlenmagistrale bleibt auch der Unterlauf des Weichselstromes, der doch einst in der internationalen Meinungsbildung als die große Verkehrsschlagader des neuen polnischen Staatswesens die entscheidende Rolle spielte, verhältnismäßig nur wenig genutzt und hat für den Weichselkorridor viel an Bedeutung verloren.

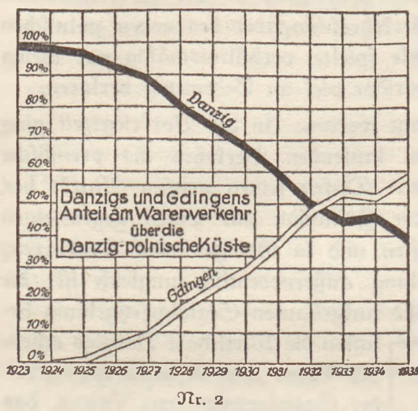
Zusammenfassend kann also gesagt werden: In der Vorkriegszeit ging 4/5 des über den Danziger Hafen laufenden Verkehrs ins preußische Hinterland oder kam von ihm her. Diesen seinen großen Markt hat Danzig mit der Verwirklichung der Zollunion mit Polen gegen einen erheblich kleineren eintauschen müssen und in Gdingen eine Konkurrenz erhalten, bei der die Kräfteverteilung außerordentlich ungleich ist; die Unkosten der nach deutschem Vorbild aufgebauten Sozialgesetzgebung belasten die Wirtschaft Danzigs erheblich höher als die weit geringeren der Sozialgesetzgebung Polens, das Zollrecht wird von den Polen allein und natürlich nur von polnischen Interessen bestimmt, die Danziger Reservatrechte auf dem Gebiet der Ein- und Ausfuhrbewilligung konnten durch Einführung prohibitiver Zollzuschläge beliebig ausgehöhlt werden. Seit dem 6. August 1934 hat aber die Danziger Regierung bis auf weiteres auf die Anwendung dieser Reservatrechte verzichtet und dafür Kontingente der polnischen Einfuhr erhalten. Gerade die Geschichte des Verhältnisses Danzig-Polen im Zeitalter der deutsch-polnischen Freundschaft beweist, wie ungeheuer schwer die Stellung Danzigs selbst bei gutem Willen beider Teile zu gegenseitigem Verständnis und Interessenausgleich ist.



Nr. 1

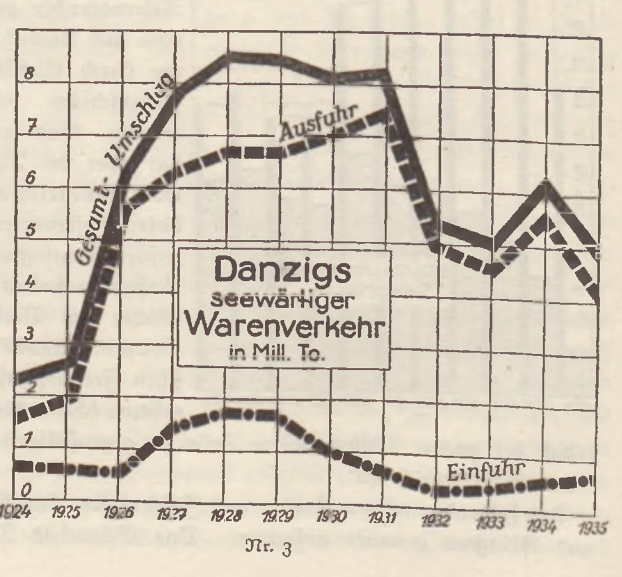
Im folgenden mögen Zahlen und Zahlenbilder das Gegenspiel Danzigs und Gdingens genauer aufzeigen. Das Schaubild Nr. 1 zeigt in An-

gaben von Millionen Tonnen die Entwicklung des polnischen Außenhandels in den Jahren 1925—1936. Wir müssen von den Rekordziffern des Gesamtumsatzes der Jahre 1926—1931 absehen, um zu erkennen, welchen Erfolg die Seehafenpolitik Polens mengenmäßig aufweisen kann: Der Anteil des über die Seegrenze und vor allem über Gdingen geleiteten Außenhandels an den Gesamtziffern ist im Verhältnis von 2,6 zu 17 Millionen Tonnen im Jahre 1925 auf 11,8 zu 15 Millionen Tonnen im Jahre 1935, d. h. von 15,3 auf rund 80 v. H. gestiegen.



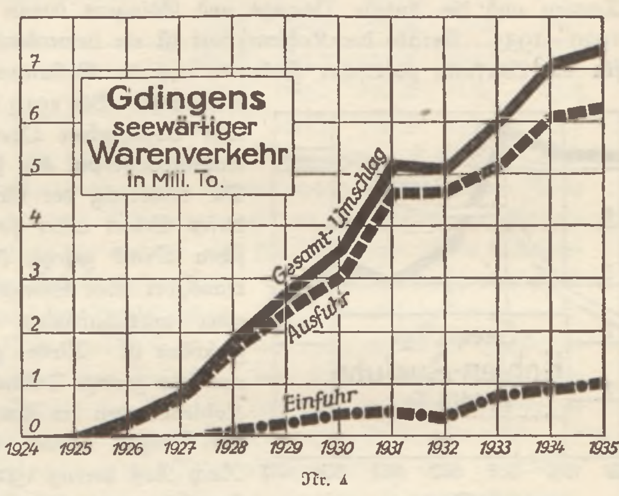
Nr. 2

Schaubild Nr. 2 zeigt im Anschluß hieran in von Hundertzahlen, wie sich der Warenverkehr über die Seegrenze zwischen Danzig und Gdingen aufteilt. Bis 1924 etwa ging der Warenverkehr ausschließlich über Danzig. Damit hing auch die obenerwähnte anfängliche Steigerung der Umschlagziffern zusammen. Mit dem Ausbau des Munitionshafens auf der Westerplatte und des hafentechnisch und seemäßig nicht sehr günstig, aber auf polnischem Hoheitsgebiet gelegenen Fischerdorfes Gdingen zum Parallelhafen beginnt die Abwärtsentwicklung Danzigs. Schon 1932 verteilt sich der Umsatz zu je 50 v. H. an Danzig und Gdingen; Ende 1935 ist Danzigs



Nr. 3

Anteil gar nur 40 v. H. gesunken. Nicht ohne weiteres erkennbar an diesem Kartenbild ist die entscheidende Strukturveränderung des polnischen Außenhandels: der Anteil der Nachbarländer mit Deutschland an der Spitze, Lettland, Litauen, Österreich, Tschechoslowakei, Rumänien, Rußland und Ungarn ist in der Einfuhr von 54,8 v. H. des Importwertes und 72,1 v. H. des Exportwertes im Jahre 1924 auf 26,3 v. H. bzw. 32,8 v. H. im Jahre 1934 gefallen, während der relative Anteil der west- und südeuropäischen Staaten, wie Belgien, Frankreich, Holland, Italien, Spanien, Portugal, Schweiz, Jugoslawien, Albanien, Griechenland und der Türkei und auch der nordeuropäischen Länder stark gestiegen ist. Dieser Aufschwung des Seehandels setzte in stärkerem Maße erst 1926 ein, also nach Ausbruch des deutsch-polnischen Wirtschafts- bzw. Zollkrieges im Jahre 1925 und des englischen Bergarbeiterstreiks 1926, die beide für die Wirtschaft Danzigs von entscheidender Bedeutung waren, wie auch die Karten zeigen.



Nr. 4

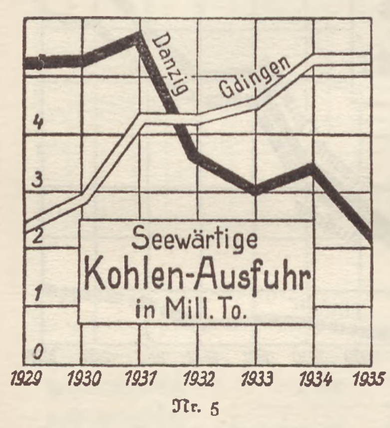
In diesem Zusammenhang ist die Gegenüberstellung der Danzig und Gdingen betreffenden Schaubilder Nr. 3 und Nr. 4 sehr aufschlußreich. Zunächst geben beide zusammen die leicht ableitbaren absoluten mengenmäßigen Zahlen des Warenverkehrs über die Seegrenze. Die drei Zahlen I. des Gesamtumschlags (nach Roß), II. der Gesamtausfuhr und III. der Gesamteinfuhr über Danzig und Gdingen lauten in roher Aufrundung in Millionen Tonnen:

	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935
I.	2,3	2,9	6,7	8,8	10,6	11,4	11,8	13,8	10,7	10,6	13,4	12,7
II.	1,7	2,1	6,0	7,3	8,4	9,3	10,4	12,3	9,9	10,0	11,9	10,7
III.	0,8	0,8	0,7	1,6	2,0	2,1	1,7	1,3	0,8	1,4	1,7	1,9

Zweitens zeigen beide Zahlenbilder, daß es sich hier zum weitaus

größten Teil um Ausfuhr handelt. Sie beträgt 1935 für Danzig rund 84 v. H. und für Gdingen fast 90 v. H. des jeweiligen Gesamtwarenverkehrs. Weiter läßt der Vergleich beider Kartenbilder die fortschreitende Zurückdrängung Danzigs durch Gdingen auch als Einfuhrhafen deutlich erkennen.

Schaubild Nr. 5 zeigt die seewärtige Kohlenausfuhr in Millionen Tonnen und die Anteile Danzigs und Gdingens daran für die Jahre 1929—1935. Gerade der Kohlenexport ist ein bemerkenswertes Beispiel für die Wirkung politischer Faktoren auf die Gestaltung einer Volkswirtschaft. Bis 1919 war das natürliche Absatzgebiet Oberschlesiens Zentralmitteleuropa, das ja kohlearm ist. Die Änderung der Grenzen hat aber dieses Gebiet unter so starken politischen Druck gesetzt, daß der Kohletransport über Gdingen bzw. Danzig einer wirtschaftlichen Explosion vergleichbar ist. Weiter zwingt auch der nur sehr geringe Inlandabsatz, größere Kohlenmengen ins Ausland zu werfen. Die Folgen können nicht gut sein. Nach Roß betrug 1925 bei einer Gesamtkohlenproduktion von 27,1 Millionen Tonnen die Gesamtkohlenausfuhr 9,9 Millionen Tonnen. Davon gingen über See 0,6 Millionen Tonnen, d. h. 7,3 v. H., und davon über Danzig 94 v. H. und über Gdingen 6 v. H. 1934 war das Bild in jeder Hinsicht verschoben: von 10,1 Millionen Tonnen Gesamtkohlenausfuhr, bei 29,2 Millionen Tonnen Gesamtproduktion, gingen über die Seegrenze 8,9 Millionen Tonnen, d. h. 88,1 v. H. Und daran hatte Danzig gegenüber Gdingen nur noch einen Anteil von 40 v. H. Siehe hierzu auch das Schaubild Nr. 5; nach ihm errechnet sich der Hundertanteil Danzigs gegenüber Gdingen in den Jahren 1925—1935 auf 94, 99, 82, 74, 67, 63, 57, 46, 41, 40 und 30 v. H. Die Abwertung des englischen Pfundes hat indessen in den letzten Jahren die polnische Kohlenausfuhr auf Skandinavien und die baltischen Länder zurückgedrängt. Dazu kommt, daß England mit den skandinavischen und baltischen Ländern in der Zwischenzeit Handelsverträge abgeschlossen hat, wonach diese verpflichtet sind, sehr erhebliche Mengen Kohle wieder aus England zu beziehen. Die hohen Kosten, die Polen im Zuge seiner Seeküstenpolitik auf-



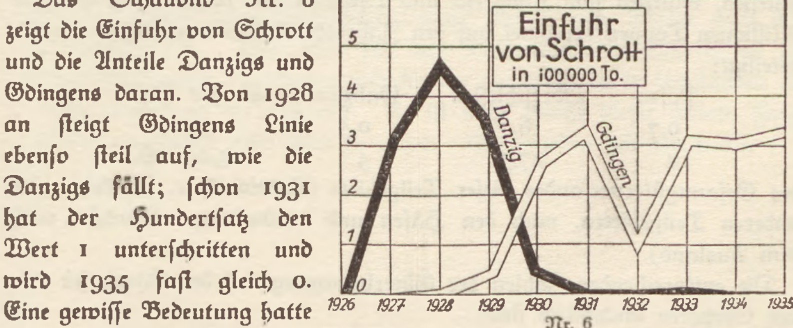
Nr. 5

wendet — sie beliefen sich 1930 einschließlich des Baues des Hafens Gdingen und ohne die Baukosten für die Kohlenmagistrale schon auf über 450 Millionen Zloty! — macht folgende Tabelle, Angaben in Millionen Zloty, nach Roß — deutlich:

	1928	1929	1930	1931	1932
Förderungsselbstkosten	123,4	143,8	146,1	173,0	123,3
Eisenbahnbeförderungsselbstkosten .	116,9	125,2	130,7	157,5	118,1
Umschlagkosten	24,4	26,2	27,4	32,9	24,7
Gesamtkosten	264,7	295,2	317,2	363,4	266,1
Exporterlös	119,0	109,1	121,2	117,5	63,4
Defizit	145,7	186,1	196,0	245,9	202,7

Das heißt, allein für die Förderung des seewärtigen Kohlenauslandshandels hat Polen jährlich Summen steigend von 145,7 Millionen Zloty im Jahre 1928 auf 202,7 Millionen 1932 an Zuschüssen von Staats wegen hergegeben. Und das deshalb, weil für Polen eine aktive Handelsbilanz immer größere Bedeutung gewann. Die Warenausfuhr macht bis 65 v. H. des Aktivums der Handelsbilanz, die Wareneinfuhr bis 68 v. H. des Passivums der Zahlungsbilanz aus. Bis 1929 wurde die Passivität der Zahlungsbilanz durch das Einströmen von Krediten nach Polen ausgeglichen. In der Periode der Krise fiel das nicht nur fort, sondern es setzten starke Kreditabflüsse ein. Da Kapital- und Dienstleistungsverkehr nur geringe Überschüsse erbrachten, war Polen also gezwungen, seine Zahlungsbilanz zur Aufrechterhaltung seiner Währung um jeden Preis zu aktivieren.

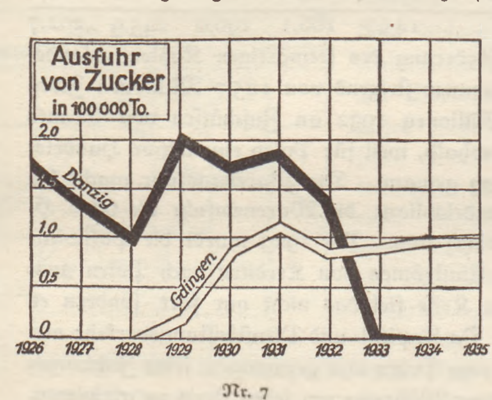
Das Schaubild Nr. 6 zeigt die Einfuhr von Schrott und die Anteile Danzigs und Gdingens daran. Von 1928 an steigt Gdingens Linie ebenso steil auf, wie die Danzigs fällt; schon 1931 hat der Hundertsatz den Wert 1 unterschritten und wird 1935 fast gleich 0. Eine gewisse Bedeutung hatte Danzig auch als Transithafen für Schrott und Erze nach dem Mährisch-Ostrauer Industriegebiet hin und auch für Rumänien. Der Durchschnittssatz der Jahre 1927—1933 betrug für die Tschechoslowakei 242 000 Tonnen und für Rumänien 38 000 Tonnen. Der Anteil Danzigs ist auch daran nahezu auf Null zugunsten Gdingens gefallen.



Nr. 6

Das gleiche gilt auch für die einst so bedeutende Zuckerausfuhr Danzigs, wie Schaubild Nr. 7 zeigt. Hier ist der Anteil Danzigs im Jahre 1932 von über 60 v. H. auf unter 1 v. H. gefallen und jetzt, 1936, praktisch gleich Null. Für die Reiseinfuhr war Danzigs Anteil schon 1929 fast Null geworden, und von der Tabakeinfuhr wird man voraussichtlich schon Ende dieses Jahres das gleiche sagen können.

Bedeutsam ist der Anteil, den die einzelnen Teilgebiete Polens am Seeverkehr, d. h. heute fast nur noch über Gdingen, haben. Dabei sind die natürlichen Wasserstraßen verhältnismäßig gering beteiligt. Hier vollzieht sich nur der geringe Lokalverkehr, der zwischen der Weichselmündung und Dirschau stromauf wie stromab am größten ist. Im Jahre 1935 wurden z. B. durch die Einlager Schleuse bei Danzig 148 929 Tonnen zu Berg und 419 910 Tonnen zu Tal befördert. Oberhalb Brombergs bzw. Thorns ist der Verkehr kaum noch nennenswert. An der Güterbewegung mit der Eisenbahn zu den Häfen hin sind die Teilgebiete Posen, Oberschlesien, Galizien und Kongreß- und Ostpolen mit folgenden Zahlen, in Millionen Tonnen berechnet auf den Jahresdurchschnitt von 1926—1931, beteiligt:



Nr. 7

Posen	Oberschlesien	Galizien	übriges Polen
0,7	6,7	0,5	2,3
10	27,5	5	15,0 v. H.

des Gesamtgüterversandes dieser Teilgebiete (Lokalverkehr, Verkehr nach anderen Teilgebieten, nach den Häfen und landwärtiger Verkehr nach dem Ausland).

Die entsprechenden Zahlen der Güterbewegung auf der Eisenbahn von den Seehäfen landwärts sind:

Posen	Oberschlesien	Galizien	übriges Polen
0,2	0,3	0,2	0,3 Mill. To.
2,5	6,0	2,2	2,5 v. H.

der Gesamteinfuhr in die betreffenden Teilgebiete. Die Frage der Steigerung des Umschlagverkehrs über die polnischen Seehäfen, genauer über

Gdingen, ist unverändert eine der brennendsten Aufgaben der polnischen Verkehrspolitik geblieben, obwohl die optimale Höhe des insgesamt überhaupt möglichen Transitverkehrs doch bereits erreicht worden ist. Die weitere Forcierung des seewärtigen Umschlagverkehrs kann nur die deutschen Häfen als einzige Konkurrenten treffen. Die polnische Seeküstenpolitik hat bereits stark genug „in die Einflußsphäre der deutschen Häfen eingegriffen und ihnen nicht nur den polnischen Transit, der 1926 eine Gesamthöhe von 5 Millionen Tonnen, darunter 4 Millionen Tonnen Kohle erreicht hatte, abgezogen, sondern auch noch den über die deutsche Küste geleiteten Transit der mitteleuropäischen Staaten gefährdet" (Roß). Trotzdem hat die über alle Fragen der Ertragsberechnung sich hinwegsetzende Seeküstenpolitik nicht zu einer Steigerung des Gdingener Umschlagverkehrs in dem von Polen gewünschtem Maß geführt.

Der Vergleich der eben gegebenen mit den Zahlen der Bilder 1, 3 und 4 läßt die schweren Opfer, die Polen seiner aktiven Zahlungsbilanz und seiner Seeküstenpolitik bringt, deutlich erkennen. Oberschlesien ist das Kernstück dieser Politik, zugleich ihr Veranlasser und ihr wunder Punkt infolge der bedrohlichen Abhängigkeit vom Status quo der wirtschaftlichen und politischen Lage Europas. Auch ein Vergleich der im Aufsatz von Roß „Ostpreußens Grenzlage" gegebenen Zahlen für den Nord-Südverkehr mit denen des Transitverkehrs Ostpreußen—Reich spricht für sich.

Die jüngste Entwicklung mit ihrer Abschnürung des Transitverkehrs Ostpreußen—übriges Reich hat Danzig am unmittelbarsten und schwersten betroffen: durch den Fortfall des einzigen D-Zug-Paares hat Danzig keinerlei unmittelbare Verbindung mehr weder nach Berlin noch nach Königsberg hin. Aber auch für das Kräftespiel der Ostseehäfen sind bedeutende Folgen eingetreten und können weiterhin unter Umständen eine völlige Änderung herbeiführen. Es ist nicht Sache dieser Arbeit, Folgerungen aus diesen Tatsachen zu ziehen. Sie ergeben sich von selbst.

Kurt Witt

Die Mährisch-Ostrauer Dreivölkerecke

Daß die Dreivölkerecke von Mährisch-Ostrau die interessanteste und spannungsreichste von allen sei, sagte Karl C. von Loesch bereits in seinem Aufsatz über das Grenzproblem der Dreivölkerecken im Jahrgang 1935 dieses Jahrbuchs. Um keine zweite wurde je so erbittert gekämpft. Hier ist eben alles anders als etwa in der weiten Niederung um Lundenburg oder in den Heiden Litauens, anders auch als in den von der Natur zusammengepreßten und geschiedenen Hochtälern des Monte-Rosa-Massivs oder den Siedlungsschläuchen des Kanal- oder Isonzotales. Selbst die industriell hochentwickelte Dreivölkerecke von Aachen-Aubel und Longwy weist keine so scharfen Auseinandersetzungen auf.

Mährisch-Ostrauer Dreivölkerecke, das ist der Zusammenstoß von Deutschen, Polen und Tschechen an einer Stelle, an der die Lebensnerven ihrer völkischen Existenz aus ihren Volkskörpern gleichsam heraustreten, sie gleichsam sprengen möchten, ist der Zusammenstoß dreier kraftvoller Strahlenbündel gesamtvölkischer Energien. Es ist ein Kapitel Volksbewegung und Raumkampf zugleich. Es ist einmal der Geltungskampf zweier gleichzeitig erneuerter slawischer Völker, der hier über alter deutscher Kultursubstanz zusammenschlägt, es ist aber auch wieder mehr als das, nämlich der laut und leise ausgetragene Staatenkampf um die Beherrschung der Mährischen Pforte mit ihren großen wirtschafts- und verkehrspolitischen und nicht zuletzt auch strategischen Möglichkeiten. Es ist der Kampf um die Beherrschung des uralten Straßenkreuzes zwischen Prag, Wien, Budapest und Triest einerseits und der Oder-, Weichsel- und ukrainischen Ebene andererseits. Es ist die Stelle der engsten Begegnung von Oder, Weichsel und Donau, die Brückenstellung zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer. Es ist der Raum, in dem schon einmal vor tausend Jahren der tschechisch-polnische Kampf um die Führung des Westslawentums ausgetragen wurde. Es ist aber heute auch ein hochentwickeltes Industriegebiet, das alle Probleme des industriegesellschaftlichen Umbruchs in sich schließt, ihm hier noch eine bestimmte völkische Note aufprägt, ist ein Raum, den sein augenblicklicher Besitzer durch systematische Umvolkung zu sichern und sein Gegenspieler durch ebenso planmäßige Gegenarbeit zu unterminieren versucht. Und es ist endlich auch ein fast vergessenes Stück entrissenes und entfremdetes Gesamtschlesien, dessen Bevölkerung, ob deutsch, ob slawisch, sich vielfach verzweifelt gegen die Vernichtung ihres deutschen Kulturerbes zur Wehr setzt.

Das alles trägt Stein um Stein zu einem Problem zusammen, das sich als „Teschener Frage“ vor den Toren der heutigen deutschen Südostgrenze in wachsendem Maße als europäischer Brandherd von morgen zu enthüllen beginnt. Seine eng ineinander wirkende Vielheit erschwert eine endgültige klare Analyse der soziologischen Bewegungsgesetze dieses Dreivölkerraumes. Das Wissen um dieses neue Forschungsgebiet steckt auch noch viel zu sehr in den Anfängen, als daß schon heute allgemein gültige Schlüsse erwartet werden könnten. Hier erhält das Dreivölkerproblem jedenfalls seine bewegende Kraft sowohl aus den Bereichen des Bewußt-Völkischen, als auch aus dem des Organisch-Soziologischen, aus dem allgemeinen Raumgesetz landschaftlicher Gegebenheiten sowohl, wie aus den verschiedenen Bereichen eines dunklen und aus dem Hintergrund in diese Dinge hineinwirkenden, spürbaren politischen Interesses.

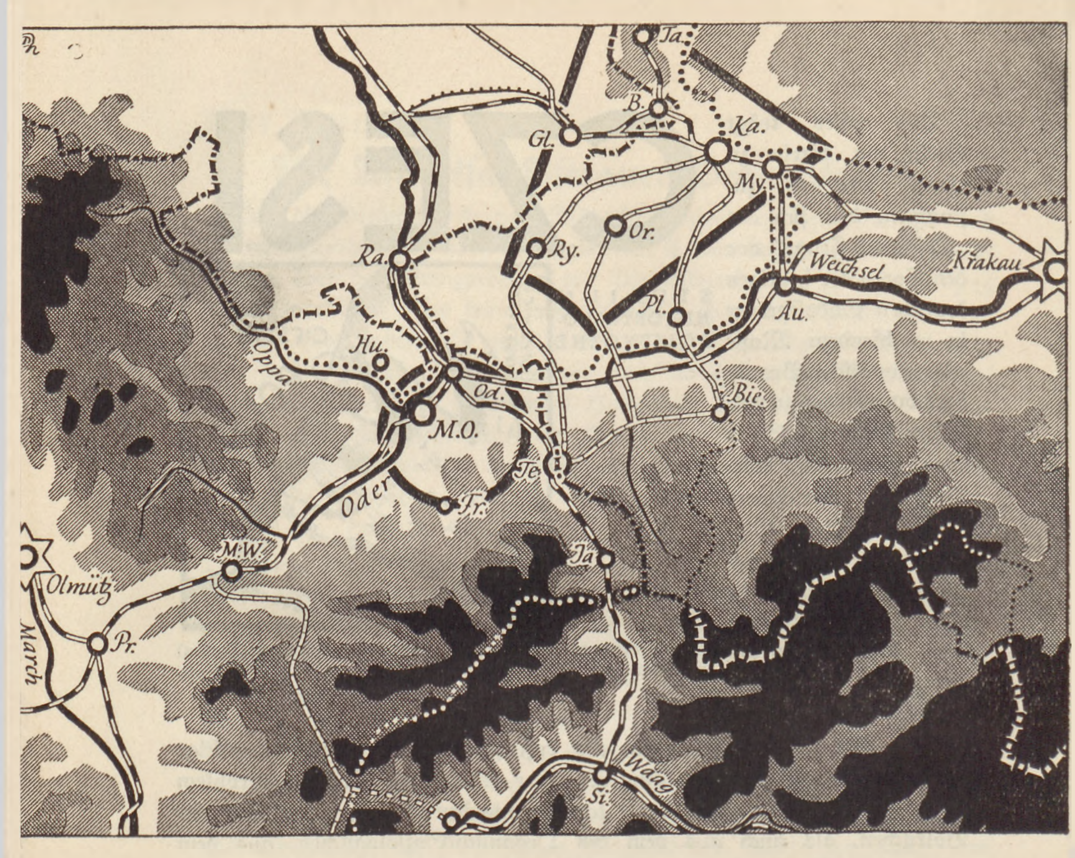
CZESI

STUDJUM HISTORYCZNO-POLITYCZNE



Titelbild der vom polnischen Ilustrowany Kurjer Codzienny (Krakau) verbreiteten antitschechischen Kampfbroschüre. Es zeigt die bekannte polnische Forderung der Ostrawitza-Grenze.

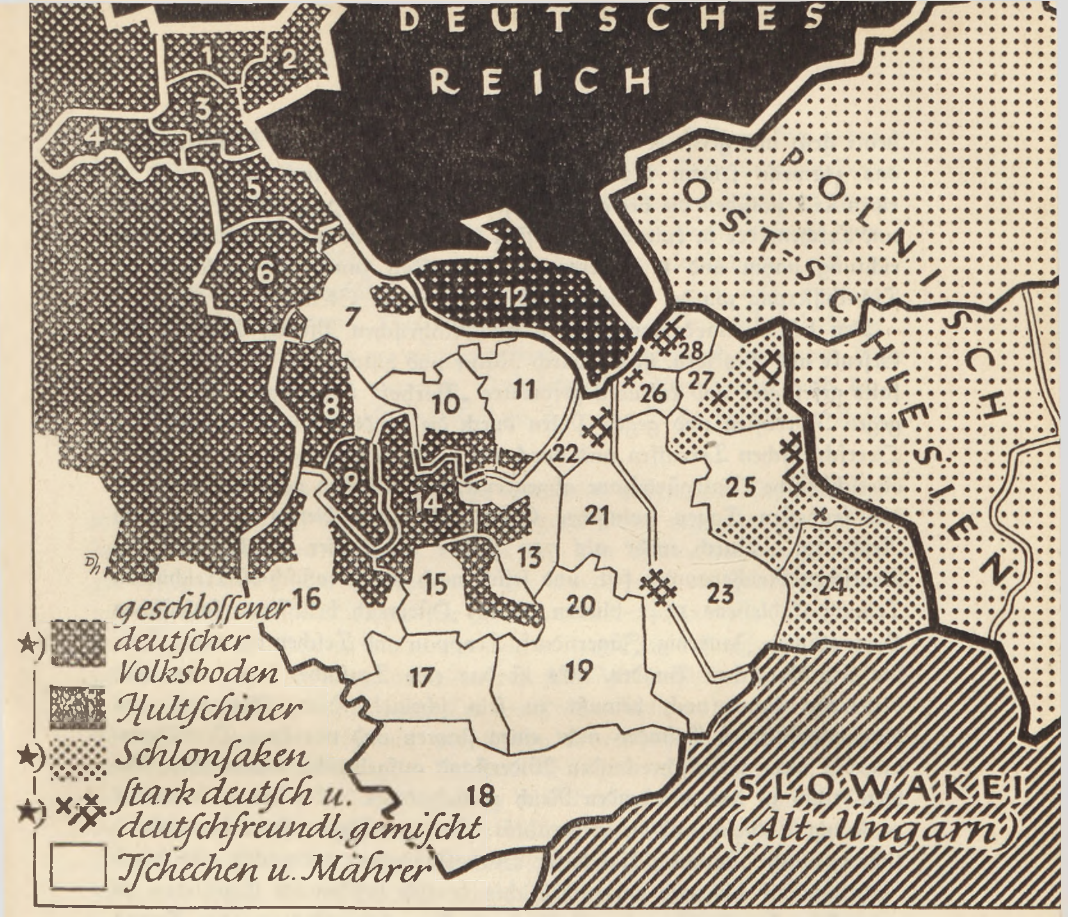
Eine kurze Darlegung der Hauptfaktoren soll das Verständnis für die Problematik des Mährisch-Ostrauer Raumes erleichtern. Gehen wir vom „Raum an sich“ aus. Das Gebiet, das betrachtet sein will, liegt im Vorraum der Mährischen Pforte, da, wo die aus dem Mährischen Gesenke kommende Oder die Oppa aufnimmt. Kurz danach muß sie in einem scharfen Knick vor den Oberschlesischen Terrassen nach Nordwesten ausbiegen. An dieser Stelle nähert sich ihr auch die aus den Beskiden kommende junge Weichsel bis auf einige Wegstunden. Auch sie wird durch die Terrassen zu einem scharfen Knick veranlaßt, ändert aber ihren Weg, der sie bis dahin der Oder zuzuführen schien, und entschließt sich zu dem Ausweg nach Nordosten, der sie schließlich in die polnische Ebene hinüberführt. Ostdeutsches und polnisches Stromgebiet zeichnen in ihren



Die wirtschafts- und verkehrspolitischen Probleme der Mährischen Pforte.

Zeichenerklärung
Schwarz gerahmt: Das Gesamt-Oberschlesische Kohlen- und Industriegebiet. Stark punktiert: Staatsgrenzen vor 1918. Schwach punktiert: Alte Ostgrenze des Teschener Schlesiens gegen Galizien und Grenze des ehemals ungarischen Komitats Arwa, heute Polen zugeteilt. Helle Bänder: Verbindungsbahnen. ⊥⊥⊥⊥⊥⊥⊥⊥ Wasserstraße. ⊥ ⊥ ⊥ ⊥ Wasserstraße im Bau. Inzwischen hat der Tschechoslowakische Staat für 1937 den Bau des Oder-Donau-Kanals beschlossen, der die Oder mit der March verbinden und von Mährisch-Ostrau über Mährisch-Weißkirchen geführt werden soll.

Ausgangspunkten also gleichsam sinnvoll zwei der Kraftlinien an, die in den Raum hineinströmen. Die dritte ist stärker historisch bedingt und in der Einflußsphäre gegeben, die der „Mährische Korridor" geprägt hat. Dieser Korridor dehnt sich seit Jahrhunderten zwischen Oder und ihrem rechten Nebenfluß, der aus den Beskiden kommenden Ostrawitza, nach Norden zu aus. Er will aus der von der Markgrafschaft Mähren gegen Böhmen allzeit sorgsam gehüteten Sperrstellung in der Pforte verstanden werden. Bis zur Verwaltungsreform von 1927 und praktisch auch noch



*) ausſchließlich auf tſchechoſlowakiſchen Staatsgebiet eingezeichnet

Der Volksboden um Mähriſch-Oſtrau,

nach der amtlichen Volkszählung von 1930

Es gab im Gerichtsbezirk:	Deutſche	Tſchechen	Polen
1. Hennersdorf	7.100	176	4
2. Hotzenplotz	9.439	139	9
3. Olbersdorf	10.412	275	16
4. Würbenthal	9.665	101	10
5. Jägerndorf	29.793	2.249	38
6. Benniſch	14.800	363	12
7. Troppau	26.750	50.216	328
8. Wigſtadt	11.233	2.909	5
9. Odrau	8.739	760	9
10. Wagſtadt	8.781	13.580	17
11. Königsberg	3.435	25.706	28
12. Hultſchin [1]	4.008	49.316	67
13. Freiberg	5.508	19.567	15
14. Fulnek	12.309	2.159	29

Es gab im Gerichtsbezirk	Deutſche	Tſchechen	Polen
15. Neu-Titſchein	19.891	25.034	26
16. Mähr.-Weißkirchen	7.780	28 890	114
17. Meziříči Velké	389	27.078	16
18. Vſetin	143	42.027	11
19. Rožnov p. R.	64	20.814	4
20. Frankſtadt	100	18.826	19
21. Miſtek	1.310	26.858	115
22. Mähr.-Oſtrau [2])	21.914	103.525	471
23. Friedek	2.857	55.912	345
24. Jablunkau	523	9.436	20.261
25. Tſchech. Teſchen	5.471	23.204	21.424
26 Schleſ. Oſtrau	1.974	48.875	734
27. Freiſtadt	3.651	52.285	29.790
28. Oderberg	7.537	35.714	4.755

[1]) Die Hultſchiner werden als Tſchechen gezählt. [2]) In den Bezirken 22.—28. kommen noch insgeſamt 24 084 Staatsfremde, meiſt Polen und Deutſche, dazu.

heute griff und greift er durch die Pforte hindurch bis nach Oderberg vor, das zeitweise seinem Staat angegliedert war. Damit also trieb er einen Keil zwischen die beiden südlichsten schlesischen Herzogtümer Troppau und Teschen, der in kultureller Hinsicht in vielem eine andere Entwicklungsrichtung nahm und in neuerer Zeit schließlich zum Zubringekanal der Tschechisierung wurde. Aber darüber an anderer Stelle.

Den beiden markanten Pfosten der Mährischen Pforte, Altvater mit Gesenke und Beskiden, ist ein durch Natur und historisches Schicksal gleichfalls gefestigter und kulturell geformter „Vorhof" vorgelagert. Er wurde gegen Nordosten und gegen Polen durch die sandige Hügellandschaft der Oderschlesischen Terrassen und durch die heute bereits stark durchbrochene oberschlesische Waldgürtelzone abgegrenzt, schloß diesen ganzen Raum seit den frühesten Tagen polnischer Staatlichkeit von diesem ab und dem Reiche an. Durch mehr als 750 Jahre lagen hier die Grenzen des Deutschen Reichsraumes fest, und selbst nach der preußisch-österreichischen Teilung Schlesiens 1742 blieben die bei Österreich belassenen schlesischen Herzogtümer, Jauernig, Jägerndorf, Troppau und Teschen bis 1866 Teile des Norddeutschen Bundes. Es ist das eine Tatsache, deren man sich vielerorts kaum noch bewußt zu sein scheint! Hätte Bismarck aus bündnispolitischen Gründen nicht einen starren und vor dem Demissionsangebot nicht zurückschreckenden Widerstand aufgebracht, wären diese Gebiete 1866 zu dem werdenden Reich zurückgekehrt. So jedenfalls wollte es König Wilhelm und die Generalität. Das in allem wesentlichen einheitliche politische Raumschicksal dieser Vorhoflandschaft vermochte also durch Jahrhunderte hindurch ein einheitliches deutsch bestimmtes Eigenleben zu entwickeln, das in Sprache, Kultur und Bewußtseinshaltung den Typus des Oberschlesiers prägte, mochte er sich auch als „Preuße" oder „Österreicher", betont als „Oberschlesier" oder wie in der sozialen Protesthaltung der letzten Vorkriegsjahre, auch vielfach als „Polnischer Schlesier" (nicht als Pole!) gefühlt haben.

Unter Berücksichtigung dieser Sonderstellung des oberschlesischen Kulturraumes hätte man als Dreivölkerraum eigentlich ein breites und über die Grenzen des gesamtoberschlesischen Raumes hinausgreifendes Gebiet zu erfassen. Seine Analyse begegnet heute aber ungewöhnlichen und methodisch kaum überwindbaren Schwierigkeiten. Versailles und Saint Germain haben den gesamtoberschlesischen Raum unheilvoll weiter zerstückelt. Die neuen Herren warfen in ihren ethnisch äußerst zweifelhaften Neubesitz das ganze Schwergewicht ihrer staatlichen Macht und völkischen Propaganda. Diese Gebiete waren dazu noch in ihren wichtigsten Teilen

Bergbau- oder dem benachbarte schwerindustrielle Landschaften. Sie gaben den neuen Herren vollkommene Gelegenheit, die geringe Bodenverwurzelung ihrer Bevölkerung im eigenen Interesse zu „Bereinigungen“ größten Ausmaßes auszunutzen. Fremdnationale und unsichere Elemente drängte man ab und Vollstaatsvölkische schob man aus dem Hinterland heran, auf die freiwerdenden Arbeitsplätze. Die inneren Fronten sind also weithin undurchsichtig geworden. Das Oberschlesiertum als Bewußtseinshaltung bleibt eine nur fallweise zu erfassende und zu messende Erscheinung, die den völkischen Kern der „inneren Dreivölkerecke“ überschneidet und der volkspolitischen Wissenschaft von Fall zu Fall eine Reihe besonderer Aufgaben weist.

Die Dreivölkerecke, die wir hier zu betrachten haben, läßt sich vielleicht am klarsten als der heute ganz überwiegend Prag zugeteilte Ausschnitt des gesamtschlesischen Raumes, als der mit dem Süden vereinte Vorhof zur Mährischen Pforte umschreiben. Sie wurde durch die Friedensdiktate und das ränkevolle Kulissenspiel der „Friedensmacher“ von 1919 (Nicolson) so gut wie ausnahmslos hinter den tschechoslowakischen Grenzpfählen zusammengedrängt, die längs der alten preußisch-österreichischen Oppagrenze entlanglaufen, dann den südlichen Teil des Kreises Ratibor, das „Hultschiner Ländchen“ aus dem ehemals preußischen Oberschlesien herausschneiden und, das ehemals österreichische Teschener Schlesien und die Stadt Teschen spaltend, längs des Olsaflüßchens zu den Beskidenkämmen ihren Weg nehmen. In dieses Gebiet, das im Süden, wie bereits gesagt, in der Mährischen Pforte einen gewissen Abschluß findet, greift von Westen her in breiter Front der geschlossene deutsche Volksboden über. Er hält sich in seinem südlichen Ausläufer an die Gebirgszone der Sudeten und löst sich mit dieser im Oderbogen und bis nach Olmütz hin auf. An der schmalen, kaum 40 km breiten offenen Grenze gegen Polen verblieb ein schmaler Streifen polnischsprachiger Bevölkerung bei der Tschechoslowakei, zu der (bei einer durchschnittlichen Tiefe von 15 km und weniger) rund 100000 Menschen gerechnet werden wollen. Durch die Pforte drängt sich der bereits genannte mährische und heute fast gänzlich tschechisierte Siedlungskeil nach Norden bis an die deutsche Reichsgrenze. Er erreicht sie bei Oderberg. Im Bannkreis des hügeligen Oppatales greift er auch auf westschlesisches Gebiet über. In einer Tiefe von etwa 35 km und in einer Tiefe von ebenfalls nicht mehr als 15—20 km folgt diese mährischsprachige Einbruchszone dem Fluß stromauf bis hinter die auch heute noch deutsche ehemalige Landeshauptstadt Troppau. Es ist das Gebiet des ehemaligen Herzogtums Troppau, dem seine bis in das 14. Jahrhundert

zurückgreifende Verbindung mit einer Nebenlinie der Przemysliden (im Gegensatz zu den sonst in Oberschlesien herrschenden schlesischen Piasten) eine stark mährische, aber nichtsdestoweniger auch schlesisch-deutsch bestimmte Zwischenkultur bescherte. Die im Jahre 1742 zwischen Österreich und Preußen aufgerichtete Oppagrenze zerschnitt dieses Gebiet und beließ zwei kleine mährischsprachige Spitzen bei Preußen. Die kleinere um die Dörfer Branitz, Jakubowitz, Steuberwitz und Hochkretscham wurde damals dem Kreis Leobschütz und die größere (um die Stadt Hultschin) dem Kreis Ratibor angegliedert. Zwischen beide schiebt sich der geschlossene deutsche Volksboden des Siedlungskeils Katscher-Piltsch.

In der Zeit der aufflammenden Nationalitätenkämpfe erhärtete die preußische Oppagrenze zu einer bis heute scharf ausgeprägten Volks- und Kulturbewußtseinsscheide. Im Grunde fühlen sich auch heute die Mährischsprachigen des Oppalandes, soweit sie vor dem Kriege zu Österreich gehörten, noch nicht volltschechisch. Sie nennen sich selbstbewußt Mährische Schlesier oder Morawzen und kennzeichnen jene jenseits der gegenwärtigen oder ehemaligen Grenzen, höchstens im Unterschied zu ihnen, als die „Preußischen Morawzen". Die zur Oppa hingeordneten Landschaften fördern diese friedliche Wechselwirkung. Dennoch dürfen diese Zeichen eines lebendigen mähro-schlesischen Stammesgefühls nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Tschechisierung vor dem Kriege — und vor allem in den Zeiten der sprachenpolitischen Machtkämpfe — unverkennbar große Erfolge hatte. Ganz anders auf preußischer Seite. Hier blieb das Gefühl für die natürliche deutsche Raumverflochtenheit und Kulturgemeinschaft ungestört. Nur der Kulturkampf, der das gesamte Oberschlesien ohnedies tief aufwühlte, warf seine Schatten auch vorübergehend über dieses glaubensstarke Völkchen, das wie alle Oberschlesier, damals begann heimische Sitte und heimische Sprache stärker als bisher zu betonen. Allen Einwirkungsversuchen der tschechischen Propaganda stand man aber beziehungslos gegenüber, ja, man kann sagen, daß gerade die aus dem Mährisch-Ostrauer Industriegebiet ins Hultschiner Ländchen hinüberwirkende Nationalitätenpropaganda, eben weil auch sie stark kulturkämpferisch gefärbt war, gerade dadurch den stärksten Wall gegen sich selber aufgerichtet hatte. Heute, nach der gewaltsamen Loslösung der 47 000 treudeutschen Hultschiner vom deutschen Volkskörper, gehört ihr opferreicher stiller Heldenkampf um deutsche Art schon längst auf die Ehrentafel der deutschen Volksgeschichte. Trotz der tschechischen Masseneinsiedlung und dem Bestreben, aus dem Hultschiner Ländchen ein Paradies der tschechischen

Staatsrentner zu machen, stimmten bei den letzten Wahlen vom Mai 1935 wieder 75 v. H. aller Wahlberechtigten für die deutschen Listen und vor allem für die Partei Konrad Henleins. Das ist eine vernichtende Korrektur der tschechischen Volkszählungsergebnisse, die das Land ausnahmslos als „tschechisch“ stempelte und ihm auf Grund dieses Prädikates die Grundlagen seines deutschen Schulwesens entzog. Es ist aber für die Volkstumswissenschaft auch wieder ein Beispiel mehr dafür, daß Sprachgruppe und Kulturwillen nicht notwendig gleichgerichtet sein müssen.

Auf die mährischsprachige Bevölkerung des Jakubowitzer Zipfels wirkte Hultschins Schicksal im übrigen so stark ein, daß die Bevölkerung sich seither so schnell als möglich auch von ihrer mährischen Haussprache freizumachen versucht. Die Volkszählung für 1925 weist nur noch 16 203 mährisch-deutsche Zweisprachige aus. Auch sie stellen wohl nur noch die ältere Generation. Von einem „mährischen Sprachgebiet“ im Reich wird man daher kaum noch sprechen können.

Die beiden slawischen Haussprachen des oberschlesischen Mährisch und des oberschlesischen Polnisch sind unklar gegeneinander geschieden. Der Übergang vollzog sich auf einer Linie, die am klarsten vielleicht noch an der heutigen Reichsgrenze gegen Hultschin zu erkennen ist. Hier stoßen nämlich gleichzeitig die Grenzen der Olmützer und der Breslauer Kirchenprovinz zusammen und bewirken infolge ihres vielhundertjährigen Bestandes und bei der bis 1742 bestehenden Gleichordnung mit der oppaländischen Territorialgrenze eine schärfere Stufung. Obwohl allerdings auch das Teschener Schlesien bis vor wenigen Jahren noch zur Breslauer Kirchenprovinz gehörte, ist die Dialektgrenze hier wesentlich verschwommener. Die Sprachforschung der Vorkriegszeit schwankte, ob sie den westlichen Grenzfluß des Herzogtums, die Ostrawitza, oder nur ihre östlichen Uferhöhen als Sprachgrenze ansehen sollte. Andere Vertreter wieder wollten das ganze morawzische Einschlußgebiet als polnische Dialektzone aufgefaßt wissen. Demgegenüber zieht die Bevölkerung selbst eine Art von „Bekenntnisgrenze“, die im Süden ziemlich genau der Ostgrenze des Politischen Bezirks Friedek folgt und dann in immer unklarer Verzahnung auch noch weiter gegen Norden an ihr entlang zu verfolgen ist. Mit ihrem Eintritt in das Industriegebiet weicht sie heute merklich nach Osten zurück und berührt an der Nordgrenze des Teschener Schlesiens erst wieder bei Oderberg ihr altes Herrschaftsgebiet. Industrie- und Masseneinsiedlung von Tschechen haben sie hier seit der Jahrhundertwende in wachsendem Maße zersetzt. In jüngster Zeit wurde sie stellenweise bereits bis fast an die polnische

Staatsgrenze zurückgedrängt. Immerhin kann man folgendes sagen: Von den beiden Talgebieten der beiden östlichen Odernebenflüsse Ostrawitza und Olsa bekennt sich die Bevölkerung des Ostrawitzatales heute als tschechisch und die des Olsatales noch immer zum überwiegenden Teil als polnisch. Ausnahmen machen die deutschen städtischen Minderheiten, über die noch an anderer Stelle einiges gesagt sei.

„Czesi", die bekannte Kampfbroschüre Thomas Janowskis (hinter diesem Pseudonym entdeckte man einen Beamten des polnischen Generalkonsulates von Mährisch-Ostrau!) bringt (S. 110/111) eine aufschlußreiche Skizze aus der Feder des Warschauer Universitätsprofessors Stanislaus Arnold. Sie ist auf Grund der amtlichen tschechischen Zählergebnisse von 1931 angefertigt worden und gibt, wenn der Autor damit auch eine andere Beweisführung anstrebt und die Zahlen noch ohnedies anzuzweifeln sind, ein selbst den Kenner überraschendes Bild von der Tschechisierung der Grenzgebiete. Vergleicht man es mit dem in meinem Buche für 1910 gegebenen, so macht man die überraschende Feststellung, daß die Gemeinden des oberen Olsatales und bis auf den Jablunka-Paß hinauf, die 1910 noch als rein polnischsprachig ausgewiesen wurden, heute nur noch einen Hundertsatz zwischen 40 und 80 v. H. erreichen. Zersetzt sind einmal die wichtigsten Plätze an der Kaschau-Oderberger Bahn, der wichtigsten Verbindungsstrecke in die Slowakei, dann das Kernstück des Teschener Grenzstreifens auf der Linie Friedek—Tschechisch-Teschen, wo der polnische Anteil sogar auf 35—65 v. H. zurückgedrängt wurde, und natürlich der Bereich der Ostrau-Karwiner Schwerindustrie, aus dem das Polnische überhaupt abgedrängt wurde. Nur in der Umgebung von Karwin, in der es vor dem Kriege noch das absolut beherrschende Element darstellte und wo man heute noch mit Recht das eigentliche Herz der Dreivölkerecke zu suchen hat, behauptet es einen Anteil, der in den einzelnen Orten zwischen 10 und 50 v. H. auffallend schwankt. Karwin hatte vor dem Kriege 75 v. H. „Polen" (d. h. polnisch Sprechende!), heute 47; in Lazy fiel der Anteil von 70 auf 23, in Poremba und Reichwald von 50 gar auf 7,8. Die beiden Dörfer Deutsch- und Polnisch-Leuthen (die Namen deuten auf den verlorenen Siedlungsboden) waren vor dem Kriege rein „polnisch". Heute sind sie nur noch zu rund 18 v. H. als polnisch ausgewiesen.

Die polnische Stellung erfährt hier eine weitere Schwächung durch die Tatsache, daß eben ein großer Teil der angeblichen „Polen" keineswegs polnisch-national, sondern ähnlich den Hultschinern und den meisten polnischsprachigen Reichsoberschlesiern heimatrechtlich und eindeutig kultur-

deutsch eingestellt ist. Es sind die sogenannten „Schlonsaken", entschlossene Verfechter des schlesischen Heimatgedankens, die überall da, wo es die Umstände zulassen, für die Wahrung des deutschen Kulturerbes und die Erhaltung des deutschen Kulturbewußtseins, für die Geltung der deutschen Sprache und die Erhaltung des deutschen Schulwesens eintreten. Ihr Hauptwirkungsbereich liegt heute leider nur noch im Bannkreis der Stadt Tschechisch-Teschen, in der sie trotz aller tschechischer Gegenarbeit bisher den Bürgermeister stellten und gemeinsam mit der deutschen Minderheit die Mehrheit im Stadtparlament und damit den deutschen Charakter der Stadt und ihres Bildungsapparates erhalten.

Um das polnische Element der Dreivölkerecke steht es also nicht gut, und die Erregung der polnischen Öffentlichkeit erscheint gerechtfertigt. Hinter ihr werden aber, wie wir noch sehen werden, auch andere und letztlich machtpolitische Überlegungen offenbar, über die erst am Schlusse dieser Ausführungen ein Wort gesagt sei.

Polen, Schlonsaken und Hultschiner sind aber wenigstens zu beträchtlichen Teilen durch die Gunst ihres gesellschaftlichen Aufbaues geschützt. Die außerhalb des Industriegebietes wohnenden Polen und Schlonsaken besitzen eine gesunde bäuerliche Grundlage und werden in den protestantischen „Einödgemeinden" südlich von Teschen auch durch die presbyteriale Kirchenverfassung vor einem allzu raschen Einbruch der Tschechisierung geschützt bleiben. Diese Kirchenverfassung gibt über den Weg der Kanzelsprache auch der Haussprache eine gewisse Sicherung. Auch im Nordwesten des Hultschiner Gebietes findet sich fruchtbares und gesundes Bauernland. Die Schottergebiete des Südostens haben freilich stark industriellen Einschlag und im äußersten Zipfel auch Verbindung mit dem Kohlenrevier. Immerhin überwiegt hier, wie im geschlossenen deutschen Sprachgebiet des anschließenden Schlesiens und Nordmährens überhaupt, die Textilindustrie, die ihre Arbeitskräfte erfahrungsgemäß fester an Scholle und Arbeitsplatz bindet und Wanderungsbewegungen entgegengewirkt. Auch die an den großen Gutswirtschaften orientierte Agrarindustrie (Zucker) arbeitet vorwiegend mit bodenständigen Kräften.

Aber selbst das Gebiet des „tschechischen Pittsburg", das Revier der tschechischen Schwerindustrie im Raum von Oderberg, Marienberg, Witkowitz und Karwin ist zu einem beträchtlichen Teil noch auf bodenständige Arbeitskräfte gestellt, auf die polnischsprachige Grundbevölkerung, die im Bannkreis der großen Industrien in Klein- und Zwergwirtschaften Zusatzbeschäftigung betreibt. Diese Elemente sind selbst durch tschechische nationalpolitische Methoden nur schwer zu verdrängen und auch der eigentliche

Herd eines erbitterten Widerstandes. Hier hat man sich in einem regen Vereins- und Schulwesen organisiert, besitzt ein polnisches Gymnasium in Orlau (1935 verstaatlicht), und hier ist auch ein Ansatzpunkt einer über die Grenzen wirkenden polnischen Politik.

Doch zuvor noch ein Wort über das Deutschtum des Dreivölkerraumes. Ihm fehlt außerhalb seines geschlossenen Volksbodens jene bäuerliche Schicht, die Hultschinern, Schlonsaken und Polen ihren festen Rückhalt gibt. Hier wurzelt aber seit dem späten Mittelalter ein tief bodenständiges deutsches Element der Städte, das sich allen Verdrängungsversuchen gegenüber bisher als widerstandsfähig erwies. Troppau ist noch heute eine deutsche Stadt (1921 25 000 Deutsche und 8500 Mährer). Auch Mährisch-Ostrau, einst eine bescheidene Landstadt mit bekannten Viehmärkten und dann durch die stürmische Industrialisierung seiner Umwelt zum großen modernen Verwaltungszentrum des Industriegebietes emporgerissen, war vor dem Kriege zur Hälfte deutsch. Witkowitz in seiner unmittelbaren Nachbarschaft, schon vor dem Kriege der Platz des größten österreichischen Hüttenwerkes, hatte damals eine zu zwei Drittel deutsche Bevölkerung. Oderberg, Friedek und Teschen waren zu 60 v. H., Freistadt zu einem Drittel und fast alle übrigen größeren Orte des Gebietes mindestens zu 10—20 v. H. von deutschen Minderheiten durchsetzt. Die Deutschen waren einfach die selbstverständlich kulturtragende Oberschicht und die größten Steuerzahler des Gebietes. Die veränderten staatsrechtlichen Verhältnisse haben natürlich auch hier tiefgreifende Umgestaltungen gebracht. Tausende von Deutschen drängte man nach dem Reich oder nach Österreich ab. Tausende wurden rigoros aus ihren beruflichen Stellungen hinausgedrückt. Durch organisierte Masseneinwanderung unterdrückte man deutsche Städtemehrheiten, zielte man gegen die Sprachenrechte, die nur bei mindestens 20 v. H. an einheitlichen Minderheiten auf bestimmter Bezirksgrundlage in Kraft treten oder drückte, wo alles nicht half, wie in Mährisch-Ostrau, durch großzügige Eingemeindungen tschechischer Randsiedlungen den deutschen Anteil so herunter, daß das Deutschtum seiner Sprachenrechte schließlich verlustig gehen mußte. Das Deutschtum hält aber nichtsdestoweniger fest zusammen und vermochte so bis heute den deutschen Charakter Odergs, Oderfurts, Teschens, Troppaus zu wahren, in anderen, wie Friedek, Mistek, Freistadt, ja trotz der verlorenen offiziellen Sprachenrechte auch im heutigen Groß-Ostrau mit seinen 150 000 Einwohnern, das Schwergewicht seiner angestammten Position zur Geltung zu bringen. Die letzten Kammer- und Bezirkswahlen vom Mai 1935 haben sogar

das viele überraschende Ergebnis gebracht, daß es tatsächlich in den ehemals schlesischen Gebieten auch heute noch kaum ein Dorf gibt, in dem das Deutschtum keinen Rückhalt hat.

Da der gegenwärtige Wahlkreis Mährisch-Ostrau das Gebiet der Dreivölkerecke ziemlich genau abgrenzt, gibt sein letztes Wahlergebnis vielleicht das beste Bild der in ihm heute wirksamen politischen Kräfte. Von den 580 929 abgegebenen gültigen Stimmen dieses Raumes entfielen auf

Tschechische Parteien	319 748	Stimmen
Deutsche Parteien	165 473	"
Polen und slowakische Autonomisten .	28 580	"
Kommunisten	67 128	"

Diese Zahlen beweisen, daß das Deutschtum des Mährisch-Ostrauer Dreivölkergebietes noch immer eine beachtliche Stärke hat. Es erfährt natürlich durch Hultschiner und Schlonsaken eine wirksame Unterstützung. Sie lassen auch die tatsächliche politische Schwäche des nationalen Grenzpolentums deutlich werden, dessen Stimmen teilweise allerdings auch den völkisch indifferenten Kommunisten zugeflossen sind. Das von mancher Seite erwartete Einströmen von Slowaken in die entpolonisierten Industriegebiete findet in dem Wahlergebnis noch keine Stütze.

Eine scharf geprägte Besonderheit der Mährisch-Ostrauer Dreivölkerecke ist der Unterschied zwischen altbodenständigen und zugewanderten Schichten. Zwischen ihnen steht heute die in gewissem Sinne bereits seßhaft gewordene polnische Vorkriegseinwanderung. Da der Zuzug polnischen Elements seit Kriegsende unterbunden ist, wird sie in einen schärferen Kampf um die Behauptung ihrer Positionen gedrängt. Heute wie vor dem Kriege sind sie mit den zugewanderten und immer weiter nachdrängenden Tschechen das Hauptelement des Nationalitätenkampfes. Beiden fehlt die traditionelle Bindung an das altschlesisch-deutsche Kulturideal. Beide Gruppen machten vor dem Kriege gemeinsam gegen das Deutschtum Front und kamen — entsprechend der in den Nationalitäten sich ganz natürlich auswirkenden kulturellen und sozialen Stufenordnung — auch folgerichtig untereinander frühzeitig in Streit. Sie brachten (und bringen heute wenigstens tschechischerseits) noch immer landfremde Kulturansprüche auf Schulen, Vereine oder ähnliches mit sich. In den gegenseitigen Kampf um die Verteidigung oder Eroberung völkischer Positionen wirkt das industrievolkliche Umbruchsschicksal mit aller Kraft hinein. So waren die inneren Gegensätze hier schon vor dem Kriege äußerst zugespitzt; 1910 bis 1914 verging im Teschener Gebiet kaum ein Sonntag ohne Prügeleien. Die Schatten der Teschener Ereignisse standen über dem großen Prager

Sokolfest von 1912 (an dem die Polen wegen der Teschener Vorgänge bekanntlich nicht teilnahmen), wie auch über den Krawallen, die in dem heute Polen angegliederten Bielitz den ersten Mobilmachungstag einleiteten.

Gegensätze innerhalb der bodenständigen Schichten waren dagegen vor dem Kriege zwar auch vorhanden, aber doch viel weniger tief. Man forderte stärkere Berücksichtigung der Muttersprache in Schule und Öffentlichkeit und meldete kulturpolitische Forderungen an. Diese waren jedoch tiefer begründet und hielten Mährer-, Ostschlesier- oder Polentum, mochte es in sich auch wieder katholisch oder protestantisch ausgerichtet sein, in der gesunden Abwehr des Wienerischen oder Prager Liberalismus immer wieder mit feinen Fäden zusammen. Bis zum Kriegsende fühlte man sich bewußt als „Schlesier“, wenn man auch dem Wort je nach der Grundstimmung eine mehr deutsche, mährische oder polnische Deutung gab. Gelegentliche Ausnahmen, wie sie in dem kleinen Flügel polnisch-nationaler Protestanten zu sehen sind, der sich vor dem Kriege in den Gemeinden des oberen Olsatales sammelte oder in jenen Leuten, die mit einem Anschluß des Teschener Schlesiens an Galizien sympathisierten, besagen nichts gegen die Regel. Das bodenständige städtische Deutschtum gehörte überwiegend zur wirtschaftlich führenden Schicht des Gesamtgebiets und entwickelte dementsprechend, und hier ganz ähnlich den Verhältnissen in Nordböhmen, nationalliberale Traditionen, die noch heute lebendig sind.

Überhaupt hat die geistige Struktur der Städte und vor allem der Städte des Industriegebietes viel mit denen Nordböhmens gemeinsam. Auch hier ist man beschaulicher Geistigkeit abhold. Auch hier ist man weltanschaulich aufgewühlt und nur zu leicht bereit, seine oppositionelle Grundhaltung auf die Bereiche des Religiösen auszudehnen. Sie wurden auch dementsprechend politisiert. Die Kirche wird von drei Lagern beansprucht. Der tschechische humanitäre Liberalismus Prager Schule gefiel sich in einseitiger Zersetzung, der auf ihn gründende tschechische Nationalismus nicht minder. Auf der anderen Seite wurde der Schutz der Kirche damit ganz natürlich zur „Sache aller guten Polen“. So bildete sich auch hier eine „weltanschauliche Bruchzone“ heraus, die bei Tschechen wie Deutschen nationalkirchlichen und „Los-von-Rom“-Stimmungen, zumindest aber einer breiten Indifferenz die Wege ebnete. Die Auseinandersetzung mit der rasch erstarkenden jüdischen Gesellschaft, die bereits vor dem Kriege vom deutschen langsam ins tschechische Lager überzusiedeln begonnen hatte, förderte auf deutscher Seite namentlich in den Wirtschaftskreisen diese Entwicklung.

Das Nationalitätenproblem ist aber heute nur ein Teil des Fragenkreises um den Mährisch-Ostrau-Teschener Raum. Es gibt noch heute den Cantus firmus des Konzertes an. Hinter ihm wollen aber auch die anderen Instrumente nicht überhört werden, die seit 1918 sehr maßgebliche Partien zu übernehmen beginnen. Die Zertrümmerung der Doppelmonarchie und die Aufrichtung des tschechoslowakischen und des polnischen Nachfolgestaates schufen politische Verhältnisse, die den Dingen in der Mährischen Pforte eine ungleich schärfere Wendung gaben. Jetzt rücken mit einem Male geopolitische Gesetzmäßigkeiten wieder ins Rampenlicht, die vorher höchstens (etwa in den ungarischen Bestrebungen, den österreichischen Korridor nach Galizin in die Hand zu bekommen) hier und da aufglimmten.

Heute ist die Lage so: Innerhalb der Dreivölkerecke stoßen die Hauptnervenstränge dreier kräftiger und entfaltungsbedürftiger Staaten zusammen. Die Verkehrsadern Polens, der Tschechoslowakei und die des deutschen Ostens stoßen in Oderberg, auf heute tschechischem Gebiet aufeinander. Oderberg ist das Verteilungszentrum von nicht weniger als sieben großen internationalen Schnellzugstrecken. Es bündelt im Vorraum zur Pforte gleichsam das ganze Verkehrsnetz Ostmitteleuropas in einem wichtigen Punkt. Oderberg ist der größte Bahnhof der Tschechoslowakei, bildet sein größtes Umschlagszentrum. Auf Oderberg drückt aber auch das ganze Ausfuhrbedürfnis des neuen Polens. Mehr als 45 v. H. aller polnischen Ausfuhr über Land gehen nach einer Äußerung Eugenius Romers über die beiden polnischen Zollstationen, die ihm vorgelagert sind. Polen ist schon heute der wichtigste Anteilseigner an der ostmitteleuropäischen Kohle. Bereits heute sind Österreich und Ungarn fast ganz von ihm abhängig. Gelänge es ihm, die lästige tschechische Konkurrenz zu beseitigen und dessen Quote an sich zu bringen, so müßte seine rohstoffpolitische Machtstellung auch gegenüber der Tschechoslowakei und den Ländern der kleinen Entente, ja selbst gegenüber dem kohlebedürftigen Italien beträchtlich anwachsen. Polens Wirtschaft, auf den Export von Massengütern angewiesen, sucht den Weg zu billigen Wasserstraßen. Auf tschechischer Seite, bei Mährisch-Ostrau und Oderberg, liegt der Schnittpunkt des größten und hinsichtlich seines Ausbaues so gut wie spruchreifen Binnenwasserstraßenkreuzes Europas. Durch die Mährische Pforte und über Mährisch-Ostrau müßte der Oder-Donau-Kanal geführt werden. Nur hier ist aber auch seine Verbindung mit dem Weichsel-Dnjester-System möglich. Unwillkürlich erinnert man sich der entsprechenden Projekte, die das Reich und Österreich-Ungarn bereits vor

und während dem Kriege vorbereiteten. Inzwischen baut Polen den Myslowitzer Kohlenkanal zur Weichsel, reguliert ihr oberes Stromgebiet und projektiert mit Rumänien die kostspielige Notlösung einer einseitigen Wasserstraße zum Schwarzen Meer.

Der Teschener Raum ist für Polen also in jeder Hinsicht begehrenswert. Das weiß Prag; nicht weniger als 75 v. H. seiner gesamten Kohlen- und Hüttenbasis und die vorläufig noch einzige leistungsfähige Verbindungsbahn in die Slowakei ist sein Einsatz in diesem Spiele. Die wichtigsten Grundlagen der tschechoslowakischen Kriegswirtschaft sind auf kaum 20 km Tiefe in eine strategisch unhaltbare „Achillesferse" hineinverlagert. An dieser Tatsache vermag alle nationalpolitische Regie, vermögen die großzügigsten und eiligsten Tschechisierungsversuche nichts zu ändern.

Wir wissen heute aus Äußerungen Lloyd Georges, daß das Hultschiner Ländchen den Tschechen nur darum zugestanden wurde, um der bedrohten tschechischen Schwerindustrie eine bescheidene Deckung und dem gefährdeten, weil gekünstelten Staate eine brauchbare Aufmarschbasis gegen Oberschlesien zu geben. Die Teilung Ostoberschlesiens entzog nachträglich diesen Erwägungen ihre Grundlage, der schmale westoberschlesische Zipfel, der dem Reich belassen wurde, dürfte einen „Aufmarsch" schwerlich lohnen. Aber Hultschins Bevölkerung muß weiter ihr Kreuz schleppen, und auch das Land an der Olsa muß alle Maßnahmen einer gewaltsamen Tschechisierung immer von neuem verbissen abwehren. Aber in Prag weiß man, daß die Gunst der Lage von 1918 endgültig vorbei ist. Man fühlt sich nicht mehr sicher auf seinem billig erworbenen Besitz und strebt, Deutschen und Polen so schnell als möglich die Grundlagen jeder ethnischen Rechtfertigung territorialer Ansprüche zu entziehen. Deshalb werden die Höhen von Hultschin befestigt. Deshalb baut man einen Brückenkopf um Oderberg. Deshalb schiebt man seine polnischen Arbeiter so schnell als möglich über die Grenze, rückt man die militärischen Standorte immer weiter gegen die blutende Olsagrenze vor. Man baut strategische Straßen. Die Spannungen erhöhen sich dabei und werden sich noch weiter erhöhen. Tschechen und Polen weihen Kampfdenkmäler und halten kraftvolle Reden, schleudern Broschüren unter das Volk, verlegen militärische Schauspiele an die Grenzen und blasen auch zwischendurch wieder einmal Friedensschalmeien. Der unterirdische Kampf aber geht weiter.

Schrifttum: Kurt Witt, Die Teschener Frage. Berlin 1936 (Volk und Reich). 291 S., 22 Karten, Bibliographie bis 1935. Seither erschienen: Tomasz Janowicz, Czesi /Studjum historyczno-polityczne (Krakau 1936), 158 S. Wacław Łypacewicz, Stosunki Polsko-Czeskie (Warschau 1936), 54 S. Victor-L. Tapié, Le Pays de Teschen et les rapports entre la Pologne et la Tchecoslovaquie (Paris 1936, Paul Hartmann), 82 S.

Gustav Adolf von Metnitz

Die Dreivölkerecke am Kanaltal

Die germanische Sprachgruppe (vertreten durch die Deutschen), die romanische (vertreten durch Italiener und Furlaner, d. h. die furlanisch Sprechenden des friaulischen Gebietes) und die slawische (vertreten durch die Slowenen bzw. Windische) berühren einander im Gebiete zwischen Kanaltal und Isonzo, wo der östliche Teil der oberitalienischen Ebene von den Alpen und ihren Ausläufern in einem annähernd rechtwinkligen Bogen umwallt wird. Dort liegt auch eine der wichtigsten Dreivölkerecken Europas. Die romanisch Sprechenden sitzen (allgemein gesprochen) in der fruchtbaren Ebene mit mildem, mittelmeerischem Klima, Deutsche und Slawen aber in den rauheren mitteleuropäischeren Gebirgsländern. Die Einflußgebiete zweier Meere treffen sich an der flachen Wasserscheide von Saifnitz im Kanaltal. Nach Süden fließt die Fella durch die Enge von Pontafel-Pontebba und mündet in den durch die Weltkriegschlachten berühmten Tagliamento, der wie der Isonzo der Adria zustrebt. Nach Norden fließt die Gailitz aber durch die engen Schluchten von Törl-Maglern zur Gail und Drau im Kärntner Becken; somit entwässert sie zum Schwarzen Meere. Diesen Flußläufen entspricht der schräge Durchgang der berühmten Kanaltalstraße, die Venezien über das Klagenfurter Becken mit Wien verbindet. Er ist von mächtigen Gebirgszügen umrahmt. Gegen Nordwesten zieht die Gebirgsmauer der Karnischen Alpen, eine Völkerscheide ersten Ranges, welche deutsches und romanisches Volkstum (nur drei deutsche Wachstumsspitzen — Tischlwang, Bladen und Zahre — liegen an der Südabdachung dieses Gebirges) seit alters trennt. Ihre Bedeutung geht daraus hervor, daß die Kärntner Landesgrenze vom Kanaltal bis Osttirol auch nach dem Weltkrieg nicht verändert wurde. Sie ist einer der wenigen Ruhepunkte im mitteleuropäischen Kartenbilde.

Anders im Südosten. Das mächtige Massiv der Julischen Alpen, die teilweise bereits zum Vorkriegsitalien gehörten, war innerhalb der alten Monarchie die natürliche Trennungslinie zwischen deutscher und slawisch-friaulischer Geltung. Ihre steil nach Süden abfallenden Felsmauern sind eine gewaltige natürliche Scheidewand. Der einzige wichtige Durchgang vom kanaltalischen Raibl zum Isonzotal überschreitet den 1162 m hohen Predilpaß, der den Weg nach Triest beherrscht. Das obere Isonzotal ist slawisch; im mittleren sitzen Slawen mit Furlanern und Italienern vermischt. Dort gab es zumindest vor dem Kriege auch noch einen kulturell

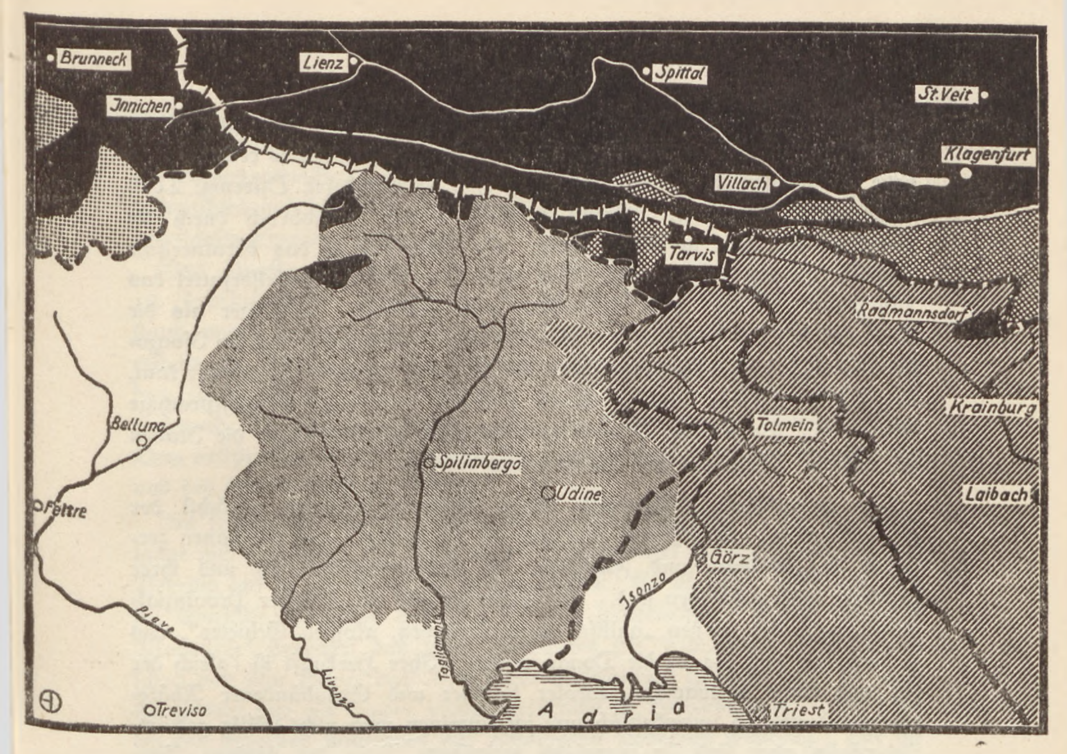


Die Landschaft

├─┤├─┤├─┤ Heutige Staatsgrenzen ▬ ▬ ▬ Vorkriegsgrenzen

oder wirtschaftlich wichtigen, wenn auch zahlenmäßig geringen deutschen Bevölkerungsanteil. Trotzdem finden sich im Friaulischen (österreichisch bis 1866 bzw. 1918) noch Spuren einer früheren deutschen Herrschaft. Fast alle friaulischen Städte hatten einst ja auch deutsche Namen, wie Udine (Weiden). Doch ist hier das italienisch-venezianische Element fast ganz im Vordergrund. „In Görz-Gradiska leben zwei getrennte Äste der lateinischen Rasse, und im sogenannten Territorium sind den Venezianern eng verwandte Italiener seßhaft. Im übrigen südlichen Teil, mit Ausnahme einer Fläche bei Görz, die Furlaner, im Berg- und Hügelland und in den Tälern des Isonzo und der Wippach haben sich Slowenen niedergelassen und waren Deutsche über das ganze Gebiet zerstreut, wohnten jedoch in dichterer Menge nur in der Hauptstadt Görz."[1]

Vor dem Weltkriege war dieses Gebiet nur auf zwei Staaten aufgeteilt: Österreich und Italien; der Verlauf der Grenzen ist bekannt. Der österreichische Anteil an der venezianischen Ebene (und am furlanischen Sprachgebiet) beschränkte sich im wesentlichen auf den Unterlauf des Isonzo in Aquileja und Gradiska. Görz selbst liegt am Austritt des Flusses aus



Der Volksboden

Schwarz = Deutsche, grobes Strichraster = Slowenen, feines Strichraster = Furlaner, Kreuzraster = Windische, Punktraster = Ladiner, weiß = Italiener.

Heutige Staatsgrenzen — Vorkriegsgrenzen

dem Gebirge in einer Bucht. Innerhalb Österreichs bedeutete der Raum Kärnten deutsche Verwaltung, das angrenzende Krain war slowenisch betont, während in Görz und Gradiska mit ihrer italienisch-friaulisch-slowenischen Bevölkerung die Amts- und Gerichtssprache in älterer Zeit abwechselnd deutsch und italienisch gewesen war. Nach 1867 war sie zunächst ausschließlich italienisch, seit den 80er Jahren aber doppelsprachig italienisch-slowenisch. Das Furlanische erlangte niemals den Rang einer Amtssprache.

Am Südende des Kanaltales, wo ehemals die Grafschaft Görz mit Kärnten und Italien zusammenstieß, an der ehemaligen Dreiländerecke zwischen Raibl und Flitscher Klause, ist auch die Dreivölkerecke zu suchen. Dagegen wurde die Dreistaatenecke, die seit der Gründung Südslawiens nach dem Weltkrieg entstand, auf den Petsch (1511 m) gelegt, die Staatsgrenze also zugunsten Italiens (trotz der von italienischen Gelehrten hochgepriesenen Wasserscheidentheorie) auf Kosten Deutschösterreichs und der

Slowenen nach Norden und Osten verschoben. Italien begnügte sich im Kanaltal nicht mit der Wasserscheide bei Saifnitz, sondern es erlangte eine neue Grenzführung auf der Linie Roßkofel, Gartnerkofel, Osternig, Törl, Weißenfels, Mangart. Damit brachte es den Durchbruch durch die Bergkette bei Törl in seinen Besitz. Es beherrscht so das kärntnerische Gailtal (Straße ins Drautal) und dazu über den Weißenfelsersattel das Wurzental (Straße nach Krainburg und Laibach). Wichtiger als die Tatsache, daß im Kanaltal deutsch-windisches Sprachgebiet und im Isonzotal italienisch-furlanisch-slowenisches Gebiet unter Italiens Herrschaft kam, dazwischen noch das kleine zu Krain gehörige, vorwiegend deutschsprachige Gebiet von Weißenfels, ist noch die strategisch günstige Lage, die Italien auf Kosten Österreichs und Südslawiens erwarb.

Die sprachlichen Bestandteile dieses Gebietes bedürfen zunächst der Kennzeichnung. Einschichtig sind nur die Deutschen. Die Romanen zerfallen in Italiener und Furlaner, die stammesgeschichtlich und ihrer Sprache nach geschieden sind. Die Furlaner sind ein Teil der Provinzialbevölkerung des großen „gallisch-oberitalienischen, alpinen Gebietes", das in römischer Zeit bis an die Donau reichte. Ihre Herkunft ist (gleich der der mit ihnen verwandten Tiroler Ladiner und Graubündener Rhäteromanen) ethnisch uneinheitlich und im einzelnen noch nicht völlig geklärt. Jedenfalls aber sind sie sprachlich latinisierte Reste der alpinen Vorbevölkerung. Beim Einbruch der Alemannen wurden die Rhäter im Westen in die höchsten Alpen zurückgedrängt; die Ladiner wurden von den Bayern auf die Südtiroler Berge beschränkt. Die Furlaner aber, Nachkommen der romanisierten Vorbevölkerung der Norischen Alpengebiete im Osten, wurden spätestens beim slawischen Einbruch gänzlich aus dem Alpenraum in die von Awaren verwüsteten ostoberitalienischen Ebenen gedrängt. Sie sind also den sonstigen Bewohnern der oberitalienischen Ebene nur räumlich benachbart, aber nicht stammes- und traditionsgleich. (Wie wir später sehen werden, fanden die Deutschen, als sie nach Kärnten kamen, nur noch im Kanaltal schwache — vielleicht sogar wieder zurückgewanderte — furlanische Splitter vor.) Was von der Bevölkerung des einstigen Rhätien und Noricum übrig blieb, „war ein kleiner, oft unterbrochener Streifen Landes vom Gotthard bis Triest, bestehend in der Schweiz und in Tirol aus einigen Hochtälern, im Osten aus einem Stück der venezianischen Tiefebene, ohne inneren Zusammenhang. Ein gemeinsames Sprachbewußtsein konnte hier natürlich nicht erwachsen." Nach Gamillscheg[2] erinnert ihre Sprache an „die mehr literarische Sprachform, die sich hauptsächlich in Südfrankreich ausbildete". Aus dem Angeführten

wird es klar, warum die drei alpenromanischen Gruppen als Relikte lateinischsprachiger Übergangsperioden, Völkersplitter ohne volkliche Weite, die Sprachentwicklung der bodenständigen Bevölkerung Oberitaliens nicht mitmachten und bis heute ihre freilich nicht über das Mundartliche hinaus entwickelte Sprache bewahrten.

Das jüngste Volkstum ist das italienische. Obwohl es etwa im 12. Jahrhundert — in einer Zeit starker staatlicher Zersplitterung — entstand, vermochte es einen hohen kulturellen Aufschwung zu nehmen, jedoch erst im 19. Jahrhundert eine staatliche Einigung zu finden. Daß trotzdem das (sozial überlagernde) Italienische dem Furlanischen raummindernd und zersetzend Abbruch tun konnte, zeigt die Schwäche des Furlanertums. Dem entsprechen ja auch Verluste des Rhätoromanentums in Graubünden und des Ladinertums in Südtirol.

Im friaulischen Gebiet spielten venezianische Einflüsse in der Geschichte lange und nachhaltig mit. Bis ins 16. Jahrhundert stritten Habsburg und Venedig um die Vormacht in diesem Raum. Es ist daher erklärlich, daß die Einflüsse Venedigs deutliche Spuren hinterließen. Alfred Manussi Montesole[3] bemerkt, daß allen Gebildeten der friaulischen Bevölkerung schon vor dem Kriege das Italienische vollkommen geläufig war, so „daß ihr Idiom nur als engere Umgangssprache in Betracht kam". Es fand bei den untersten staatlichen und autonomen Behörden Eingang. Für die Furlaner tritt erschwerend hinzu, daß ein Teil Friauls im Gebiete des Tagliamentos schon vor dem Jahre 1919 zum Königreich Italien gehörte, das eine andere Entwicklung als das österreichische Friaul mitmachte. Dies stand jedenfalls stärker unter deutschem Einfluß, wenn auch gerade hier, dank der österreichischen Verwaltung, eine starke italienische Irredenta fast ungehindert wirken konnte. Das Weltkriegserlebnis war jedenfalls im Friaulischen geteilt.

Rigorose Maßnahmen der Italiener in der Nachkriegszeit konnten das nicht ungeschehen machen. Jedenfalls besteht gegen den Faschismus im ehemals österreichischen Friaul auch heute, fast zwei Jahrzehnte seit Kriegsende, eine starke Abwehr, die nicht nur parteipolitisch gedeutet werden kann. In den Städten ist wohl in der Oberschicht heute zumindest der italienische Einfluß sehr groß, wenn nicht maßgebend. In der Landbevölkerung spielen noch Weltkriegserinnerung und die Erinnerung an die besseren wirtschaftlichen Verhältnisse besonders unter den älteren Leuten eine Rolle. Doch auch hier schreitet die Italienisierung rastlos vor, da der Faschismus den organischen Volkstumsbegriff und somit Achtung vor fremden Volkstümern nicht kennt.

Im Gebiete des Isonzo steht neben dem furlanischen das slowenische Element, zum Teil in Symbiose mit den Furlanern. Beide betrachten den Reichsitaliener, der meist eine sozial höhere Stellung einnimmt, als Fremdling. Eine Untersuchung über die Furlaner wäre jedenfalls erwünscht, da über die neuere Zeit wenige Beobachtungen vorliegen. Schon die österreichischen Behörden zählten die Furlaner (wie die unbedingt deutschgesinnten Ladiner) den Italienern zu.

Im 6. Jahrhundert kam, getrieben von den Awaren, der Slawe in die Lande zwischen Adria und den Tauern. Bis zum unteren Isonzo im Süden und bis Osttirol (Lienz) im Westen entlang den Flüssen drangen slawische Scharen vor. Sie vernichteten oder verdrängten die Vorbevölkerung aus Kärnten, auch prägten sie den Flüssen, Bergen und Tälern ihre eigenen Namen auf. Doch schon ein Jahrhundert später kehrten mit der bayrisch-fränkischen Oberherrschaft auch deutsche Siedler in diese Gebiete zurück. Ihre entscheidende Großtat war die Rodung der neuerworbenen Gebiete, die dadurch erschlossen und dabei von selbst eingedeutscht wurden. Nicht so im friaulischen Gebiet, wo Romanen, Slawen und Deutsche viel länger gemischt nebeneinander lebten. Dies Gebiet erlebte eine wechselvollere Geschichte als Kärnten. Es hatte mehrmals Herren verschiedener Zunge, bald — und dies sehr lange — stand es unter venetianischen, bald unter habsburgischen; in der Zeit des illyrischen Königreiches kam es auch unter den Einfluß eines erwachenden slowenischen Nationalgefühls. So gewannen die Slowenen hier (im Gegensatz zu Kärnten) ein ausgesprochenes Volksgepräge, nicht zuletzt gefördert durch die slawische Geistlichkeit. Das Ergebnis war das um Laibach gesammelte slowenische Volk mit eigener Hochsprache und neuerlich mit eigener, aber nicht voller Staatlichkeit.

Die Geschichte des Kanaltales war wieder anders. 1014 belehnte Kaiser Heinrich II., dem damaligen Brauch gemäß, einen Kirchenfürsten mit mehreren Orten dieses hochwichtigen Passes. Die Bischöfe von Bamberg behielten das Land bis 1759 in der Hand. (Seit dieser Zeit ist es aufs engste mit der neueren Geschichte Österreichs verknüpft. In den Franzosenkriegen fanden im befestigten Malborghet die Hauptleute Hermann und Hensel 1809 nach heldenhafter Verteidigung mit ihren Soldaten den Heldentod. Im Weltkrieg hatte es als Schlüssel zur Isonzofront größte Bedeutung.) Gleich dem Görzischen saßen auch hier Slawen. Langsam drang die deutsche Besiedlung vor. 1014 werden Goggau, Niuzellici und Liubrodici genannt. In der Rodungszeit werden Leopoldskirchen, Saifnitz und Greuth gegründet. Das längere Zeit von

friaulischen Kaufleuten und Händlern bewohnte Tarvis hatte bereits nach 1399 einen deutschen Pfarrer. Im 15. Jahrhundert wird das Deutschtum durch die Gründung Raibls verstärkt. Um diese Zeit war ungefähr der heutige Stand in sprachlicher Hinsicht erreicht. Das Furlanische, das sich nur in diesem äußersten Zipfel gehalten hatte, war verschwunden[4]. Deutsche (stammlich Bayern, Franken und Schwaben) und Windische lebten friedlich zusammen. Eine windische Sprachmehrheit befindet sich bis heute in Saifnitz, Uggewitz und Lepoldskirchen; dieser Zustand findet sich im ganzen Gebiet des ehemaligen Kärntens vor.

Von den vorgeschilderten Slowenen des Görz-Gradiska-Gebietes und Krains war und ist der Kärntner Windische vollkommen verschieden. Gemeinsam ist beiden nur die südslawische Herkunft. Der slawischsprechende Landesbewohner Kärntens nannte sich seit jeher Windischer, welche Bezeichnung — vinidi, das sind die Weidenden — ihm einst der deutsche Eroberer gab. Schon bald war der Slawe aus Osttirol verdrängt, und der westliche Posten blieb das Kanaltal. Vom Slawentum Krains und Friauls blieb er jedoch auch hier durch die Bergmauern der Karawanken und Julischen Alpen abgetrennt. Seit über tausend Jahren im landschaftlich einheitlichen Raume Kärntens lebend, verschmolzen Deutsch- und Windischsprachige rassisch bald zu einer Einheit; das beweist der hohe Prozentsatz der Langköpfe mit ausgeprägt deutschen Zügen unter den Kärntner Windischen gegenüber dem rundschädeligen, dunkler getönten Typ der Krainer Slowenen. Auch die Rechtsstellung der Kärntner, ob deutsch oder windisch, war weit günstiger als die der Krainer Slowenen, die erst sehr spät über die Stufe unfreier Hintersassen hinauskamen. Zur gemeinsamen Geschichte (Türkenkriege, Franzosenzeit, italienische Kriege) kommt das ständige Hin- und Herfluten innerhalb der Sprachgruppen. Sind doch einst rein deutsche Täler heute windisch und umgekehrt. Das Konnubium, der nach Norden leitende Verkehr, die Wirkung der deutschen Märkte und Städte und der Nachzug aus dem Norden — im Süden war ja die Naturgrenze der Gebirge — trugen zur Vereinheitlichung bei. So entstand in Kärnten ein einheitliches Brauchtum, wie etwa die beiden Sprachgruppen gemeinsamen Trachten, Sagen und Märchen, vor allem aber ein einheitliches Fühlen und Denken. Der Windische singt das deutsche Kärntner Lied und spricht bei feierlichen Anlässen deutsch. Ein schlüssiger Beweis für sein deutsches Fühlen war die Zusammensetzung der Freiwilligenabteilungen beim Kärntner Abwehrkampf, die zu zwei Drittel windischsprachig waren, ein weiterer die Zugehörigkeit zahlreicher Windischer zu der am 19. Juni 1933 verbotenen NSDAP Österreichs. In den

Tagen des Juliaufstandes 1934 bezahlten sie ihre großdeutsche Gesinnung zum Teil mit dem Tode. So fühlt sich denn der Windische in Kärnten wie im 1919 losgetrennten Kanaltal als Deutscher windischer Mundart. Es wäre daher, ganz abgesehen davon, daß es dort vor dem Weltkriege keine Italiener gab, irrig, im eigentlichen Kanaltal sogar von zwei Völkern, Deutschen und Slowenen, zu sprechen. Es gibt wohl zwei bodenständige Mundarten, aber nur ein Volk.

Die Beziehungen der venetianischen Ebene zum Kanaltal sind gering. Während in diesem Ländchen 1910 kein einziger bodenständiger Italiener lebte, wurden bei der Volkszählung 1921 bereits 1207 gezählt. Die Volkszählung von 1910 ermittelte 5622 Deutschsprechende, 1541 bekannten sich zum Windischen. Die letzten uns zugänglichen Ergebnisse der Volkszählung von 1921 weisen dagegen nur mehr 4175 Deutschsprachige und 1106 Windischsprachige auf. Dazu kamen jedoch noch 1726 „Ausländer", größtenteils Kriegsflüchtlinge, die zu dieser Zeit um die italienische Staatsbürgerschaft erst einkamen. Die starke italienische Zuwanderung bestand aus Eisenbahnpersonal, Beamten und Militär, die wieder italienische Kaufleute und Lehrer nach sich zogen. Veiter schätzte 1933 den italienischen Anteil ohne Militär auf 11 v. H. der Gesamtbevölkerung, dem 63 v. H. Deutschsprachige und 26 v. H. Windischsprachige gegenüberstanden. Diese Zahlen dürften sich kaum verschoben haben, da nach Fertigstellung der Militärstraßen Tarvis—Udine, Tarvis—Triest ein Großteil der Arbeiter abströmte, das Kanaltal an und für sich aber nicht imstande ist, mehr Bewohner aufzunehmen als bisher. Eine andere Gefahr bildet jedoch die Verwelschung durch die Schulen und Kindergärten. Wie in den anderen durch St. Germain erworbenen Gebieten lassen die Italiener nirgends deutschen Unterricht zu. Die Folgen konnte ich 1933 selbst feststellen. Die Schuljugend, deren äußeres Gepräge rein deutsch ist, spricht auf den Straßen italienisch; deutsch wird planmäßig zum verachteten Dialekt herabgedrückt und im öffentlichen Leben nur ungern gebraucht. Die alte Generation ist noch betont deutsch gesinnt, wenn sie sich auch dem faschistischen Druck fügen muß. Erschwert wird die Lage noch dadurch, daß die katholische Kirche seit den Lateranverträgen ihren Standpunkt, den sie deutschen Staatlichkeiten gegenüber durch Jahrhunderte aufrecht erhielt, den Religionsunterricht nur in der Muttersprache der Gläubigen zu erteilen, in Italien aufgab. Einzelversuche volksbewußter Priester werden dadurch wesenlos.

Zu diesen Umständen tritt noch die wirtschaftliche Notlage. Lange Jahre standen die Raibler Bleibergwerke still, und erst die Sanktionszeit

brachte hier wieder Leben und wohl auch fremde Arbeiter. Dazu fehlt seit der Lostrennung von Kärnten der einst zahlreiche Fremden- und Wallfahrtsverkehr (Luschariberg, Schlitzaklamm, Raiblersee, Seekopf, Manhart, Wischberg). Auch die von Deutschen bewohnte ehemals krainerische Gemeinde Weißenfels war ein reichbesuchter Fremdenverkehrsort. Heute liegen zwischen diesen herrlichen Gebieten und den früheren Sommergästen die Staatsgrenzen; Paß- und Devisenschwierigkeiten sind die Folgen. Italiener sind aber kein Fremdenersatz, da sie ungern nach dem unwirtlichen Norden ziehen, der ihnen unheimlich bleibt. Darin liegt wohl auch ein Grund, warum die italienische Zuwanderung ins Kanaltal nur beschränkt bleiben wird. Die geographische Abgeschlossenheit des Kanaltales vom übrigen Italien trägt ein übriges dazu bei. Der arme Boden lockt nicht an. Die Geburtenhäufigkeit in Norditalien ist keineswegs groß, ein Bevölkerungsüberdruck nach dem Norden fehlt also, da die geburtenreichen Süditaliener für die nördlichen neuerworbenen Gebiete ungeeignet sind. Die Luft Afrikas ist ihnen zuträglicher, was an ihrer Rassezusammensetzung liegen mag. Mögen durch Schulmaßnahmen auch weitgehende Änderungen veranlaßt werden, eine vollkommene Italienisierung wird sobald nicht zu befürchten sein.

Wahrscheinlich werden bei den nächsten Volkszählungen die Analphabeten, die es in Österreich kaum gab, dem italienischen Hundertsatz entsprechen (24 v. H.). Der Kulturunterschied in der Landschaft aber läßt sich nicht so leicht verwischen. Dies sieht man deutlich beim Vergleich der ehemaligen österreichisch-italienischen Grenzorte Pontafel und Pontebba, die durch die tosende Potebbana getrennt sind. Im deutschen Ort Pontafel, wohin die Italiener die wichtigsten Behörden aus Tarvis verlegten, stehen sauber gehaltene Häuser mit hohen Schindeldächern, dagegen in Pontebba gibt es bereits flache Dächer mit Holzziegeln, „alles in malerischer Verwahrlosung".

Aber auch die Slowenen des Dreivölkereckengebietes sind völkisch dem deutschen und dem mit ihm verwandten windischen Element nicht gefährlich. Liegen zwischen ihnen und dem Kanaltal doch die Julischen Alpen und die Ausläufer der Karawanken. Der windische Volksteil nahm an der slowenischen Bewegung ja nur geringen Anteil. Stehen Deutsche und Italiener einander als Hochkulturvölker gegenüber, so nicht Deutsche und Slowenen. Selbst das Kerngebiet der Slowenen in Krain war stets deutscher Kulturboden; Laibach hatte 1907 noch einen deutschen Bürgermeister und seine Oberschicht war deutsch. Das slowenische Nationalbewußtsein ist jung. Es hat seinen Ursprung im Illyrismus zur Zeit

Napoleons und wuchs über das Gebiet von Krain und Görz-Gradiska nie hinaus. Auch die Untersteiermark war davon nur schwach berührt (Klerus). Die deutsch-windische Symbiose in Kärnten führt dagegen von selbst zu einer allmählichen Sprachangliederung der Windischsprechenden.

Zusammenfassend kann folgendes zur heutigen Lage gesagt werden. Zum ersten Male übt Italien auf deutschem und auf slowenischem Volksboden Herrschaft aus, seit es das ganze Völkermischgebiet erwarb. Seine Herrschaft ist hart und erbittert die unterworfene Bevölkerung. Während Deutsche und Italiener früher praktisch ohne jede Durchdringung nebeneinander lebten (Bergmauern verhinderten völkische Reibungen), war die italienisch-furlanisch-slowenische Berührungszone im Isonzotal schon lange der Schauplatz eines erbitterten völkischen Ringens, indem der österreichische Staat sich wechselnd auf beide Partner stützte. Daß er den Furlanern selbst nicht half, ihr eigenes Volkstum zu entwickeln, zeigt sich auch schon darin, daß er sie nicht einmal bei Volkszählungen von den Italienern sonderte, wohl weil diese das furlanische Sondervolkstum nicht wollten und einflußreich waren, da sie gelegentlich im Wiener Reichsrat das Zünglein an der Waage bildeten. Heute drückt Italiens staatlicher Einfluß stark auf das slowenische Volkstum und läßt die Furlaner erst recht nicht als eigenständig gelten.

Militärisch beherrscht aber Italien durch den Besitz von Törl mit dem dahinter liegenden Kanaltal den Eingang nach Kärnten. An der militärisch verzweifelten Lage Österreichs ändert auch die Steilwand der den Osten des Kanaltales flankierenden Karawanken nichts, da diese vom Drautal her umfaßt werden können. Die Lage wird um so verständlicher, wenn man sich Loeschs Bemerkung im „Antlitz der Grenzlande“[5] vor Augen führt, daß die frühmittelalterliche Eindeutschung der Ostalpen nur durchgeführt werden konnte, weil die Karnische Hauptkette den sicheren Flankenschutz dazu bot. Dieser Schutz fiel 1919 weg. Das durch Natur und Lage einzigartig einheitliche Kärntnerbecken mit einer denkbar besten Naturgrenze nach Süden wurde nun seiner natürlichsten Schutzstellung entledigt. Kärnten, das Gebiet, wo es nie deutsch-italienische Volkstumsspannungen gab, weil in diesem Lande bis 1919 nicht ein bodenständiger Italiener lebte[6], wurde somit in seinem abgetrennten Teile das Zerrungsgebiet der Kräfte, die zwischen Adria und Mitteleuropa schon lange vor dem Weltkrieg die großen Spannungen im südosteuropäischen Raum bestimmten. Südslawien empfindet es nicht nur bitter, daß die slowenischen Isonzogebiete der Dreivölkerecke italienisch geworden sind und dort entnationalisiert werden, sondern es fühlt sich auch durch die Stellung Italiens im Kanaltal in seiner Nordflanke gefährdet.

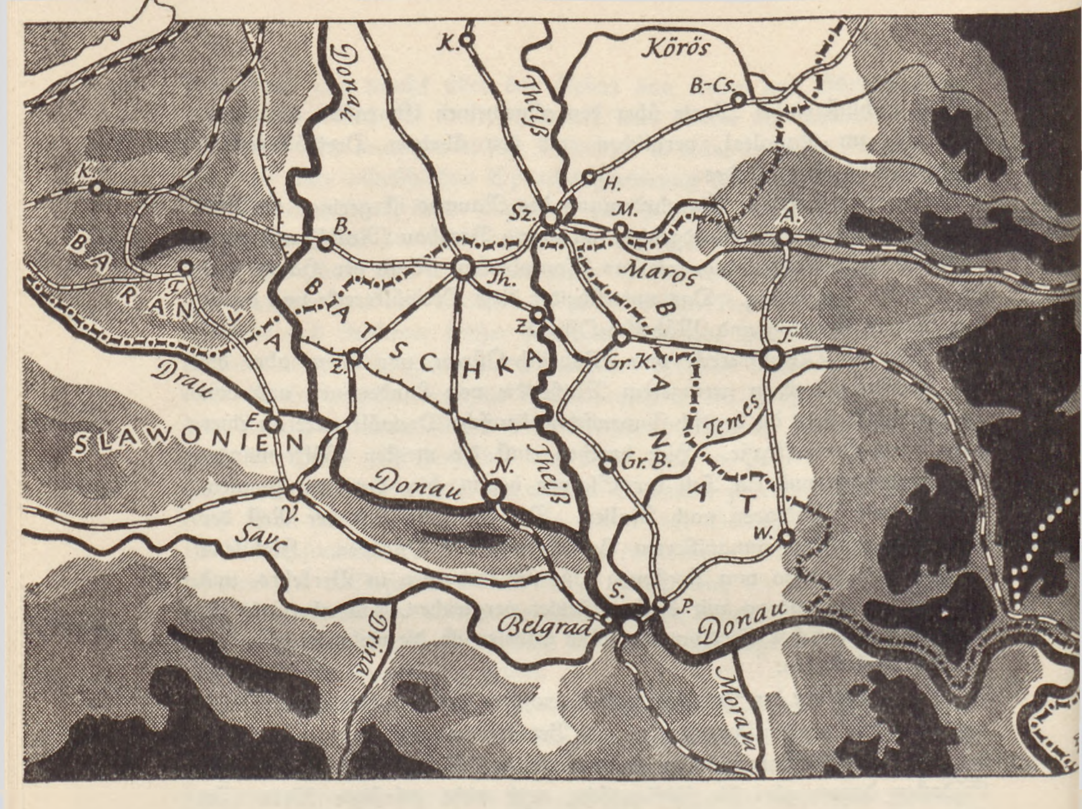
Zum Schluß einige Worte über den allgemeinen Charakter der Dreivölkerecke am Kanaltal, verglichen mit den übrigen Dreivölkerecken. Kennzeichnend ist folgendes:

1. Die wirtschaftliche Eigenbedeutung des Raumes ist gering. Es sind landwirtschaftliche und Waldgebiete mit wenig Bergbau (Raibl) und ohne Industrie, teils Gartenland, wie das Isonzobecken. Auch der Handel hat nur örtliche Bedeutung. Das unterscheidet diese Dreivölkerecke von denen von Aachen, Longwy und Mährisch-Ostrau.

2. Wie die Dreivölkerecke von Mährisch-Ostrau, vor allem aber die von Preßburg und in geringerem Maße die von Lundenburg und von St. Gotthard, liegt die deutsch-slowenisch-italienische Dreivölkerecke an einer gewaltigen Heeresstraße. Hier brachen einst die meisten Völkerwanderungsgermanen und ein Teil der Slawen herein, hier drangen Hunnen, Awaren und Madjaren nach Italien. Die Furlaner sind der Rest der dorthin gedrängten romanisierten Bevölkerung der Ostalpen. Höchstens die Porta hungarica von Preßburg läßt sich deswegen in Verkehrs- und strategischer Bedeutung mit diesem Gebiet vergleichen, das aber nie ein Ausfallstor deutscher Siedlungsvorstöße gewesen ist, die vielmehr ostwärts an ihm vorbeiliefen.

Auf dem Kamm der Julischen und Karnischen Alpen endete einst Mitteleuropa mit seiner deutschen Kultur und Bevölkerung. Seit 1919 schob sich der italienisch-südosteuropäische Kulturkreis in dieses Kraftfeld ein. Im Südosten davon gärt die südslawische, noch nicht gefestigte Welt. In Wien, Rom, Budapest, Belgrad und Berlin werden die Bewegungen dieses Raumes genauestens verfolgt; das alte Kampfgebiet des Karsts und der Ostalpen steht im Mittelpunkt der Betrachtungen. Entscheidungen von europäischer Bedeutung stehen hier wieder bevor. Wann, kann niemand wissen.

[1] Karl Gottfried Hugelmann, Das Nationalitätenrecht des alten Österreich, S. 370. Wien-Leipzig, Braumüller 1934. [2] Ernst Gamillscheg, Romania Germanica. Berlin-Leipzig, de Gruyter 1934. [3] Alfred Manussi-Montesole, Die Adrialänder. In: Hugelmann a. a. O. Anm. 1. [4] Als Siedler fanden sich im Kanaltal vorübergehend auch Furlaner. Tarvis, die Hauptstadt des Ländchens, stand im Mittelpunkt des einst regen Nordsüdverkehrs und Handels. Dies lockte natürlich zahlreiche Kaufleute aus dem Friaulischen an. Manche davon sind in den innerösterreichischen Gewerkenadel aufgestiegen, wie die Herren von Canal, v. Zenegg und andere mehr. Ein Großteil wanderte ins Österreichische weiter und wurde eingedeutscht. Im 15. Jahrhundert sind die Furlaner, die gleich den Deutschen nach den Slawen ins Tal kamen und sozial über diesen standen, aus Kärnten verschwunden. Ihr Kerngebiet jedoch liegt südlich der völkischen Trennungslinie der Julischen Alpen. [5] Karl C. v. Loesch, Das Antlitz der Grenzlande. München, Bruckmann 1930. [6] Martin Wutte, Kärnten. Taschenbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Heft 34. Berlin, Schutzbundverlag.



Die Landschaft

heutige Staatsgrenzen . . . . . . Vorkriegsgrenze

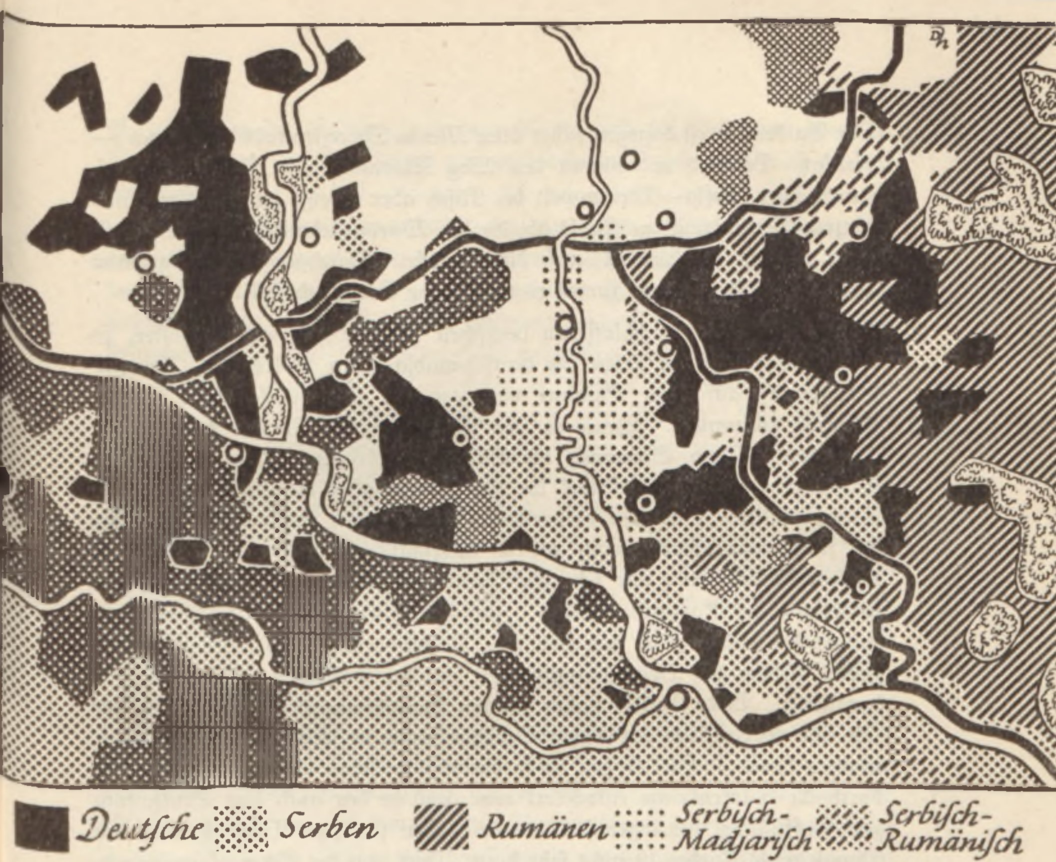
Otto-Albrecht Isbert

Die Völkermischzone im Donau-Theiß-Winkel

Banat — Batschka — Baranya

Es gibt keinen bunteren Völkerwinkel in Europa als das ehemals südungarische Kolonisationsgebiet. Der Kernraum der Durchdringung ist der Siedelboden der Banater Schwaben, aber die eigentliche Mischzone ist breiter. Dazu gehören weiter westlich das Deutschtumsgebiet der Batschka (zwischen Donau und Theiß) und die untere Baranya (im Drauwinkel). Nirgendwo im ganzen ostmitteleuropäischen Vorfeld ist soviel auslanddeutsches Siedlertum zusammengedrängt, nirgends berühren und durchdringen sich soviel fremde Volkstümer.

Das Karpathenbecken hat von Mitteleuropa her gesehen seinen Zugang in der Porta Hungarica bei Preßburg, am Nordwestrande des Kleinen Tieflandes. Der Ausgang zum weiteren Südosten liegt am Rande des



Der Volksboden

heutige Staatsgrenzen

Großen Tieflandes. Der Donauweg, der beide verbindet, führt allerdings durch lange Felsengen hinaus und ist erst in jüngerer Zeit erschlossen worden. Die alte Heerstraße führt das Morawatal und zum Amselfeld hinauf. Nordserbien hat hier die eigentliche Schlüsselstellung, das Tiefland nördlich der Donau ist das Vorfeld dazu. Aus ihm führt aber auch die Verbindung zur Walachei das Temeschtal aufwärts über Karansebes und Mehadia nach Orsova und Turnu Severin; diesen Weg benutzt die Bahn von Budapest—Szegedin—Temeschwar durch die kleine Walachei nach Bukarest. Die noch nördlicher gelegene Verbindung über Siebenbürgen (Kronstadt—Ploesti) muß zwei hohe Gebirgswälle durchqueren.

Der Balkanexpreß dagegen führt über Maria-Theresienstadt (Subotica)—Neusatz—Belgrad und nimmt den Weg Morawa- und Nischwatal aufwärts über Sofia—Adrianopel; bei Nisch aber zweigt die wichtigere und kürzere Verbindung zur Ägäis ab, die den Wardar abwärts nach Saloniki führt. Auch in Hinblick auf diese großen Durchgangslinien gewann Belgrad an Bedeutung, zumal es nicht mehr Grenzstadt blieb.

Geht man vom geschlossenen deutschen Volksboden nach Südosten, so treffen schon auf der Höhe der deutsch-madjarischen Volksfront (Burgenlandgrenze) auf einer Spanne von 250 km sechs verschiedene Volkselemente zusammen. Denn zu den Slowaken im Norden kommen die Tschechen, zu den Slowenen im Süden die Kroaten. Der madjarische Volksboden trennt als Block im Karpathenbecken die West- und Südslawen. Nach Südosten verbreitert, grenzt er an den rumänischen, der die slawischen Völker noch weiter auseinanderdrängt. Im Nordosten bleiben die Ukrainer nur sehr am Rande, im Süden die Bulgaren schon außerhalb des Karpathenraums. Zwischen ihnen und den Madjaren verzahnen sich rumänischer und serbischer Volksboden im umstrittenen Timokgebiet, südlich des Donaudurchbruches, wo der Balkan an die Karpathen herantritt. Beide Völker haben starken Ausdehnungsdrang entwickelt, der sich erst nordwestlich der engen Gebirgsräume, im Karpathenbecken, Luft machen konnte. Hier stoßen sie in den madjarischen Lebensraum vor, der durch die Türkenkriege entvölkert war, und in den auch das Deutschtum zur Auffüllung hineingerufen wurde. Der serbische Vorstoß über die Donau nach Norden ist nicht sehr breit. Dort, wo der Strom seinen nordsüdlichen Mittellauf von der Drau verstärkt nach Osten lenkt, setzt nämlich schon der kroatische Volksboden an, dessen Vorlagerungen sich mit den serbischen im altungarischen Bereich durchdringen und schwer auseinanderzuhalten sind. Denn hier siedeln die verschiedensten südslawischen Stämme durcheinander, nach der Hochsprache gar nicht, ihrem sonstigen Volkstum nach wenig, am ehesten noch nach der Konfession zu unterscheiden. Auf den Sprachen- und Völkerkarten werden sie meist als Serben, seltener schon als Kroaten und nur in der ungarischen Statistik getrennt als Schokatzen, Bunjewatzen, Razen, Illyrier und Dalmatiner gezählt. Dazu kommen aber in kleineren Gruppen Bulgaren und Slowaken, die hier mit Flurbestellung und Gartenkultur am Aufbau der verwüsteten Ländereien beteiligt worden waren. Auch Karpathen-Ukrainer, die sogenannten Ruthenen (ehedem auch Rotrussen genannt) sind anzutreffen, im ganzen vielleicht 8—10 Völkerschaften. Den Hauptanteil haben freilich mit den geschlossen dahinter liegenden Volksböden Madjaren, Rumänen und

Serben, dazu die Kroaten mehr am Rande und die Deutschen inmitten. Diese siedeln in großer Menge auf geschlossenen Inseln und in Streulage dazwischen.

Landschaftlich nimmt das Mischgebiet den tiefsten Teil des großen innerkarpathischen Einbruchsbecken ein und verbreitert sich mit ihm von Nordwesten nach Südosten im Zuge der großen Flüsse, die hier zusammenströmen. Mit Drau, Save und Morawa einerseits, der Theiß und den siebenbürgischen Zuflüssen andererseits entwässert hier die Donau nicht nur den ganzen Karpathenraum, sondern auch einen beträchtlichen Teil der Alpen und ihrer dinarischen Ausläufer bis zum Balkan. Aus dem sonst abflußlosen Becken mußten sich die mächtigen Wassermengen hier mit Gewalt einen Durchbruch schaffen, der nach wie vor zu eng ist und daher leicht Stauungen veranlaßt. So ist die Donau-Theiß-Niederung seit je ein gefährdetes Überschwemmungsgebiet, sie war lange Zeit vollkommen verwildert und versumpft. Ihre größte Breite erreicht sie zwischen Werschetz und Esseg, Temeschwar und Mohatsch. Hier zieht sich auch die Mischzone vom Rande des Siebenbürger Berglandes bis zur Drau hinüber, denn dieses Gebiet mußte am stärksten und planmäßigsten kolonisiert werden.

Das Land östlich der Theiß heißt noch heute das Banat nach dem altslawischen „Banus", der früher in Kroatien eine solche Provinz unter sich hatte. Hier allerdings saß nie einer; der Name wurde nach der Türkenzeit entlehnt, nachdem die alten Banate längst zu bestehen aufgehört hatten. Nach dem Frieden von Passarowitz 1718, durch Prinz Eugen von den Türken befreit, blieb es als Militärgrenze kaiserlich und damit der ungarischen Verwaltung entzogen. Ein etwas anderes Geschick hatte die „Batschka" zwischen Donau und Theiß, der südliche, tiefere Teil des kleinkumanischen Sandrückens, ähnlich von den Strömen umgrenzt wie das Banat. Dort gibt freilich noch das Siebenbürgische Bergland einen Abschluß nach Osten. Hier wird nur die Südgrenze der breiten Donau durch die Fruska Gora (das Frankengebirge) verstärkt. Nach Norden aber geht die Batschka offen in die innerungarische Landschaft über. Die eigentlich serbische Bezeichnung gab die alte Komitatsburg Bács (Batsch) im Süden, an der Donau. Die Militärgrenze aber zog in Distrikten die Theiß abwärts, dann die Donau entlang nach Westen bis zur Drau hinüber, um dort Kroatien bis zur Adria zu durchqueren. Damit ist schon die Sonderentwicklung als Kolonisationsland bezeichnet. Das Deutschtumsgebiet rechts der Donau hat eine andere Entwicklung gehabt und nicht die starke Völkermischung erfahren.

In dem weiten Raume östlich von Donau und Theiß nämlich, der nach Aufhebung der Militärgrenze nur teilweise zu Ungarn gehört hatte und als „Wojwodschaft Serbien und Temscher Banat“ noch im 19. Jahrhundert (1849—1860) selbständiges Kronland war, wurden zunächst die kriegstüchtigen, aber wirtschaftsschwachen Serben als Grenzer angesiedelt, ehe man die friedlichen, ackerbautüchtigen Schwaben hereinrief. Auch von denen wurden Generationen verbraucht, ehe dies Gebiet riesenhafter Stromverwilderungen dem Anbau endgültig gesichert war. Namentlich im Banat ging viel Volk zugrunde, weil man von Wien aus zu großzügig verfuhr und zuviel auf einmal wollte. Der Generalgouverneur von Temeschwar, General Mercy von Florisdorf, ein Reichslothringer, hatte die Deutschen zunächst für den Aufbau der Städte herangezogen, in Handwerk und Gewerbe, auch zum Wasser- und Bergbau. Dann brachte er (1722 bis 1726) bis zu 15 000 Bauern heran, wurde aber vor der Zeit abberufen. Sein Werk, ein fast geschlossenes Sprachgebiet im Süden mit den Bergwerksorten Oravitza und Reschitza - Steierdorf fiel noch einmal den Türken zum Opfer. Erst in der späteren theresianischen und josephinischen Zeit, in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, kam größerer Zuzug, aber zu einer völligen Eindeutschung („Germanisierung“) fehlte Kraft und Wille. Man nahm Rücksicht auf die serbischen Grenzer, die besonders dicht am Theißufer bis hart vor Szegedin und im südlichen „Tschaikisten“-Distrikt angesiedelt waren, querhinüber vom Banat in die Batschka.

Dort war die ungarische Hofkammer von Preßburg aus tätig. Sie verfuhr behutsamer, solider, wohl auch mehr im madjarischen Interesse, mit weniger üppigen Vergünstigungen für die Neuankömmlinge, aber dafür risikofreier. Hier trieb man nicht „Impopulation“ um jeden Preis, sondern zielbewußte Kolonisation. Serben waren allerdings auch schon früher in Menge vorhanden. 1687 waren bereits 5000 heraufgekommen, die orthodoxen Schokatzen rechts und die katholischen Bunjewatzen links der Donau, dann erst nach 1715 deutsche Handwerker nach Neusatz, Ende der 20er Jahre mehr im Nordwesten madjarische und deutsche Bauern und der Hauptteil erst um 1750, als man auch im offenen Süden von Budapest große Siedlungen, wie z. B. Soroksár anlegte. Man siedelte zunächst zur Hälfte Madjaren, ein Drittel Slawen und nur einen kleinen Teil Deutsche an. Erst mit dem neuen System der Kameralansiedlung, unter dem Einfluß von Industrialisierungsplänen kam gewerblicher deutscher Zuzug. Die deutschen Dörfer wurden nach Größe und Anzahl verstärkt, besonders an der Donau.

Im ganzen Land entstand nun ein sehr merkwürdiges Siedlungsbild. Alle Häuser baute man mit dem Giebel zur Straße und schmalen Höfen in der gleichen einfachen Form, die man schon von Westungarn und Niederösterreich her gewöhnt war, und die noch im 19. Jahrhundert bis ans Schwarze Meer vorgetragen wurde. Man bezeichnet sie als eine mitteldeutsch-fränkische; sie wurde schon sehr früh über die deutsche Südostmark gebracht und verband sich hier mit sehr alten, einfachen, z. T. wohl auch slawischen Grundelementen. In der Türkenzeit waren die kleinen altmadjarischen Dorfsiedlungen verschwunden, das Landvolk hatte sich in großen offenen Plätzen zusammengedrängt. Daraus wurden später aber keine Städte, sondern es blieben riesige Dörfer. In der Kolonisation legte man nun ähnliche Großsiedlungen an, aber dem staatlichen Ordnungssinn entsprechend in schachbrettförmigen Grundrissen. So erkennt man heute das Kolonisationsgebiet allein schon an der Anlage der seltsam eintönigen Ortschaften, die durchaus in den Rahmen des nicht kolonisierten Tieflandteiles weiter nördlich mit seinen Dorfstädten hineinpassen. Außerdem aber kamen auch hier im Süden, wenngleich längst nicht in dem Ausmaß wie in Innerungarn, die Einzelhöfe auf. Auf den großen Gemarkungen zwischen den weit entfernten Ortschaften entstanden die sogen. Tanyas, zuerst als Wirtschaftshöfe auf dem entlegenen Acker, dann ständig bewohnt und gleichfalls von den verschiedenen Volkselementen, besonders auch Serben und Rumänen, besetzt. Am stärksten findet man freilich den madjarischen Landwirt in dieser unorganischen Siedlungsform, am wenigsten den an die geschlossene Dorfgemeinschaft gewöhnten deutschen Bauern.

Stammesmäßig überwogen nur anfänglich die Schwaben, später kam viel fränkisches Blut und auch bayrisch-österreichisches wie in Westungarn (rechts der Donau) dazu. Heute sind sie zu einem neuen Stamm, den Donauschwaben, zusammengewachsen, an dessen Aufbau fast das ganze deutsche Volk mit den meisten Stämmen und Landschaften beigetragen hat. In der josephinischen Epoche, die auch im Banat wieder mit größeren Siedlermassen arbeitete, nachdem die theresianische Impopulation wegen ihrer Organisationsfehler hatte eingestellt werden müssen, bevorzugte man „Reichsdeutsche“; als Kulturdünger wurden sie überall eingestreut, so daß keine größeren Volksinseln in rein deutschen Siedlungsgruppen entstehen konnten. Was dennoch heute geschlossener wirkt, bildete sich erst allmählich heraus.

Man kann eine auf- und eine absteigende Linie verfolgen. Im ganzen altungarischen Raum hatte sich zunächst der neue Siedlungsbestand verfestigen und verdichten können. Außerdem dauerte die Nachsiedlung

gerade in den großen Südbereichen noch weit bis ins 19. Jahrhundert. Dann kam jedoch das Verkehrszeitalter und die Zentralisierung in madjarischer Zeit. Damals wurden die Landschaften stärker in den gesamten nationalen und wirtschaftlichen Aufschwung Ungarns einbezogen. Das bewirkte merkwürdige Verschiebungen. Zunächst dehnte der deutsche Bauer noch seine Ackerfläche durch Zukauf in der eigenen und in Nachbargemeinden aus. Die weniger wirtschaftstüchtigen Serben und Rumänen wichen. Was aber an deutscher Oberschicht entstanden war, wurde madjarisch; alle größeren Orte erhielten ihren madjarischen Firnis, der später auch auf den madjarischen Sprachenkarten sichtbar gemacht wurde. Auf die Dauer aber blieben die Donauschwaben gemeinsam mit den Madjaren volksmäßig — von der Substanz gesehen — im Rückstand gegenüber den Nachbarvölkern. Reichtum, Verstädterung und Hoferb-Rücksichten ließen mit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ihre Kinderzahl erschreckend zurückgehen. Im Banat wie am ganzen Ostrande des madjarisch besiedelten Tieflandbodens drangen die Rumänen vom Süden, westlich von Theiß und Donau die Serben wieder vor. Denn diese Völker waren auf einer einfacheren Stufe geblieben, anspruchslos und kinderreich. Sie waren nicht so politisch wie die Madjaren, nicht so wirtschaftlich begabt wie die Deutschen, aber man konnte sie als Knechte brauchen. Sie kauften die leeren Höfe und drangen in entvölkerte Ortschaften, sie setzten sich dazwischen in dem weiten Pußta-Land auf den Tanyas und Sallaschen fest. Damit bereiteten sie den Boden für die staatliche Besitzergreifung.

Günstiger war die Lage rechts der Donau. Die fast rein katholischen, ärmeren Deutschen erwiesen sich hier noch bis in die Nachkriegszeit hinein als die Platzhalter der alteingesessenen, vielfach kalvinistischen Madjaren, die ihres Einkindersystems wegen stark im Rückgang sind. Ohne den deutschen Siedlungsbestand wäre noch mehr Land volklich und staatlich serbisch geworden. So aber blieb volksmäßig ein klares Bild erhalten. Die Gefahr für das Deutschtum war auf die (geistige) Madjarisierung beschränkt, allzu großer Reichtum kam nicht auf, somit auch keine Kinderbeschränkung aus wirtschaftlich-genußsüchtigen Erwägungen.

Das Deutschtum westlich der Donau war vorwiegend durch privaten Grundbesitz und vielfach zur Waldrodung im Bergland angesiedelt worden mit wenig eigenem Land, in durchweg kleinen Dörfern. Bis zur westungarischen Grenze hinüber ist das Hügelland mit alten Siedlungsplätzen dicht besetzt, die nur strichweise neu aufgebaut werden mußten. Tanyas fehlen, es gibt nur Meierhöfe der Großgrundherrschaften, die als Koloni-

satoren den deutschen Ansiedler bevorzugten, besonders auf den ärmeren Böden im Bergland, wo die madjarische Volkskraft nicht ausreichte. Der heutige deutsche Siedlungsboden der Komitate Tolnau und Baranya (Schwäbische Türkei) deckt sich noch in großen Zügen mit dem höheren Niveau der Donau-Drau-Platte. Von der Drau bis auf die Höhe des Plattensees entstand eine ziemlich geschlossene deutsche Zone, die den madjarischen Volksboden weit nach Norden zurückdrängt.

Im großen gesehen ist die Lage folgende: Genau feststellen kann man nur, wo die geschlossenen Volksböden aufhören. Die Aufteilung des Mischgebietes in eindeutige Volksinseln bleibt willkürlich, weil volklich ganz reine Ortschaften selten sind. Nur nach Mehrheitsgruppen heben sich größere Siedlungsinseln heraus, mit deren Hilfe man (von den vorspringenden Ausläufern der Randgebiete her) die Fläche in zusammenhängende Stücke gleicher Volksart aufteilen kann. In sehr groben Zügen findet man deren Umrisse auf den üblichen Sprachenkarten wieder, sonst gleicht kaum eine Darstellung der anderen.

Die entscheidende Grenzlinie für den geschlossenen Volksboden der Kroaten und Serben bilden im Süden Donau und Drau. Wenn man Syrmien, den östlichen Zipfel des Zwischenstromlandes Slawonien, mit seinen andersvolklichen, besonders den zahlreichen kleinen deutschen Einschlüssen noch als Mischgebiet auffaßt, ist aber bereits die Save die Nordgrenze des geschlossenen serbischen Bodens. Save und Donau wurden durch die geschichtliche Entwicklung der altungarischen Staatsgrenzen und die Auswirkung der längeren Türkenherrschaft in Serbien zur Grenze des engeren Balkans. Südlich von ihr beginnt ja auch ein völlig anderes Kultur- und Siedlungsbild, während der Einfluß der innerungarischen Kolonisation noch weit nach Slawonien hinein spürbar ist.

Nicht mit gleicher Entschiedenheit kann man als Grenze des rumänischen Volksbodens den Abfall der westsiebenbürgischen Randgebirge bezeichnen, weil das Banater Bergland eine breitere, nur im westlichen Vorland auch mit Deutschen besiedelte Übergangszone ist und das rumänische Element noch einen Streifen Tieflandboden besiedelt. Aber die Volksgrenze zwischen Rumänen und Madjaren endet bereits nördlich der Marosch, zwischen Békés und Arad; beide Völker werden durch das Deutschtum mit der großen Insel von Temeschwar bis Groß-Kikinda auseinandergedrängt. Der madjarische Volksboden weicht nach Westen zurück, über Szegedin bis an die Donau, in Richtung auf Baja. Zwischen Theiß und Donau verzahnt er sich mit dem serbischen, der rechts und links der Theiß weit nach Norden hinaufragt.

Volklich gesehen ist die madjarische Gesamtlage dieses Raumes ungünstig. Zwischen Großwardein und Szegedin liegt noch die slowakische Siedlungsinsel von Békés-Szarvas; die Zahlenangaben schwanken dafür zwischen 40 000 und 80 000 Slowaken. Am Südostrande der Insel treten schon Rumänen auf. Arad an der Marosch bleibt dadurch mit einem gewissen madjarischen Anteil im Stadtkern und einem Ausläufer madjarischen Hinterlandes höchstens ein Vorposten. Der eigentliche Südostpfeiler des geschlossenen Volksbodens ist also das Dreieck Szegedin-Makó-Hódmezövásárhely. Am Theißlauf selbst durchdringen sich madjarische und serbische Volkselemente in einer Kette von Uferdörfern bis zum Franzenskanal, der westlich von der Theiß noch von serbischem Siedlungsboden überschritten wird. Das zeigt (entgegen den üblichen Darstellungen, die den madjarischen Boden hier am weitesten nach Süden ausgreifen lassen) schon die ungarische Statistik und die Karte von Bátky-Kogutowicz 1919 (1 : 300 000). Denn die zahlreichen Tanyas südlich von Theresienstadt, das mit seinen katholischen Bunjewatzen sogar von den Kroaten beansprucht wird, sind zum Teil serbisch. Nur in einer Reihe starker Dorfsiedlungen stößt der madjarische Boden bis auf die Linie Zenta—Topolya nach Süden vor (Temerin vor Neusatz ist schon madjarische Insel). Westlich gegen die Donau hin wird er jedoch durch die deutschen Siedlungsgruppen, die am Franzenskanal weit nach Norden hinaufreichen, bis auf die Höhe von Baja zurückgedrängt. Sogar die madjarische Darstellung von Balogh 1903 (A népfajok Magyarországon = Die Volksarten in Ungarn) zieht auf Sprachinselskizzen nördlich von Mohatsch die Südgrenze des geschlossenen madjarischen Sprachgebietes quer über die Donau. Der madjarische Volksboden ist nach dieser Richtung sehr tief ausgezackt, denn noch nördlich von Baja und am rechten Ufer bis gegen Paks und Dunakömlöd hinauf liegen starke deutsche Ortschaften dazwischen. Erst westlich der Schwäbischen Türkei, die mit dem Kapostal gegen die Somogyer Platte, die sogen. „Schomodei" (mit nur vereinzelten deutschen Dörfern) abschließt, dringt altmadjarischer Boden wieder nach Südwesten bis zur Drau vor und umgreift hier in einer dicht besiedelten Kleindorfzone das deutsche Bergland bis in die Fünfkirchner Senke hinein. Hier im hügeligen Vorland zwischen Fünfkirchen und Villány liegt auch die einzige kroatische Siedlungsgruppe, die sich innerhalb des madjarischen Volksgebietes nachweisen läßt, abgesehen von den Bunjewatzen und Schokatzen. Sonst treten die Kroaten nur an einigen Stellen über die Drau, die eine alte Volks- und Staatsgrenze ist.

Dreivölkerecken im strengen Sinn fehlen also in diesem Gebiet. Allenfalls wäre von zwei Viervölkerecken zu sprechen. Nordwestlich von Groß-Kikinda, unweit von Szegedin, kommen Madjaren, Rumänen und Serben einander in Ausläufern ihrer geschlossenen Volksböden gleichmäßig nahe, aber der Zusammenhang der Rumänen südlich der Marosch ist beeinträchtigt durch die große deutsche Siedlungsgruppe von Kikinda-Temeschwar, die bis an die Marosch heranreicht und nach Süden sogar lose mit der von Großbetschkerek-Werschetz zusammenhängt. Im Westen muß man südlich der Drau, ungefähr bei Esseg, die kroatisch-serbisch-madjarische Dreivölkerecke suchen. Aber auch hier ist das madjarische Gegenüber nördlich der Drau vom Deutschtum der unteren Baranya abgeriegelt. Beide Male also trennt (und verbindet) deutscher Volksboden die umliegenden vier Völker. Das Serbentum beherrscht die südliche Mitte, das Rumänentum den bergigen Osten, das Madjarentum den nördlichen Steppenboden. Kroatentum kommt nur in der westlichen Flanke dazu. Das Deutschtum aber tritt im Osten zwischen Rumänen, Madjaren und Serben, im Westen zwischen Madjaren, Kroaten und Serben, überall dort, wo diese Völker (außerhalb ihrer geschlossenen Volksböden) in der großen Mischzone aufeinanderstoßen.

Der Gesamtraum, den wir behandelt haben, gehörte bis zum Ende des Weltkrieges zu Ungarn-Kroatien. Ganz Kroatien und fast die gesamte Mischzone sind von Ungarn abgetrennt worden.

Die Dreistaatenecke von Serbien, Altrumänien und Großungarn lag am Eisernen Tor, die heutige liegt hart unterhalb von Szegedin im Theiß-Marosch-Winkel. Damit hat das rumänische Staatsgebiet einen Keil über Arad-Temeschwar nach Innerungarn, das südslawische ein breites Vorfeld nördlich der Donau erhalten. Die neuen Grenzen laufen mitten durch das allerdichteste Siedlungs- und Verkehrsgebiet. Dieses hat rein landwirtschaftlichen Charakter, ist aber durchsetzt mit einer Reihe Hilfsindustrien — abgesehen von den Bergwerken im Banater Bergland. In diesem Sinne bedeutet die neue Grenzziehung für die Wirtschaft der von ihr betroffenen Gebiete einen nicht annähernd so verderblichen Schnitt wie Grenzziehungen in ausgesprochenen Industrie- und Bergwerksgebieten wie z. B. im schlesisch-mährischen Kohlenbecken. Auf die Folgen der Zertrennung, die dem reichsten Getreidegebiet Mitteleuropas dadurch erwuchsen, daß es an drei Staaten aufgeteilt und in drei Rechts- und Wirtschaftssysteme eingeordnet wurde (noch dazu im Zeitalter der autarkischen Bestrebungen), kann nur hingewiesen werden. Was dabei ins Gewicht fällt, ist weniger die Abtrennung von der ungarischen Reichshälfte,

als die Herauslösung aus dem Gesamtverbande der Doppelmonarchie mit ihrer vorzüglichen gegenseitigen Ergänzung der Landschaften. Ebenso kann auch nur auf die unvermeidlichen Folgen der Zerschneidung des Verkehrsnetzes hingewiesen werden, das im wesentlichen erst seit 1867 radial auf Budapest angelegt war; die Querverbindungen am Rande des Tieflandes, die nicht völlig fehlten, fielen den neuen Staaten zu, verlangten aber zum Teil sehr erhebliche Ergänzungsbauten, wie z. B. die Eisenbahn Belgrad—Panschowa, welche Serbien erst über die auf Reparationskosten neu erbaute Donaubrücke mit dem Tiefland unmittelbar verbindet.

Ungarn verlor, wie gesagt, fast das gesamte Mischgebiet, soweit noch Rumänen und Südslawen daran beteiligt sind. Es behielt jenen Teil der Mischzone, in dem Slowaken (Békés) und Deutsche (nördliche Batschka und der größere Teil der schwäbischen Türkei) siedeln. So hart die heutige Grenzziehung für die Gefühlswelt der Madjaren und für den ungarischen Staat auch ist, so zahlreich auch die Wunden sind, die durch die Zerschneidung entstanden, so ist doch hier die Grenze immerhin noch günstiger als im Gebiet von Großwardein und vor allen Dingen gegenüber der Tschechoslowakei. Ungarn verlor von seinem geschlossenen Volksboden im Süden nur den Zipfel zwischen Donau und Theiß (mit Zenta). Im übrigen ging die neumadjarische Mittel- und Oberschicht, die ziemlich gleichmäßig über das ganze Gebiet verstreut war, verloren. In den Städten bestand sie ohnehin vorwiegend aus erst in den letzten fünfzig Jahren Madjarisierten. Sind wir doch gerade im Banat in einem Gebiet mit ehemals starkem städtischen Deutschtum. Der Großgrundbesitz bestand teils aus madjarischem, teils aus madjarisiertem Adel. Im rumänischen Teil sprach man sogar von armenischem Einschlag.

Fast noch schwerer wiegt es für Ungarn, daß die neue Grenze völlig offen ist. Sie verläuft nicht mehr an gewaltigen Strömen oder in Gebirgen, sondern in einer Ebene. Sein Herzland sollte, zumal Ungarn zum einseitigen Abrüsten gezwungen wurde, etwaigen feindlichen Vorstößen schutzlos preisgegeben sein. Dem ist auch damit nicht abgeholfen, daß man im heutigen Ungarn durch verschärfte Madjarisierung die Zahl der Deutschen von 550 000 (1920) auf 478 000 (1930) und der Slowaken von 150 000 (1920) auf 104 000 (1930) herabgedrückt hat. Wichtiger ist wohl eine gewisse Binnensiedlung (durch die Helden-Stiftung). Aber der enge Nationalismus Rumpfungarns lähmt alle Aussichten auf eine dynamische Wiedererweiterung des Raumes.

Während Rumänen und Serben (nicht Kroaten!) die Gewinner sind und ihre Machtstellung mit allen Mitteln ausnutzten, die eigene

Staatlichkeit ihnen bot, und zwar in erster Linie auf Kosten des früher herrschenden Ungartums, kamen die Deutschen (mehr als eine Million Donauschwaben) aus der Rolle eines Minderheitenvolkes in Ungarn in die eines Minderheitenvolkes in Rumänien und Jugoslawien. Das hatte Vorteile und Nachteile. Der Vorteil bestand darin, daß zunächst die neuen Staaten alles daran setzten, um jene innige politische und kulturelle Verbindung zwischen Madjarentum und Deutschtum zu lösen, bei der die Deutschen wirtschaftlich zwar gewannen, völkisch und kulturell aber von Jahr zu Jahr mehr verarmten. Unmittelbar nach der Abtrennung von Ungarn folgte eine Periode der Schulgründungen, folgte eine Zeit verminderten Druckes. Diese dauerte in Rumänien länger, in Südslawien kürzer. Dann aber begann eine zunehmende Behinderung auf dem Gebiete des Schulwesens und der kulturellen Organisationen, wobei Südslawien sich weit unbedenklicher zeigte. Dazu kam, daß den Deutschen als dem wirtschaftlich am weitesten fortgeschrittenen Volke die offensichtliche Rechtsverschlechterung, die größere Willkür der neuen Herren besonders schadete. Überdies litten sie am meisten unter der Zerreißung der österreichisch-ungarischen Wirtschaftseinheit und des gewachsenen Verkehrsnetzes. Schließlich wurden auch künstlich zahlreiche Bande wirtschaftlicher, familiärer und kultureller Art durch die neuen Grenzen zerschnitten. Das westliche Banat mit seinen einst blühenden Städten Werschetz und Weißkirchen geriet in eine ungünstige Grenzlage und verkümmerte im toten Winkel. Trotz aller dieser Nachteile, trotz unverkennbarer Schäden am Volkskörper brachte die neue Zeit dem Donauschwabentum dieser Länder aber starken inneren Auftrieb. Aus der Narkose erwacht, sah es sich im neuen Staatsraum mit ihm vorher fast fremden deutschen Volksgruppen zusammengefaßt und vor eine Fülle neuer Aufgaben gestellt. So gewann es jene völkische Eigenständigkeit, die ihm vorher gefehlt hatte. In diesem Sinne waren die schweren Schicksale des Landes auch Gewinn.

Inhaltsverzeichnis

Seite

68 Bilder: 1—18 Ostpreußen, Danzig, Korridor; 19—33 Teschen und Ostoberschlesien; 34—40 Kanaltal, Kärnten; 41—62 Donau-Theiß-Winkel; 63—66 Grenzdeutsche Städte; 67—68 Zum Gedenken an Ewald Ammende 5

Max Hildebert Boehm, Wesen und Sinn der deutschen Volkstumskunde ... 37

Hans Harmsen, Von Wachstum und Niedergang der europäischen Völker ... 47

Karl C. v. Loesch, Volkwerdung an der Westgrenze, gesehen von der Dreivölkerecke von Aubel-Aachen ... 56

Friedrich Roß, Ostpreußens Grenzlage als Verkehrsproblem ... 69

Alfred Petrau, Danzig und Gdingen ... 76

Kurt Witt, Die Mährisch-Ostrauer Dreivölkerecke ... 86

Gustav Adolf v. Metnitz, Die Dreivölkerecke am Kanaltal ... 101

Otto-Albrecht Isbert, Die Völkermischzone im Donau-Theiß-Winkel (Banat—Batschka—Baranya) ... 112

Textabbildungen: Danzig und Gdingen, Schaubilder 79—84; Mährische Pforte, Oberschlesien: Landschaft und Volksboden 88, 89; Kanaltal, Kärnten: Landschaft und Volksboden 102, 103; Donau-Theiß-Winkel: Landschaft und Volksboden 112, 113.

Verzeichnis der Mitarbeiter: Dr. Max Hildebert Boehm, ordentlicher Professor an der Universität Jena, Dozent der Deutschen Hochschule für Politik, Lehrbeauftragter der Universität Berlin, Stellvertretender Direktor des Instituts für Grenz- und Auslandstudien. — P. Theodor Grentrup S.V.D., Dozent, Berlin. — Dr. med. Dr. phil. Hans Harmsen, Berlin. — Dr. Otto-Albrecht Isbert, Dozent der Deutschen Hochschule für Politik, Studienleiter des Instituts für Grenz- und Auslandstudien, Berlin-Steglitz. — Dr. Karl C. v. Loesch, Leiter des Seminars für Volkstumskunde der Deutschen Hochschule für Politik, Lehrbeauftragter der Universität Berlin, Direktor des Instituts für Grenz- und Auslandstudien. — Dr. Gustav Adolf Freiherr v. Metnitz, Assistent am Seminar für Volkstumskunde der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin. — Alfred Petrau, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Grenz- und Auslandstudien, Berlin. — Dipl.-Kfm. Friedrich Roß, Assistent des Instituts für Osteuropäische Wirtschaft am Staatswissenschaftlichen Institut der Universität Königsberg. — Kurt Witt Dipl.-D.H.P., Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Grenz- und Auslandstudien, Berlin. — Zeichner: Ernst Diedrich, Berlin / Leopold Nettelhorst, Berlin.

